

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Gebühr für die schwebelichten Kolonnenzeile oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Artikel und Vernehmlichungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pfg. (schwebelichte Zeilegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erhältlich täglich außer Montags.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Ueber das Recht, sich zu betrinken.

London, 11. Dezember. (Fig. Ber.)

Die bürgerliche Presse Englands kann sich nicht genügend über den Streik auf der Nordostbahn aufregen. Entrüstet fragt sie Tag auf Tag, ob man je schon so etwas gehört habe, daß sich Arbeiter wegen der Maßregelung eines betrunkenen Kollegen in den Streik begeben hätten. Und auf den Plakaten der vornehmsten bourgeoisen Blätter steht zu lesen: „Der Streik um das Recht, betrunken zu sein.“ Der „unverantwortlichen Leichtfertigkeit“ der Arbeiter stellt man das „hohe Pflichtgefühl“ der Eisenbahndirektion gegenüber, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren kann, die Leitung eines Kohlenzuges einem Menschen anzuvertrauen, der wegen Trunkenheit bestraft worden ist. Dieselbe Eisenbahndirektion findet es aber ganz natürlich, wenn jetzt bei dem Streik Lehrlinge und andere unerfahrene Personen als Lokomotivführer von Personenzügen durchs Land fahren.

Daß die Angestellten der Nordostbahn um das Recht kämpfen, außerhalb des Dienstes betrunken sein zu dürfen, ist eine glatte sensationelle Lüge. Die Streikenden erkennen wohl an, daß ein Lokomotivführer ein nüchternen Mensch sein muß. Aber sie sind überzeugt, daß der Lokomotivführer Knox zu Unrecht auf einen niedrigeren Posten gesetzt worden ist. Knox ist ein Mensch, der in seinem Leben nie betrunken war, der nahezu 40 Jahre im Dienste der Gesellschaft steht, ohne sich je etwas zuschulden kommen zu lassen, und der dann, mit der Polizei in Streit geraten, wegen Trunkenheit zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt wurde. Die ganze Heiße-Affäre liegt sich wie einer von jenen in allen Ländern bekannten Prozessen, die die Polizei einer Person anhängt, der sie ihre Macht fühlen lassen will. Knox war angeklagt, die Polizei tödlich angegriffen zu haben, unzüchtige Redensarten benutzt zu haben und betrunken gewesen zu sein. In bezug auf die ersten beiden Klagepunkte wurde er freigesprochen, aber jedenfalls um die Polizei nicht vollständig zu blamieren, wurde er wegen Trunkenheit bestraft. Knox fühlte sich unschuldig, aber wegen der Geringfügigkeit der Strafe (5 Schilling) und um die Sache in der Öffentlichkeit nicht breitzutreten, legte er keine Berufung ein. Das sollte sich als ein Fehler herausstellen. Denn als die Frist zur Anmeldung der Berufung verstrichen war, wurde Knox auf Grund dieses von jedermann als ungerecht empfundenen Urteils von seinem Arbeitgeber entlassen.

Man wird es verstehen, wenn sich seine Kameraden über den Fall aufregten und gegen 10 000 an der Zahl in den Streik traten. Das draconische Verfahren der Gesellschaft in Sachen der Disziplin, das Gebahren der Spione, die das Privatleben der Angestellten durchschnüffeln und ähnliche Dinge hatten die Eisenbahner schon seit langem erbittert. Und nun kam die nicht zu rechtfertigende Maßregelung eines alten geachteten Kollegen. Wohin soll das führen, sagten sich die Arbeiter, wenn nicht einmal Leute wie Knox vor der Tyrannei sicher sind. Es ist die höchste Zeit, daß wir mit diesem System ein Ende machen.

Diese Einzelheiten sind dem Schmod wohl bekannt; aber er besteht darauf, daß die Eisenbahner um das Recht kämpfen, sich betrinken zu dürfen, und er lobt die Eisenbahndirektion, weil sie einen „Trunkenbold“, der das Leben Tausender gefährden könne, seines Postens entsetzt habe. Als wenn den kapitalistischen Gesellschaften das Leben der Passagiere über alles ginge! Man denke nur an die vielen Unfälle, die sich zugetragen haben, weil der überangestrengte Arbeiter seine Pflicht nicht mehr erfüllen konnte. Man denke an den Untergang der „Titanic“!

Mit dem Hintersinn auf das Laster der Trunksucht will man beim Publikum Stimmung gegen die Arbeiter machen. Die Trunksucht, die dem Schmod eine verzeihliche und keineswegs uninteressante Schwäche der Nachhaber ist, ist ihm bei der Arbeiterklasse ein nicht scharf genug zu verurteilendes Laster. Die Arbeiterklasse kann bei dieser Dege aber auch den Spieß umkehren, wie es der „Daily Herald“ heute tut. Das Londoner Arbeiterblatt schreibt: „Man möge mit diesen allgemeinen Beleidigungen und mit den Anklagen gegen anständige Arbeiter wegen Trunkenheit nicht zu weit gehen. Wenigstens sollten die Leute, die die Steine werfen, beachten, in welchen Häusern sie leben. Es ist bekannt, daß Premierminister betrunken gewesen sind und daß Minister der Krone, die hohe Posten in Verbindung mit der „öffentlichen Sicherheit“ bekleiden, so viel getrunken hatten, daß sie nicht gerade stehen konnten. Vor Schreden überläuft einen ein kalter Schweiß, wenn man an die Gefahren denkt, denen unser liebes Vaterland ausgesetzt ist, wenn die Häupter des Staates betrunken sind. Ach was, dies ist nicht die Zeit, zierliche Worte zu gebrauchen. Es ist allgemein bekannt, daß Leute, die einige der verantwortlichsten Posten in diesem Lande innehaben, nicht nur „außerhalb des Dienstes“, sondern auch „im Dienste“ betrunken sind.“

Der „Daily Herald“ sagt hier nicht zu viel. Derselbe Schmod, der jetzt die Arbeiter als die Verteidiger der Trunksucht hinstellt, wird seinem Freunde privat mit Schmutzläugeln erzählen, wie ein bekannter Minister, der kaum die Augen

offen halten konnte, dreimal vergebens im Parlament verfuhr, ein achtsilbiges Wort auszusprechen, und dann hilflos auf seinen Sitz zurückfiel.

## Der Tod des bayerischen Prinzregenten.

München, 12. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute früh um 4 Uhr 50 Minuten ist Prinzregent Luitpold, der im März das 91. Lebensjahr erreicht hatte, gestorben.

Dieser Tod ist ein Ereignis, auf das man seit Monaten gefaßt war und das deshalb des Charakters eines aufregenden Ereignisses entbehrt. Seit Monaten auch war die Regentschaft nur mehr eine Fiktion, und es ist dem Ministerpräsidenten von Hertling selbst in höheren Kreisen verübelt worden, daß er nicht für eine Stellvertretung gesorgt hat und mit den unverantwortlichen Personen in der Umgebung des Prinzregenten unhaltbare Zustände aufrecht erhielt. Regiert hat während der letzten Zeit eigentlich der Chef der Geheimkanzlei, Herr Anton v. Tiedemann, und Prinz Ludwig, der jetzige Regent, suchte höchstens bei inner- oder außerbayerischen Gelegenheiten in reinen Repräsentationszwecken seinen Vater zu vertreten. In den letzten Monaten waren wiederholt Anfälle von Wasserjucht beim Prinzregenten zu konstatieren. Da aber vorübergehend immer wieder eine Besserung eintrat, hielt die Regierung des Regenten die Katastrophe nicht für so nahe. So unternahm Prinz Ludwig dann noch in den letzten Tagen eine Reise nach seinen Gütern in Ungarn, offenbar in der Voraussetzung, daß keine unmittelbare Lebensgefahr drohe oder war von der Umgebung des Regenten über den Zustand seines Vaters falsch unterrichtet; so kam es, daß er in der Sterbestunde seines Vaters fern von Bayern weilte. Er kommt heute abend erst zurück.

Die Regentschaft geht ohne weiteres an den Prinzen Ludwig als ältesten Sohn über. Gemäß der Verfassung muß aber nun sofort die Eidesleistung des Landtages erfolgen, vor dem der neue Regent den Eid auf die Verfassung und für die Wahrung der Rechte der Krone abzulegen hat.

Die bürgerliche Presse bringt langatmige Charakteristiken des Prinzen Ludwig, die aber bedeutungslos sind. Unser Parteiorgan, die „Münchener Post“ äußert sich wie folgt: „Lange Betrachtungen über die Person des Prinzregenten verjagen wir uns in diesem Moment. Dem neuen Regenten werden wir bei aller sachlicher Gegnerschaft mit der Rücksicht gegenüberzutreten, die wir der Vertretung der bayerischen Krone gegenüber bisher auch in den kritischsten Zeiten geübt haben, und der Tatsache eingedenk bleiben, daß er als Mitglied der Reichsratskammer für das direkte Wahlrecht mit einer Entschiedenheit eingetreten ist, die ihn eine Zeilang dem Joren der preussischen Junker und anderer Reaktionen ausgefetzt hat. Wie ja niemand ruhiger aller Wendungen gewärtig sein kann, als das moderne, politisch und gewerkschaftlich organisierte werktätige Volk in Bayern. Wohl wissen wir, daß die Zentrumspartei, die durch ihre nichtswürdige Politik die Klassenkämpfe noch mehr zu verschärfen bemüht ist, als es die natürliche Entwicklung erheischt und die mit brutaler Unterdrückung der politisch anders Denkenden das letzte Jahr der Regentschaft des Prinzen Luitpold vergiftet hat, daß diese Zentrumspartei den neuen Regenten ganz für sich reklamiert. Indessen können wir es ruhig abwarten, ob sich Prinz Ludwig in das Schlepptau eines Systems nehmen läßt, das ihn bereits bei seinem Regierungsantritt den größten politischen Ungelegenheiten gegenüber stellt, die der Regent eines deutschen Bundesstaates auf seiner Bahn finden kann. Denn sie bewegt sich doch, die bayerische Welt, und das gesunde und stetige Ansteigen der sozialdemokratischen Organisationen und das Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerziffern beweist es. Und wenn die Verfassung vom monarchischen Standpunkt reformbedürftig erscheint, so ist sie dies vom demokratischen Standpunkt aus erst recht. Was hier von den Interessenten der ultramontanen-klerikalen-großkapitalistischen Ausbeutung zu hindern versucht wird, kommt doppelt herein durch die Anhängung der Widerstandskräfte, die infolge des hoherzeugenden Systems der im Ministerium Hertling verlorperten Reaktion geschaffen worden sind.“

Soweit unser Parteiorgan. Veränderungen wird es wohl in nächster Zeit zunächst am Hofe selbst geben, wo mit der Clique, die sich um das Geheimkabinett gruppierte, wohl gründlich ausgeräumt werden wird. Alles übrige liegt zurzeit noch völlig im Dunkeln.

### Das Ministerium im Amt bestätigt.

München, 12. Dezember. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Seine königliche Hoheit Prinzregent Ludwig hat das vom Vorsitzenden im Ministerium Freiherrn v. Hertling unterbreitete Entlassungs-gesuch des Ministeriums nicht angenommen und dem Ministerium Allerhöchst sein volles Vertrauen ausgesprochen.

## Die Balkankrise.

In London werden also demnächst nicht nur die Friedensunterhändler, sondern auch die Vorkämpfer der Großmächte ihre Beratungen beginnen. Diesen prälimiert eine österreichische Erklärung, nach der Oesterreich sich vorbehalte, sich von den Verhandlungen zurückzuziehen, wenn gewisse Umstände eintreten, das will sagen, wenn bei der Beratung über die österreichisch-serbische Frage und den Adria-hafen auf der Kon-

ferenz eine Anschauung Gewicht bekommt, die den österreichischen Interessen zuwiderläuft.

Es ist nicht zu verwundern, daß diese diplomatische Widerhartigkeit und Ungebärdigkeit der österreichischen Regierung, die ja gleichzeitig von so außerordentlich starken Kriegsvorbereitungen begleitet wird, außerhalb Oesterreichs steigende Besorgnis verursacht; dies um so mehr, da man außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle wohl ganz allgemein der Ansicht ist, daß jetzt, wo die Autonomie Albaniens nirgends mehr Widerstand findet, der Rest, der zu erledigen übrig bleibt, wirklich der diplomatischen Lösung keine unüberwindbaren Schwierigkeiten mehr bereiten kann und darf.

Um so mehr muß das Treiben einzelner österreichischer und ungarischer Zeitungen verurteilt werden, die die serbische Frage nunmehr zu einer „Ehrenfrage“ zu gestalten suchen und von dem gefährdeten Prestige der Großmacht schwächen, das durch eine ausgiebige Demütigung des kleinen Serbenstaates gehoben werden müsse. Diesen Organen gibt namentlich der mysteriöse Fall Prochaska täglich aufs neue Gelegenheit für ihre Hezereien. Obwohl der Konsul offenbar ganz wohlbehalten ist, werden immer wieder Schauergeschichten über angebliche Mißhandlungen in Umlauf gesetzt und darauf die Forderung „ausreichender Sühne“ geknüpft. Ein Budapest-Blatt will sogar schon die Bedingungen kennen, die Oesterreich Serbien zur Entführung auferlegen will und deutsche Scharfmacherblätter beeilen sich, die Geschichte weiterzuberbreiten. Es sollen folgende sein:

1. Strenge Bestrafung der Schuldigen.
2. König Peter soll auf diplomatischem Wege für die der Monarchie widerfahrne Beleidigung um Verzeihung bitten.
3. Ein serbischer Prinz soll gleichzeitig den Konsul Prochaska direkt um Verzeihung bitten.
4. Die serbische Staatkasse verpflichtet sich, dem Konsul Prochaska eine lebenslängliche Jahresrente von 70 000 Kronen auszusuchen.

Ja, und wenn der König Peter nicht will, oder der serbische Sühneprinz nicht demütig genug ist, dann müssen die Kanonen sprechen und Zehntausende Menschen hingeschlachtet werden, der Wahrung des Prestiges zuliebe! Und Deutschland soll verpflichtet sein, einer solchen Politik die Rücken-deckung abzugeben? Das wäre doch heller Wahnsinn und wir meinen, daß da ein Schiedsspruch im Haag doch wohl eine in jedem Sinne billigere Lösung darstellen würde.

### Die Vorkämpferkonferenz.

Wien, 12. Dezember. (Privattelegramm.) Der „Nöln. Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die Erklärung des englischen Staatssekretärs Sir Edward Grey ist mit derjenigen Spannung erwartet worden, mit der heute die Welt jeder Kundgebung eines führenden Staatsmannes entgegensteht. Inbes war vorausgesehen, daß sich der englische Staatssekretär in seinen Äußerungen über die Lage gerade in diesem Augenblick noch mehr Zurückhaltung auferlegen würde, als es seiner tiefen abwägenden Art überhaupt entspricht. Treten doch die Friedensunterhändler wie die Vorkämpfer in diesen Tagen in London zusammen. Was Sir Edward Grey gesagt hat, befähigt das, was wir bisher über die Vorkämpfer-versammlung mitgeteilt haben, sowohl hinsichtlich ihres Charakters wie mit Bezug auf ihren Beginn. Wir können also damit rechnen, daß die Besprechung der Vorkämpfer in der ersten Hälfte der kommenden Woche ihren Anfang nehmen wird. Was die Tätigkeit der Vorkämpfer in dieser Versammlung betrifft, so kann man sicherlich der Erklärung zustimmen, die der „Temp“ davon gibt, indem er sagt, die Vorkämpfer haben lediglich die Aufgabe, das Programm der europäischen Vereinbarung vorzubereiten, die die Vereinbarung der Balkanstaaten gutheißen will. Das Blatt erinnert daran, daß im Sommer 1905 Névoil und Rosen der Konferenz von Algeciras eine ähnliche Arbeit durchgeführt haben. Von diesem Wunsche nach vorheriger Vereinbarung der schwierigen Punkte kann man nur mit Befriedigung Notiz nehmen. Zum Programm der Londoner Verhandlungen wird aus Rom der Wunsch oder Antrag Oesterreich-Ungarns und Italiens nach Neutralisierung Albaniens gemeldet, das als neutraler Staat unter den Schutz der Großmächte gestellt werden sollte. Es ist möglich, daß der Wunsch nach Besprechung eines solchen Planes besteht. Wir wissen aber nicht, ob bisher eine bestimmte Anregung nach dieser Richtung hin gemacht worden ist.

### Weitgehende Verjörgnis.

London, 12. Dezember. Lord Crewe, der gestern in einer liberalen Parteiverammlung in Bourne-mouth sprach, führte aus: Europa ist nicht nur durch den tatsächlichen Krieg beunruhigt, sondern auch durch eine weitgehende Verjörgnis, daß der Kampf sich über das gegenwärtige Gebiet hinaus ausdehnen werde, daß einige Großmächte darin verwickelt werden und daß möglicherweise das schreckliche Geispen eines allgemeinen europäischen Konfliktes auf die vergleichsweise kleinen Anfänge des jetzigen Krieges folgen möchte. Aber es sind auch beruhigende Züge vorhanden; nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Völkern der Großmächte besteht der wahrhafte und durchaus aufrichtige Wunsch, daß der Friede erhalten bleibe.



### Er weiß von nichts.

Wien, 12. Dezember. Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht ein Interview mit dem neuen Chef des Generalstabes v. Höhendorff, welcher das Bestehen einer Kriegspartei in Oesterreich-Ungarn in Abrede stellt und alle Rückschlüsse, die aus seiner Berufung gezogen würden, als bloße Mutmaßungen bezeichnet.

### Die österreichischen Militärgesetze.

Wien, 12. Dezember. Abgeordnetenhause. Das Haus nahm die Regierungsvorlage betreffend den Unterhaltungsbeitrag für Angehörige von Mobilisierbaren an und begann die zweite Lesung des Rekrutenkontingents für 1913. — Das Subkomitee des Budgetausschusses erledigte die Vorlage betreffend eine italienische Rechtsakademie und nahm einstimmig einen Antrag Bugatto an, Triest als Sitz zu bestimmen. Die Regierungsvorlage schlug als provisorischen Sitz Wien vor.

### Die Cholerafälle in Konstantinopel.

Konstantinopel, 12. Dezember. Die Zahl der seit dem 5. November vorgekommenen Cholerafälle beziffert sich auf 1551. Davon nahmen 717 einen tödlichen Verlauf. Am 7. Dezember wurden 101, am 8. Dezember 105 und am 9. Dezember 91 Choleraerkrankungen festgestellt.

## Das Märtyrertum der politischen Sträflinge in Rußland.

Aus Rußland wird uns geschrieben:

Es sind kaum zwei Wochen vergangen seit den Massenselbstmorden und dem Verweigen von Nahrungsaufnahme seitens der politischen Katorgasträflinge\*) in Automara, und schon wieder bringt der Telegraph die Nachricht von den Selbstmorden und dem Hungerstreik der politischen Sträflinge in Algatse. (Das Gefängnis Algatse bildet samt Automara, Jerechnj, Matnj und zwei noch anderen Gefängnissen die sogenannte Kertschnus-Katorga.) Im September dieses Jahres — als Protest gegen die Gleichstellung der politischen mit den Kriminalsträflingen und gegen die Prügelstrafe — versuchten neun Gefangene der Automarer Katorga, sich durch Gift umzubringen: Rudalski, Roszkin, Michajlow, Ryszkow, Lejbasow, Rasow, Czertnow, Adnecow und Kozlow. Man hatte sie gerettet: sie litten unendlich, doch starben sie nicht. Darauf öffneten sich Ryszkow, Lejbasow und Rasow die Adern, diesmal mit Erfolg. Rudalski ist auf dem Wege ins Krankenhaus gestorben, Michajlow ist wahnsinnig geworden.

Die Kunde von dem Entweichen in Automara ist noch nicht verklungen und schon bringen die letzten Depeschen die Nachricht: „Wegen Anwendung der Prügelstrafe gegen den politischen Sträfling Brodski in Algatse nahmen seine Gefängnisgenossen Grezsko, Ryszkow und Malinowski Gift, und Gogorodow, Fratow, Timofgenko öffneten sich die Adern.“

Zu der Zeitung „Wiezien polityczny“ („Der politische Sträfling“) sind drei Briefe aus Algatse abgedruckt worden, die die Selbstmorde voraussagen, als eine unvermeidliche Folge der neuen Gefängnisverhältnisse, die durch Siemionowski (Inspektor der Hauptverwaltung des Gefängnisses) und Kiaszko (Gouverneur der Provinz Sabastafel) eingeführt wurden. Die letzten Worte eines dieser Briefe lauten:

„Wir haben schon keine Kraft mehr, um zu kämpfen. Wir erwarten jeden Tag den Tod, denn man kann ja uns gegenüber die Prügelstrafe anwenden. Das wird der letzte Stoß sein. . . Wir sind zu allem bereit. . . Moralisch sind wir stark, schreibt man in dem anderen Briefe, und wir werden nicht aufhören zu kämpfen. — Aber wie? . . . es sei denn nur durch Selbstmorde.“

In diesen Tagen erhielt die Redaktion des „Wiezien polityczny“ wieder einen Brief aus dem Gefängnis in Automara, in dem es heißt:

„Der mit den Selbstmorden im Zusammenhang stehende Hungerstreik der Sträflinge in Automara dauerte 15 Tage und nahm erst dann sein Ende, als man die halbverhungerten Sträflinge nach dem Krankenhaus brachte und mit der Anwendung der künstlichen Ernährung drohte.“

In Automara wurden allen Häftlingen angelegt, in Gornj Jerechnj wurden einem Teile der Sträflinge Hand- und Fußketten angelegt (eine Geschwürigkeit, denn die Handketten sollen nur den auf Lebenszeit Verurteilten angelegt werden; in diesem Falle handelte es sich aber um Sträflinge, die in einigen Monaten entlassen werden sollten).

Der Gouverneur Kiaszko bereiste die ganze Katorga in Recknusk und redete überall die politischen Sträflinge provozierend mit „Du“ an. Die Provokation der Sträflinge erwiderte sich aber nicht nur auf die Katorga in Recknusk. In einem anderen Briefe aus der Katorga Alexandrowski (Gouvernement Irkutsk) wird mitgeteilt:

„Die Gefängnisadministration ruft absichtlich Konflikte hervor. Der Inspektor der Hauptverwaltung der Gefängnisse, Siemionowski, der die Ursache der Selbstmorde in Automara war und der Inspektor unseres Gefängnisses (ein ehemaliger Arzt dafelbst) hatten absichtlich bei der letzten Gefängnisinspektion anstatt der gebührenden Begrüßung den Sträflingen brutal zugegriffen: „Doroboo“ („Tag“).

Sie wollten einen Protest von unserer Seite hervorrufen, um die Gelegenheit zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen zu haben. Wir betrachteten diese Brutalität als einen Versuch einer Provokation, wir wählten, wie die Folgen eines Protestes der Sträflinge in Automara gegen ähnliche Brutalität waren. Mit schwarzem Verzen haben wir uns des Protestes enthalten und antworteten mit der gebührenden Begrüßung: „Drowschuwje“ („seid begrüßt“).

Wir sind überzeugt, daß nur dies unser Verhalten und von tragischen Ereignissen, ähnlich denen in Automara, gerettet hat. Wir sind der festen Überzeugung, daß Siemionowski uns mit Absicht provozierte. Die Konflikte in den Gefängnissen sind ihm doch zu keiner weiteren Laufbahn nötig. . . Auf wie lange unsere Geduld reichen wird, ist schwer zu sagen. . . Wir sind doch Menschen! . . .“

Als vor zwei Jahren der bekannte russische Revolutionär Sazonow und seine Katorgagengenossen Selbstmord begingen, antwortete die ganze zivilisierte Menschheit mit einem lauten Protest. In einer Anzahl Städte wurden Protestversammlungen abgehalten. Berühmte politische Führer, Gelehrte, Schriftsteller, Dichter, Künstler fast aller europäischen Staaten unterschrieben den Protest, der das Abschaffen der Prügelstrafe in den russischen Katorgas forderte. Den Ereignissen in Automara sah man in Europa schon gleichgültiger zu. Sollte denn das Gewissen der europäischen Kulturvölker für das mittelalterliche Märtyrertum, das die russischen Revolutionäre in den zarischen Katorgas zu ertragen haben, gefühllos geworden sein?

\*) Katorga (russisch) = Bezeichnung der russischen Festungsstrafgefängnisse, die meistens im weiten Sibirien gelegen sind und in denen seit unvorstellbar langer Zeit das Prinzip der Zwangsarbeit der Sträflinge herrscht.

Die neuen Opfer in Algatse drängen durch die Kraft ihrer grauenvollen Tragik der europäischen Gesellschaft die Notwendigkeit neuer und energischer Proteste auf.

Alle deutschen Parteiblätter werden ersucht, diesen Notruf aus den Folkertammern des barbarischen Zarismus abjudenken.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember 1912.

### Eine kurze Sitzung.

Aus dem Reichstage, vom 12. Dezember. Der Reichstag hatte sich für Donnerstag eine lange Tagesordnung gesetzt. Damit er aber auf alle Fälle heute fertig werden und in die Weihnachtserien gehen konnte, war die Sitzung schon auf 11 Uhr angesetzt worden.

Es kam aber zu keiner eigentlichen Sitzung. Wegen des Todes des Prinzregenten von Bayern war der Seniorenkonvent in aller Frühe zusammenberufen worden, der sich dahin geeinigt hatte, daß die Donnerstagssitzung nicht abgehalten, sondern daß sofort die Vertagung bis zum 8. Januar ausgesprochen werden solle. Präsident Kaempf widmete dem verstorbenen Prinzregenten einige ehrende Worte des Gedenkens und vertagte sodann der Vereinbarung gemäß den Reichstag.

Leider kommt unter diesen Umständen die sozialdemokratische Interpellation über den Wagenmangel erst einen Monat später zur Erörterung, als es bei ungehindertem Gange der Geschäfte der Fall gewesen wäre. Seit mehreren Tagen schon stand die Interpellation auf der Tagesordnung. Sonderbarerweise konnte man sie hier bald vor der fortschrittlichen Interpellation über die Koalitionsfreiheit, bald hinter ihr finden. Ob bei dieser mehrmaligen Verschiebung eine kleine präjudiale Nebenabsicht die Hand im Spiele hatte, möge in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Sicher ist, daß die Verschiebung der Interpellation um volle vier Wochen sehr zu bedauern ist. Die mangelhafte Ausrüstung der preussischen Eisenbahnen mit dem notwendigen Betriebsmaterial hat zu Zuständen geführt, die für den Verkehr und für die beteiligten Arbeiter von Tag zu Tag unerträglich werden. Es wird deshalb höchste Zeit, daß in diese Miswirtschaft einmal mit dem hellen Licht der sozialdemokratischen Kritik hineingeleuchtet wird. Vorläufig aber kann Herr Breitenbach noch mit der hehren Gemütsruhe eines unfehlbaren Bureaufkraten Weihnachten und Silvester feiern.

Und auch die Reichstagsabgeordneten können befreit in die Weihnachtserien ziehen. Haben sie doch nach einer beinahe siebenmonatigen Sommerpause wieder ganze zwei Wochen gearbeitet! Solche Anstrengung verdient ihren Lohn! —

### Furcht vor der eigenen Kourage.

Könnte das preussische Dreiklassenparlament an Ansehen bei der Bevölkerung überhaupt noch Einbuße erleiden, so war die Sitzung am Donnerstag geeignet, es um den letzten Rest von Achtung zu bringen, denn eine Volksvertretung, die sich selbst nicht achtet, die ohne Zögern ihre Rechte preisgibt, hat keinen Anspruch auf die Achtung anderer.

Vor einigen Tagen hatte sich das Haus einmal zu einer „Tat“ aufgerafft, es hatte von dem Artikel 60 in der Verfassung Gebrauch gemacht, und die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers bei der Beratung eines bestimmten Gegenstandes verlangt. War der Anlaß auch ein ziemlich geringfügiger, so hatten die Dreiklassenleute doch wenigstens gezeigt, daß sie sich ab und zu auf ihr Recht besinnen können. Es war ein Schauspiel für Götter, den sonst so zahmen nationalliberalen Friedberg in der Rolle des rasenden Hirs zu beobachten und den Hochkonservativen Stroffer in einer Weise gegen die Regierung vom Leder ziehen zu sehen, von der die Sozialdemokratie noch manches lernen kann. Man schrieb über die Haltung der Regierung, über schlechte Behandlung, über Zurücksetzung und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Und heute nach kaum acht Tagen? Heute hat das Dreiklassenparlament dokumentiert, daß die Behandlung, die ihm die Regierung zuteil werden läßt, eigentlich eine viel zu gute ist.

Allerdings war Herr von Bethmann Hollweg im Hause anwesend, aber nur, um zu erklären, daß er sich nicht zur Sache äußern wolle, um dann demonstrativ den Saal zu verlassen. Der Kriegsminister glänzte überhaupt durch Abwesenheit, für ihn scheint weder der Beschluß der Abgeordneten, noch der Artikel 60 der Verfassung zu existieren. Jedes andere Parlament hätte auf diese neue Herausforderung der Regierung die gebührende Antwort erteilt. Das Dreiklassenparlament aber nahm den Justizminister nicht nur schweigsam hin, sondern es bedankte sich noch dafür, indem es auf Antrag Heydebrand den Antrag auf Erwerb des Kachbargrundstückes ohne jede Debatte an die Budgetkommission verwies. Vergebens protestierten die Abgg. Dr. Wagnitz und Lippmann von der fortschrittlichen Volkspartei und unsere Genossen Hirsch und Hoffmann gegen die Annahme eines solchen Antrages, sie vermochten nichts auszurichten gegen die kompakte Majorität der Rechten und des Zentrums, zu denen sich die Nationalliberalen gesellten, deren Führer Abg. Friedberg sich als lautester Rufer im Streite für die Schmälerung der Parlamentsrechte erwies, gleichsam am Ablas dafür zu bekommen, daß er kürzlich einmal, wenn auch nur auf Sekunden, Spuren von Mut an den Tag gelegt hatte.

Vorher hatte das Haus das Schlepplimonopolgesetz in dritter Lesung angenommen. Den Schluß der Sitzung bildete eine freikonservative Interpellation über die Finanznot der Kommunen, deren Besprechung am Freitag beendet werden soll.

### Die Regierung und die christlichen Gewerkschaften.

Die Regierung fühlt sich veranlaßt, die Wirkung der schönen Rede, die der Staatssekretär Delbrück im Reichstage über das Koalitionsrecht gehalten hat, etwas abzumildern und zu diesem Zweck der Rede eine Art Kommentar folgen zu lassen. Vielleicht ist dem Reichstanzler doch etwas schwer geworden, das Lob zu verdauen, das Herrn Delbrücks Kotau vor der römischen Sturie in der Kaplanspresse gefunden hat.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht nämlich auf ihrer ersten Seite folgende Erklärung:

„Die Ausführungen, die der Staatssekretär des Innern am 10. d. M. im Reichstage zur Enghilfa Singulari quadam gemacht hat, haben zu allerhand halloisen Kombinationen geführt. Sie sind gemacht im Rahmen längerer juristischer Darlegungen über die Grenzen der Koalitionsfreiheit und waren provoziert durch den Abg. Müller-Meinungen, der behauptet hatte, die Reichsleitung habe es unterlassen, gegen die Enghilfa einzuschreiten, obwohl sie einen schweren Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter enthalte. Um diesem Vortour, der auch schon vorher in der Presse erhoben worden war, zu begegnen, hat der Staatssekretär im engen Anschluß an vorausgegangene juristische Aus-

führungen dargelegt, daß in der Enghilfa ein gesetzwidriger Eingriff in das Koalitionsrecht und insbesondere ein Verstoß gegen § 153 des Gewerbeordnung und § 1 des Reichsvereinsgesetzes nicht liege. Er hat dann ausgeführt, daß wie auf vielen anderen Gebieten so auch hier die Befähigung der Kirche und ihrer Organe mit allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Fragen von eminenter politischer Bedeutung für den Staat werden könne, dieser aber hiergegen, solange die Kirche sich in den gesetzlichen Grenzen halte, nicht mit Gewaltmaßnahmen vorgehen könne, sondern auf diplomatische Einwirkung angewiesen sei.

Im Anschluß daran hat der Staatssekretär ausdrücklich festgestellt, daß eine derartige Einwirkung aus Anlaß des Gewerkschaftsstreites in Rom erfolgt sei, die Reichsleitung erwachte die Entwicklung der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften in den Bahnen, in denen sie sich bis jetzt bewegt habe, als dem Staatswohle nützlich und wünschenswert, sie habe dieser Auffassung auch Ausdruck gegeben; nachdem jedoch die Gewerkschaften selbst einen Modus gefunden hätten, der nach ihrer Auffassung zurzeit befriedigend, liege keine Veranlassung mehr vor, sich mit dieser, wie anzuerkennen sei, ernsten und wichtigen Angelegenheit weiter zu befassen.

Es ist hiernach verfehlt, die Rede des Staatssekretärs in Zusammenhang mit der durch die Jesuitenfrage geschaffenen politischen Situation zu bringen oder gar aus ihr auf sachliche Differenzen zwischen dem Reichstanzler und dem Staatssekretär des Innern zu schließen.

Die Notiz ist besonders insofern interessant, als sie erneut bestätigt, daß die preussische Regierung in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften gewirkt hat, da sie diese als dem preussischen „Staatswohle nützlich und wünschenswert“ betrachtet. Der Vatikan hat sich freilich um diese preussische Regierungsmeinung recht wenig gekümmert — wahrscheinlich in richtiger Würdigung des Gewichtes solcher Meinung. Wenn er den katholischen Arbeitern nicht kurzweg die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften verboten hat, so nur deshalb, weil ein großer Teil des preussischen Episcopats für das Nichtverbot eintrat.

### Die Reichstagserverschwähl in Stolp-Lauenburg.

Der Aufmarsch der Parteien zu der Reichstagserverschwähl am 23. Dezember ist beendet. Die Konservativen, die bisher den Kreis inne hatten, stellen in einer Generalsammlung am 10. Dezember den Landtagsabgeordneten Rittergutsbesitzer v. Bochn-Disch-Budow auf. Für die fortschrittliche Volkspartei kandidiert deren bisheriger Kandidat Direktor Peter Schwuchow-Steglich, für die Sozialdemokratie kandidiert wieder Gewerkschaftsbeamter August Siefeldt-Danzig. Die Nationalliberalen, die in der Hauptwahl den Telegraphensekretär Ohlberg-Steglich aufgestellt hatten, verzichteten auf eine Kandidatur und haben beschlossen, gleich für den Fortschrittler einzutreten.

Daß die Liberalen die größten Anstrengungen machen, um den Kreis zu erobern, geht schon daraus hervor, daß die Fortschrittler bereits vier Sekretäre herangeholt haben, von denen je einer in den Städten Stolp und Lauenburg sowie in den Waberten Stolpmünde und Leba seinen Sitz hat. Ferner ist eine Anzahl Wandbetreiber engagiert worden, um auf dem stachen Lande die Agitation zu betreiben. Auch hat die liberale Parteileitung weitreichende Unterstützung zugesagt.

Die Konservativen haben ebenfalls einen Stab von Sekretären herangezogen. Außerdem arbeitet für sie der ganze amtliche Apparat. Daß trotz der Siegeszuversicht, die in den konservativen Blättern zur Schau gestellt wird, den Agitatoren nicht ganz wohl zu Mute ist, ergibt sich deutlich daraus, daß der konservativere Verein die Feier seines 70jährigen Bestehens am 18. Dezember verschoben hat.

Von sozialdemokratischer Seite wird mit aller Zähigkeit daran gearbeitet, unsere Stimmenzahl zu vermehren. Auf eine beträchtliche Zunahme ist jedoch kaum zu rechnen, da uns in dem ganzen Wahlkreis, der in räumlicher Beziehung der größte in Deutschland sein dürfte, nur ein Lokal in Stolp zur Verfügung steht. Zur vorigen Wahlkampagne glückte es uns, in drei Orten Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten; ob es diesmal gelingen wird, ist fraglich. Doch schreckt dieses Hindernis die Genossen nicht von der Arbeit ab. Am Sonntag, den 15. Dezember, findet im ganzen Wahlkreis eine Flugblattverbreitung statt.

In der Geschichte Deutschlands hat der Wahlkreis eine gewisse Bekanntheit erlangt, die bis zum Jahre 1848 zurückreicht. Bekanntlich wurde Lothar Bucher, der Vertraute des eisernen Kanzlers, von Stolp aus in die preussische Nationalversammlung gewählt. Später vertrat den Wahlkreis der frühere Minister von Puttkamer, der unter der Regierung Friedrichs III. den Abschied erhielt. In Stolp war ferner der Sitz und das Hauptquartier der sogenannten „Kreuzzeitungs-Deklaranten“, die erst bittere Feinde des Kanzlers waren, dann aber zu Kreuze trochen,

### Zentralverband deutscher Industrieller.

Im Hotel Adlon hat wieder mal eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller stattgefunden. Der Vorsitzende, der frühere Landrat Adiger, hielt den üblichen Begrüßungspeech. Er betonte, daß trotz der Kriegswirren und Kriegsgesahr sich die deutsche Industrie einer Konjunktur erfreut, die man ohne Uebertreibung als eine glänzende bezeichnen könne.

Dann erstattete der Geschäftsführer des Verbandes, der Regierungsrat Schweighofer einen sogenannten Geschäftsbericht. Er schimpfte nach Schema F über die revolutionären Umtriebe, die Ausbreitungen und den Terrorismus der Sozialdemokratie und forderte dann wiederum den „Schutz der Arbeitwilligen“. Er meinte:

„Meine Herren! Es ist ein eigentümlicher Zustand, daß bei uns im Deutschen Reiche der religiöse Friede und der politische Friede in jeder Weise geschützt sind, daß dagegen der wirtschaftliche Friede einen solchen Schutz nicht genießt. Auf den Standpunkt, ein direktes Verbot des Streiks, Postenstehens zu verlangen, hat sich bei uns die Mehrzahl der vom Deutschen Handelstage befragten Handelskammern gestellt, und zwar in der Ueberzeugung, daß nur durch ein strafrechtliches Verbot des Streikpostenstehens der ungeheure, bei den Arbeitskämpfen gegen die Arbeitwilligen ausgeübte Terrorismus wirklich gebrochen werden könne. Es muß daher mit Recht wundernehmen, daß es wiederum einem mit dem Zentralverband bei jeder Gelegenheit in Konkurrenz tretenden wirtschaftlichen Verbände vorbehalten geblieben ist, in dieser die Interessen der gesamten deutschen Industrie so gleichmäßig berührenden Frage einen Sonderweg einzuschlagen. In einer vor einiger Zeit von diesem Verbände beauftragten Erklärung wird ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens als ein gegen die Arbeiter gerichtetes „Ausnahmengesetz“ charakterisiert. Es berührt eigenartig, daß Führer einer industriellen Vertretungskörperschaft, die auf dem Boden der bürgerlichen Rechtsanschauung stehen, ein auf Verbot des Streikpostenstehens



abzielendes Gesetz als ein gegen die Arbeiter gerichtetes Ausnahmengesetz bezeichnen.

Schließlich wurden allerlei billige Resolutionen zur Vereinfachung des Angestelltenrechts, zum staatlichen Petroleummonopol, zum preussischen Wasserwerkwurf usw. angenommen.

### Staatsbürger II. Klasse.

Einen auffeherregenden Beschluß, der die gesamte Lehrer- und Beamenschaft beleidigt, fasste das sächsische Gesamtministerium. Infolge der wiederholten Lehrermaßregelungen in Sachsen hatten sich einige der davon betroffenen Lehrer mit Beschwerden an den Landtag gewandt. Die Beschwerdedeputation der Zweiten Kammer hatte die Regierung zur Beratung eingeladen, die aber, wie schon mitgeteilt wurde, eine ablehnende Antwort gab. Jetzt wird berichtet, daß das Gesamtministerium auf Antrag des Kultusministeriums einen Beschluß gefaßt hat, nach welchem Lehrer und Beamte kein Beschwerderecht an den Landtag haben sollen. Schon in der Deputation erklärte der Regierungsvertreter, daß dienstliche Sonderbegehungen, wie sie zwischen den genannten Beamten und ihren Vorgesetzten bestehen, nicht unter jene Verfassungsbestimmung fallen, die besagt, daß jedem Staatsbürger das Beschwerderecht zusteht. Auf keinen Fall könne das Ministerium anerkennen, daß die Kammer das Recht hätte, die Entscheidungen der oberen Schulbehörden umzustößen.

### Im heftigen Landtage

Kam am Mittwoch der Konflikt zwischen den beiden Kammern und der Regierung zum Austrag. Die Regierung hatte im Juli die als Teil des Beamtenbeförderungsgesetzes beschlossene Beförderung der Kammerbeamten nicht ausgeführt. Beide Kammern hatten einstimmig die Vorlage betreffend die Parlementsbeamten beschlossen, und die Regierung hatte deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nichts einwenden werde. Trotzdem hat die Regierung den Beschluß nicht vollzogen. Die Parlementsbeamten sollten so gestellt werden wie in Bayern, Württemberg und Baden. Ein Antrag des Abg. Adlung (Soz.) bot nun Veranlassung, daß am Mittwoch die Zweite Kammer einstimmig ihr Bedauern über die Haltung der Regierung ausdrückte, und beschloß, auf den früheren Beschlüssen zu beharren. Ausdrücklich suchte die Regierung einzulassen. Sie hat zugestanden, daß die Differenz im Gehalt der Kammerbeamten einseitigen aus dem Dispositionsfonds der Kammer genommen werden solle, und daß bei der demnächst erfolgenden organisatorischen Regelung der Beamtenbeförderung gegen die Wünsche der Kammer „grundfährliche Bedenken nicht bestehen“.

Allein der Initiative der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß die Regierung sich in diesem Falle dem Willen der Volksvertretung fügt. In der Regel ist es umgekehrt.

### Eine allgemeine Vettelei für die Veteranen

Will der Magistrat der westfälischen Stadt Lippstadt beim Minister des Innern und beim Oberpräsidenten von Westfalen befristeten, und er folgt darin einer privaten Anregung. Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters Kohl in der letzten Stadtverordnetenversammlung handelt es sich bei dem Vorgehen des Magistrats um die Anregung, im nächsten Jahre aus Anlaß der Währungs-Regierungsstätigkeit des Kaisers im ganzen Reiche eine Sammlung zu veranstalten, die den langvollen Namen „Volksbank“ tragen soll, und deren Ertrag dann Wilhelm II. zur Verteilung an die Veteranen zu übergeben sei. Vorgelesen ist weiter, die Sammlung durch Schulkindern ausführen zu lassen in der Art des Margaretenrummels. Da sage noch einer, daß unsere „Patrioten“ nicht ein warmes Herz für die Veteranen hätten! Durch die Veranstaltung einer derartigen allgemeinen Vettelei würde allerdings für die besitzenden Klassen ein neuer Grund gegeben sein, durchgreifende Maßnahmen zur Linderung der Not in Veteranenkreisen hinauszuschieben.

### Verbot eines Maiaufzuges.

Für den 1. Mai 1912 hatte der Genosse Donalds in Königsberg i. Pr. beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zu einem Aufzug der Mitglieder der freien Gewerkschaften Königsbergs nachgesucht. Zugleich hatte er sich erboten, eine ausreichende Zahl zuverlässiger Ordner zu stellen.

Gleichwohl wurde die Genehmigung unter Verufung auf § 7 des Vereinsgesetzes verweigert, angeblich, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Ein als Kaiserfeier geplanter öffentlicher Aufzug enthalte an sich schon eine Provokation gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und begründe unter Verlickung der Königsberger örtlichen Verhältnisse um so mehr die Befürchtung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, als die Zeitung der Königsberger sozialdemokratischen Partei und die „Volkszeitung“ die Aufreizung der unteren Volksschichten in unverminderter Schärfe fortsetze. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die durch diese Agitation hervorgerufene Spannung zu Ausschreitungen führe. Donalds beklagte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten. Die Behörden beriefen sich darauf, daß es im Frühjahr 1910 aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration zu Ausschreitungen gekommen ist.

Donalds klagte darauf gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn Rechtsanwalt Hugo Paase vertrat. Er machte zunächst geltend, daß allgemeine Sentiments nicht genügt, die Behauptung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu rechtfertigen. Es müßten konkrete Tatsachen örtlicher Natur vorliegen, die eine solche Gefährdung als wahrheitsgemäß erscheinen ließen. Davon könne aber hier keine Rede sein. Die Vorgänge aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration aus dem Anfang des Jahres 1910 lägen zu weit zurück, als daß sie für das Verbot im Jahre 1912 in Betracht kommen könnten. Sie schieden auch schon deshalb aus, weil seitdem (nämlich im August 1910 und 1911) die hier in Betracht kommenden Gewerkschaften Aufzüge veranstaltet hätten, die, wie die Polizeibehörde selbst anerkannt hätte, in muster-gültiger Ruhe und Ordnung verlaufen wären.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage ab. Es erachtete das Verbot für gerechtfertigt und behielt sich vor, die Gründe erst in dem schriftlichen Urteil darzulegen.

### Verschiedenes Maß.

Das Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Wilhelmshaven verhandelte dieser Tage gegen den Heizer Krause vom großen Kreuzer „Woltke“. In einer Wilhelmshavener Wirtschaft, in der sich auch Krause aufhielt, unterhielt sich ein Obermaat mit einem anderen Geist über den Königsberger Diabell. Der Angeklagte verbat sich dies und soll dabei die Hand erhoben haben. Der Obermaat machte nun K. auf seine Eigenschaft als Vorgesetzter aufmerksam und forderte schließlich, als sich der Angeklagte nicht an seine Ermahnungen lehrte, Namensangabe. Als diese verweigert wurde, vertrat der Unteroffizier dem Krause den Weg, um ihn zur Namensangabe zu zwingen. Krause war auch nun noch nicht zur Namensangabe zu bewegen, sondern gab dem Maaten einen Stoß vor die Brust. Das Kriegsgericht konstatierte folgende Vergehen aus diesem Vorfall: Achtungsverletzung unter Drohung, Beharren im Ungehorsam, tätlichen Angriff in fortgesetzter Handlung, ausdrückliche Gehorsamsverweigerung und Erkennengeben derselben durch Worte und Handlungen. Es verurteilte den Angeklagten zu ein Jahr und sieben Monaten Gefängnis.

Damit aber das Gegenstück nicht fehlt, sei ein Urteil mitgeteilt, das dasselbe Verbrechen zwei Stunden später fällte. Der Sünder war diesmal kein gemeiner Matrose. Der Obermaschinistenmaat vom großen Kreuzer „von der Tann“ hatte in der Nacht zum 27. Oktober ohne jede Veranlassung einen Nachschubmann der Stadt Wilhelmshaven tätlich angegriffen, so daß dieser von seiner Waffe Gebrauch machen mußte, um ihn zu bestrafen. Urteil: 14 Tage

Gefängnis und 3 M. Geldstrafe wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vertreter der Staatsgewalt im Dienst.

Es ist etwas Herrliches um die Strafparagrafen des Militärstrafgesetzbuches! Wenn ein gewöhnlicher Soldat dem Gösen Disziplin oder einem Unteroffizier, durch einen unüberlegten Streich nicht die vorgeschriebene Reberenz erweist, hagelt es exemplarische Strafen, begehrt aber irgend ein Vorgesetzter eine Räpkel, dann läßt das Militärstrafrecht große Milde walten.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Unverträglich Steuerdruck

Budapest, 12. Dezember. Wegen der überaus drückenden neuen Steuerläge, welche am 1. Januar in Kraft treten sollen, und deren Suspendierung auch von vielen Abgeordneten der Regierungspartei gefordert wird, droht ein erster Konflikt, da der Finanzminister Telezky mit seiner Demission und die Hauptstadt mit der Verweigerung der Durchführung der Gesetze droht, falls nicht ein einjähriger Aufschub bewilligt werde.

### Schweiz.

#### Der neue Bundespräsident.

Bern, 12. Dezember. Die vereinigte Bundesversammlung wählte den bisherigen Vizepräsidenten des Bundesrats Müller zum Bundespräsidenten für 1913. Zum Vizepräsidenten wurde Bundesrat Hoffmann gewählt.

### Italien.

#### Zum Konflikt des Vatikans.

Rom, 10. Dezember. (Sig. Ver.) Der Konflikt des Vatikans mit den Vätern des katholischen Truisis scheint ein wenig abzuflauen, was beweist, daß die orthodoxe und intransigente venetianische Richtung doch nicht allein das Heft in der Hand hat. Die desavouierten Blätter haben sich in der Tat geduckt, haben aber doch nicht jenes Maß der Unterordnung an den Tag gelegt, das der Vatikan erwartete. Sie haben sich geweigert, die „römische Frage“ in ihrer klassischen Form, als die der Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Herrschaft, als den Mittelpunkt ihrer journalistischen Tätigkeit anerkennen zu wollen. In der Erklärung des Truisis heißt es: „Wir können, wenn wir als echte Katholiken und Patrioten zum italienischen Volke sprechen, nie vergessen, daß eine hochwichtige Frage immer lebendig ist und immer populärer gemacht werden muß: die Frage der wahren und tatsächlichen Gewährleistung der Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes, welche Gewährleistung sich unseres Erachtens erreichen läßt, ohne die Einheit und Integrität des Vaterlandes anzutasten.“ Das ist eine sehr „modernisierte“ Ausgabe der römischen Frage, die durch alle sie einleitenden Ergebniserklärungen dem Vatikan nicht mündgerecht gemacht werden kann. In der Tat schrieb der „Osservatore Romano“ am nächsten Tage, daß diese Worte nicht die Konfusion beseitigen, sondern sie vielmehr erhöhen. Trotzdem fügt er veröhnlich hinzu, daß er hoffe, in der praktischen Haltung würde die heutige Zweideutigkeit der Erklärung aufgehoben werden. Das ist nicht mehr die aggressive Haltung der ersten Tage der Krise: die Wagen der beiden Parteien im Vatikan, der politisierenden und der intransigenten, scheinen ungefähr im Gleichgewicht zu schweben. Der Expliciter Kurri hat dem Justizminister eine Interrogation überhandt, in der er Aufklärung über einige verfassungswidrige Stundgebungen des Vatikans wünscht. Auf die Antwort wird er lange warten können!

### Konservativer Sieg bei der Stichwahl von Castel S. Giovanni.

Rom, 10. Dezember. (Sig. Ver.) Wie wir vorausgesehen hatten, ist bei der Stichwahl von S. Giovanni, die am 8. d. Mts. stattgefunden hat, der Parteiführer, der Linksextremist Genosse Razzoni, den konservativen Gegnern unterlegen. Razzoni brachte es auf 1802, der Konservative auf 2049 Stimmen; gesplittelt und unglücklich 174 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatte der Sozialist 1174, der Ministerielle 1088 und der bürgerliche Demokrat 858 Stimmen erhalten. Das Wahlergebnis zeigt, daß die bürgerlichen Demokraten halb dem Sozialisten, halb dem Ministeriellen ihre Stimmen zugewandt haben. Der Wahlkreis war auch bisher in konservativen Händen.

### Rußland.

#### Der finnische Generalgouverneur wünscht die Diktatur!

Unter finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Es ist jetzt bekannt geworden, daß der Generalgouverneur v. Seyn bereits 1910 zwei Eingaben an Stolin gerichtet hat, in denen er die Diktatur verlangt, um die „Revolution“ in Finnland niederzuschlagen. Gleichzeitig verlangte er auch, daß der russischen Gendarmerie, d. h. der politischen Geheimpolizei, größere Vollmachten in Finnland erteilt würden. Daß diese Wünsche, wenn auch mit einer kleinen Verspätung, in Petersburg Beachtung gefunden haben, beweist der Umstand, daß der Ministerrat beschlossen hat, diese Angelegenheit näher zu untersuchen. Das russische Polizeidepartement hat bereits diesbezügliche „Erkundigungen“ eingezogen, auf die Herr Seyn im Februar dieses Jahres nähere Erläuterungen abgegeben hat. Er sprach in seinem offiziellen Antwortschreiben unumwunden aus, er wünsche unbegrenzte Vollmachten, die Befugnis, Todesurteile auszusprechen, nicht ausgenommen! Zu diesem Zweck soll das russische Gesetz bezüglich der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ auch auf Finnland ausgedehnt werden. Sielten das aber die Regierungskreise für unzulässig, so möge man ihm die Vollmacht erteilen, den Zustand des „verstärkten Schutzes“ über Finnland zu verhängen!

Ein entgeltlicher Weisheit ist in dieser Angelegenheit aus Petersburg noch nicht eingegangen. Es wird aber dort, wie in den russischen Regierungskreisen in Finnland fieberhaft gearbeitet, um die Freiheit und Selbstständigkeit des Landes zu erdroffeln und es mit dem ganzen Reiche auf eine Stufe zu stellen.

### Aus der Partei.

#### Großhüringer Parteikonferenz.

In Weimar tagte am vergangenen Sonntag eine von 25 Delegierten aus zehn thüringischen Kleinstädten resp. Wahlkreisen bestellte Konferenz. Nur Röhrig und Reuß j. L. waren wegen anderer wichtiger Parteiarbeiten nicht vertreten. Die Aufgabe der Konferenz war, eine Bezirksorganisation für Großhüringen zu schaffen, und nach einer gründlichen Besprechung wurde dann auch unter dem Namen: „Sozialdemokratischer Bezirksverband Thüringen“ die neue Organisation ins Leben gerufen. Nach überaus lebhafter Debatte wurde ein Statut angenommen, dem die übergroße Mehrzahl der Delegierten, trotz aller Bedenken, zugestimmen vermochte. Nachdem der eigentliche Gründungsparagraf (§ 1) gegen sieben Stimmen angenommen und der Organisationszwang für alle thüringischen Wahlkreise festgelegt worden war, ging die weiteste Arbeit

ohne jede Schwierigkeit konstatieren. Nur der § 2 des Bezirksorganisations-Statuts, der die nach dem allgemeinen Parteistatut größtmögliche Autonomie der Kreise festsetzte, erforderte noch eine längere Aussprache. Die kleinräumige Zersplittertheit Thüringens und die infolge dessen buntverwickelten Verhältnisse in Gesetzgebung und Verwaltung haben eine größere Selbstständigkeit der mit einem Reichstagswahlkreis meist zusammenfallenden „Landesorganisationen“ zur notwendigen Voraussetzung. Es wurde die Wahl eines Bezirksvorstandes vorgeesehen, dessen Aufgabe es sein soll, alle notwendigen agitatorischen Arbeiten des Bezirks zu erledigen. Dieser aus 14 Personen bestehende Bezirksvorstand, in dem alle angeschlossenen Wahlkreise vertreten sind, ermächtigt es, die vorgezeichneten Bezirkstage nicht jährlich, sondern nur je nach Bedarf abhalten zu müssen. Dadurch ist verhindert worden, daß der große Apparat gar zu oft in Bewegung gesetzt wird.

Das Geschäftsjahr des Bezirksverbandes beginnt mit dem 1. April 1913. Als Sitz des Sekretariats wurde gegen drei Stimmen Weimar bestimmt, das zugleich den „Borort“ des Bezirks bildet. Wir wünschen und hoffen, daß auch dieses neue Glied in der Kette der proletarischen Organisationen Thüringens nicht nur den einzelnen angeschlossenen Wahlkreisen, sondern auch der Gesamtpartei zum Nutzen gereichen möge.

### Bei den Bürgerauswahlfahrten in Württemberg

wurden eine Reihe weiterer Erfolge erzielt. In Urach vereinigten sich unsere Genossen mit der Volkspartei zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag mit dem Ergebnis, daß zwei Sozialdemokraten mit der höchsten Stimmzahl gewählt wurden. — In Tullingen ging die Volkspartei mit den Nationalliberalen und machte auch dem Zentrum Zugeständnisse. Trotzdem wurden neben vier bürgerlichen drei sozialdemokratische Vertreter gewählt. — In Calw wieder kam ein Sozialdemokrat mit Hilfe der Volkspartei aufs Rathaus. — In Bödingen bei Heilbronn und in Neckargartach wurden je vier Sozialdemokraten gewählt, in Frankensbach drei. In Trossingen setzten unsere Genossen ihre ganze Liebe durch, in Ebingen brachte uns der Proporz zwei Sitze, in Heilbronn fielen uns von elf Sitzen drei zu, einer weniger als bei der letzten Wahl. — In Schramberg, wo die Nationalliberalen in enger Verbindung mit dem Zentrum leben und wo sie auch bei der Landtagswahl den Sieg der im ganzen Lande mit ihnen verbündeten Volkspartei verhinderten, zum Vorteil des Zentrums, drang trotzdem je ein Kandidat der Volkspartei und der Sozialdemokratie durch. Auch in zahlreichen kleineren Arbeitergemeinden gelangten die Kandidaten unserer Partei glatt zum Siege. Die Gemeinden mit sozialdemokratischem Rathausmehrheiten vermehren sich bei dieser Wahl.

### Die partiellen Kommunalwahlen in Rom.

Rom, den 10. Dezember. (Sig. Ver.) Unter Stimmenhaltung der einzig in Betracht kommenden Gegner, der Merkanten, haben am 8. Dezember die kommunalen Wahlen stattgefunden, durch die ein Drittel der Stadtverordnetenversammlung erneuert wurde, da durch Mandatsniederlegung und Sterbefälle die Versammlung nicht mehr vollständig war. Unbestrittener Herr der Situation war der „vollständig-liberale Block“, jene antiliberale Vereinigung, in deren Händen seit fünf Jahren die Stadtverwaltung Roms liegt. Bei der ersten Gründung dieses Blocks hatten die Sozialisten ihm angehört und auch zeitweilig zwei und drei der Ihren als Stadträte im Campidoglio sitzen sehen. Die erste Entfremdung trat dadurch ein, daß der einst der republikanischen Partei angehörende Bürgermeister Rathen sich an dynastischen Fuldigungen gar nicht genug tun konnte, wie das ja bei den meisten Konventuellen der Fall ist, daß sie sich in beständige Unkosten stürzen, um ihre Vergangenheit vergessen zu machen. Zum offenen Bruch und zur Mandatsniederlegung der Sozialisten kam es nach dem Votum des Parteitag von Reggio Emilia. Bei den Wahlen vom vorigen Sonntag bestand der demokratisch-liberale Block aus Reformisten, Republikanern, bürgerlichen Radikalen, Liberalen und zahlreichen Beamtenorganisationen: die sozialistische Partei und die römische Arbeiterkammer fehlten. Die Majoritätsliste des Blocks schloß 23 Namen ein, bei deren Auswahl man nach Kräften allen Parteien und allen Berufsständen genug getan hatte. Reformisten waren drei in der Liste. Diese Liste, der keiner den Sieg streitig machen konnte, erhielt am 8. d. Mts. 10 639 bis 8577 Stimmen; die Minoritätsliste der sozialistischen Partei, die fünf Namen zählte, erzielte 2478 bis 1674 Stimmen, so daß fünf unserer Genossen in der Stadtverwaltung als Rinderbüschler vertreten sein haben werden. Bei der Bildung des Blocks gehörten ihm zwölf Sozialisten an, von denen aber mehr als die Hälfte nach dem Kongress von Reggio zur reformistischen Partei übertrat. Die Wahlbeteiligung war sehr gering, nur 27 Proz. der Wahlberechtigten, was sich aus dem Fehlen der Gegner erklärt. Ohne unbillig zu sein, kann man übrigens der bisherigen Tätigkeit des Blocks in der römischen Verwaltung das Lob nicht vorenthalten, viele Mißbräuche der früheren Merkanten-Verwaltung abgestellt zu haben.

### Ein deutscher sozialdemokratischer Verein

hat sich unter dem Namen „Eisach-lothringischer Arbeiterverein“ in Nancy in Frankreich gebildet. Die Statuten des Vereins entsprechen denen des Pariser Brudervereins. Die Adresse des Vereins ist: Nancy, 6, rue du Hussou.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Sperode. — Eine Offiziersbeleidigung.

Im April dieses Jahres druckten verschiedene Parteizeitungen einen Artikel, „Sperode“ betitelt, ab, der die Erschießung des Hauptmanns Reich durch den Musikier Ehmerleben behandelte. Wegen Abdruck dieses Artikels, der im Schluß eine Offiziersbeleidigung enthielt, wurden die Redakteure verschiedener Parteizeitungen zu empfindlichen Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt. Am Mittwoch hatten sich vor der Strafkammer II des Landgerichts in Gumburg der verantwortliche Redakteur des „Gamb. Echo“ Ernst Köpke und der Verfasser des Artikels, der durch seine Soldatengeschichten „Preussischer Kommiß“ bekannte Genosse Aug. Winnig, wegen gemeinschaftlicher Offiziersbeleidigung zu verantworten. Wie die Anlagenschrift ausführt, wird in dem Artikel der Dienst eines Soldaten geschildert und zwar so, als ob der Soldat dauernd grober, schändlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt sei.

Bei verlassenen Menschen wählte solche Behandlung die Sinne bis auf den Grund auf; jeder neue Tag, jeder Anblick frischer Leiden lasse die innere Blut mächtiger werden, schmelze schließlich die einzelnen Gedanken zu einem Vorschlag zusammen. Ueber die Art dieses Vorschlags heißt es dann: „Bei einer Befähigung der Kompagnie durch den Hauptmann, der die Seele des ganzen anstrengenden und aufreizenden Treibens ist, erschießt der Musikier Ehmerleben seinen Hauptmann aus dem Hinterhalt und tötet sich dann selbst.“ Der Schluß des Artikels soll nach der Anlagenschrift nicht nur in einem Einzelfalle einem Vorgesetzten Mißhandlung und kleinliche Schikane vorwerfen, sondern stellt solche Behandlung als die regelmäßige in der Armee hin.

Auf Antrag des Kriegsministers ist Strafantrag gestellt worden. Genosse Winnig erklärt, daß er nicht habe behaupten wollen, daß jeder Vorgesetzte Soldaten mißhandele und schikaniere, sondern er habe nur zum Ausdruck bringen wollen, daß solche Dinge in der ganzen Armee verbreitet und Selbstmorde zum großen Teil auf solche Behandlung zurückzuführen seien. Genosse Köpke, der die Veröffentlichung des Artikels veranlaßt hat, hat denselben als ein „Erzeugnis dichterischer Phantasie“ angesehen. Als literarische Sachverständige sind von der Verteidigung unter anderen der bekannte Lyriker Richard Dehmel und Dr. Loewenberg geladen worden. Die Sachverständigen stehen auf dem Standpunkt, daß es sich um eine weitwolle, literarisch gute Arbeit handelt, in der sie eine Beleidigung der Armee nicht erblicken können. Der Staatsanwalt vertritt die Ansicht, daß es sich hier nur um eine juristische Frage handelt und beantragt gegen Köpke eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, gegen Winnig zwei Monate. Rechtsanwält Dr. Suse trat in längeren Ausführungen für Freisprechung beider Angeklagten ein.

Das Gericht verurteilte Köpke zu vier Monaten, Winnig zu zwei Monaten Gefängnis.



# Gewerkchaftliches.

## Vogelfrei!

Die christliche Gewerkschafts- und sozialdemokratische Presse ist kürzlich ein großes Entrüstungsgeklör über die Begünstigung sozialdemokratischer Terroristen an. Die „Baugewerkschaft“, das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, schrieb gar, die Mitglieder seiner Organisation seien gegenüber Sozialdemokraten für „vogelfrei“ erklärt worden. Und ausgerechnet die Rechtsprechung solle sich in solcher Weise gegen die heiligen Interessen des Kapitals und der christlichen Organisation verhalten haben. Solches Urteil gründet sich auf folgenden Vorgang: Weil einige Christen sich unkollegial benommen hatten, wollten verschiedene andere freigeordnete Bauarbeiter in ihrer Gemeinschaft nicht mehr arbeiten. Weil der Unternehmer die Tätigkeit der letzteren für wertvoller hielt als die der Christen, entließ er diese. Nun inzierte man gegen die beliebteren Arbeiter eine Klage auf Schadenersatz. Das Nürnberger Amtsgericht wie auch das Landgericht wiesen die Kläger ab. In dem Urteil wird gesagt: „Daß die beklagten Sozialdemokraten nicht mit christlich organisierten Gewerkschaften zusammenarbeiten wollten und in Konsequenz dieses Willens die Arbeit niederlegten, könne als ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht angesehen werden. . .“ Die Scharfmacherblätter machen sich nun das Lament der Christen zu eigen und argumentieren daraus die Notwendigkeit von prägnanten Gesetzesbestimmungen. Die Führer der christlichen Gewerkschaften müßten klug genug sein, solche Forderungen zu unterstützen. Das Vertrauen zu den Christen ist ja für diese sehr ehrenvoll. Aber Konsequenz liegt in der Forderung nicht, und die Christen haben am allerwenigsten Ursache, sich über Unduldsamkeit zu beschweren. Sie und die Unternehmer betrachten es als ein ganz selbstverständliches Recht der Unternehmer, ganz selbstherrlich zu bestimmen, wer beschäftigt werden soll. Niemals fällt es einem Christen oder einem Unternehmer ein, schärfere Strafbestimmungen gegen Unternehmer zu verlangen, die Arbeiter wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung entlassen haben. Die Seelenverwandten sind sich vielmehr einig darin, daß solche Willkür nicht behindert werden dürfe. Ja, noch mehr! Einig sind sie auch darin, daß der Staat als Arbeitgeber keine Sozialdemokraten dulden solle. Bei der Hitze gegen die nichtchristlichen Staatsarbeiter- und Staatsbeamtenvereine waren die Christen stets voran. Gerade sie erklären anderseits Arbeiter für vogelfrei. Ihr jetziges Lament läuft darauf hinaus, die Selbstbestimmung der Arbeiter und ihre Freizügigkeit nach den Wünschen der Scharfmacher noch mehr zu beschneiden. Sie treiben damit ein gefährliches Spiel. Dessen Folgen würden sie selber unangenehm empfinden. Sind die Scharfmacher am Ziele, dann fragen sie den Kuckuck danach, ob sie einen Christen oder einen Nichtchristen vor sich haben. Sie würden versuchen, jeden mit dem Haken der schärfsten Strafbestimmungen zu fassen, der es wagte, gegen den Stachel zu löten.

### Berlin und Umgegend.

#### Zur Situation im Bäckergewerbe.

Seit einiger Zeit versuchen die Vorführer des Bäckerverbandes der Baderinnungen Groß-Berlins den Anschein zu erwecken, als wünschten sie nun endlich mit der Gesellschaft zu einem Tarif kommen. Der Vorsitzende des Bäckerverbandes, Obermeister Schmidt, macht in allen Bezirksvereinen der Bädermeister für einen solchen Tarif mit der Gesellschaft Propaganda. Leider aber spielen sich in diesem Bäckerverbandsangelegenheiten, welche die Organisationsleitung der Gesellschaft außerordentlich stutzig machen müssen. Ganz abgesehen davon, daß derselbe Herr Schmidt, der bei seinen Kollegen im Reichslager Propaganda für einen Tarif macht, in einer öffentlichen Meisterversammlung am 14. November rund heraus erklärte, daß der ständige Ruhetag des Bäckergewerbes ruiniere und deshalb für die Meister unannehmbar sei, daß er weiter in einer Sitzung des Bäckerverbandes erklärte, nur dann für einen Tarif mit der Gesellschaft eintreten zu können, wenn dadurch dem Bäckerverband kein Schaden geschähe, hat dieser Bäckerverband jetzt eine neue Gründung geschaffen, deren Spitze sich letzten Endes gegen eventuelle Lohnbewegungen richten soll.

Vor einiger Zeit fanden die Frauen in einzelnen Stadtteilen in ihrem Frühstücksbeutel Anpreisungen eines Rabattparteiens, der von den im Bäckerverband vereinigten Innungen gegründet sei! In der letzten Nummer der Innungzeitung wird diese Gründung außerordentlich gelobt als ein Mittel, die Konsumbewegung damit zu bekämpfen! In Wirklichkeit dürfte dieser Rabattparteiens, ähnlich wie in Stettin, Breslau und anderen Städten, dazu benutzt werden, diejenigen Meister durch Entzug der Rabatmarken wirtschaftlich zu schädigen, wenn nicht völlig zu ruinieren, die bei einer Lohnbewegung die Gesellschaften unterstützen. Ob den Nachbarn dies glücken wird, muß abgewartet werden.

In den Kreisen der Bädermeister macht sich gegen die neueste Gründung des Bäckerverbandes bereits eine lebhafte Opposition geltend. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, findet am Donnerstag, den 19. Dezember, im „Königsplatzsaal“ in der Holzmarktstraße eine öffentliche Bädermeisterversammlung statt, die gegen die neueste Gründung des Bäckerverbandes protestieren soll und in welcher verschiedene Internas über die Gründung selbst öffentlich besprochen werden sollen.

Die Gesellschaft und ihre Organisation kann diesen Dingen ruhig entgegensehen, wenn sie auch ein wachsendes Augenmerk darauf haben mag.

**Wahrung, Zigarrenarbeiter!** Die Differenzen, die bei der Zigarrenfirma *S. M. A. H. E. R.*, Köpenicker Str. 156/56, in letzter Zeit entstanden waren, sind durch Entgegenkommen des Herrn *S. M. A. H. E. R.* beseitigt und ist dadurch das alte Einigungsverhältnis mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband wieder hergestellt.

**Arbeiter! Mancher!** Angehts des nahen Weihnachtsfestes seien alle Käufer von Zigarren wiederum daran erinnert, nur dort ihren Bedarf von Zigarren zu bedenken, wo das grüne Pfälzchen, unterzeichnet Alwin Schulze, geführt wird.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### 50 000 Mitglieder im Brauereiarbeiterverband.

Mit Abschluß des dritten Quartals zählte der Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter 50 112 Mitglieder. Vor 21 Jahren, im September 1891, begann der Verband der Brauereiarbeiter auf moderner Grundlage seine Wirksamkeit; er zählte damals noch nicht 1000 Mitglieder. Nachdem bestand zehn Jahre lang ein Brauereiarbeiterverband, dessen Leitung auf dem Standpunkt der Interessensharmonie stand. Die Gegensätze, die aus dieser Stellungnahme des Verbandes heraus zwischen einem Teil der Mitglieder und der Verbandsleitung entstanden, bewirkten schließlich im Jahre 1891 die Trennung der vorgeführten Mitglieder von den Harmoniebetreibern. Der alte Verbandsvorsitzende wurde durch einen am moderneren Boden stehenden ersetzt. Von diesem Zeitpunkt an begann die eigentliche gewerkschaftliche Tätigkeit des nachmaligen Brauereiarbeiterverbandes, aufs bestmögliche bekämpft und unterdrückt von den gegnerischen Harmoniebetreibern und den diesen wohlwollenden Unternehmern.

Daß es vergebliche Mühe war, die moderne Organisation zu bekämpfen, um sie in ihrem Wachstum aufzuhalten, zeigt der erfolgreiche Aufschwung und der gegenwärtige Stand der Organisation.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Neufahrweg 10, Berlin.

Sie feierte ihre Mitgliederzahl am 5765 Ende 1895, 12 517 Ende 1900, 23 942 Ende 1905, 41 903 Ende 1910, 67 654 Ende 1911 und auf 50 112 am 30. September 1912. Am 1. Oktober 1910 erfolgte der Anschluß des 1891 ins Leben getretenen Mälzearbeiterverbandes an den Brauereiarbeiterverband mit über 4000 Mitgliedern.

Das Wachstum einer gewerkschaftlichen Organisation wird bedingt durch die Interessensvertretung der Mitglieder bei dem Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Als weiteres Agitationsmittel kommen die Unterstützungseinrichtungen in Frage. Was im Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter darin geleistet wurde unter Außerachtlassung des früheren Mälzearbeiterverbandes, dafür einige wenige Ziffern. Seit 1898, von welchem Jahre an Aufzeichnungen vorliegen, erzielte der Verband an Lohnsteigerungen 17 624 000 M. für 150 773 Personen, Arbeitszeitverlängerung 19 435 578 Stunden für 90 998 Personen. Die früher unregelmäßige Arbeitszeit, die bis zu 18 Stunden und mehr betrug, wurde wesentlich vermindert. Sie ist heute tariflich geregelt, und zwar unter 10 Stunden für 1048 Betriebe mit 44 959 Personen. Das ist der Stand vom 1. Januar 1912. Ein Urlaub ohne Lohnabzug war zum gleichen Zeitpunkt tariflich festgelegt für 1455 Betriebe und 51 614 Personen. Vom Verband abgeschlossene Tarifverträge waren am 1. Januar 1912 gültig 795 für 1587 Betriebe und 54 540 Personen. An Streit- und Gemühtregelmittelunterstützung zahlte der Verband von 1891—1911 die Summe von rund 1 346 700 Mark, an sonstigen Unterstützungen rund 1 639 390 M. Bei diesen erheblichen Unterstützungen sind aber die Finanzen des Verbandes zufriedenstellend. Das dritte Quartal 1912 schloß mit einem Vermögen in der Hauptklasse von 1 380 722 M. ab.

Der gesunde Stand der Organisation und die bisherige Entwicklung, wonach in je einem Zeitabschnitt von 6 Jahren die Mitgliederzahl sich immer um ein Drittel verdoppelt, lassen den Wunsch der Verbandsleitung des Brauerei- und Mälzearbeiterverbandes begründet erscheinen, in den nächsten sechs Jahren als Ziel wieder eine Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl zu erreichen, wozu mitzuwirken sie die Mitglieder auffordert — ein Wunsch, den jeder Freund der Arbeiterbewegung teilen wird.

#### Die Streikklausel der Bauunternehmer und die Kommunen.

In Eberfeld gingen bei einem städtischen Submissionsauschreiben für den Bau der großen städtischen Arbeiterkolonie 32 Offerten ein. Von diesen waren 30 mit der Streikklausel versehen, die besagt, daß bei Streiks und Aussperrungen die Lieferzeit um die Dauer des Streiks oder der Aussperrung hinausgeschoben werde. Dabei konnte festgestellt werden, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe (Sitz Berlin) an seine Mitglieder im Reich gleichartige Stempel verschickt hatte, die einfach auf die Angebote aufgedruckt wurden.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Eberfelder Stadtparlament nahmen darauf in der letzten Sitzung Gelegenheit, diese Sache zur Sprache zu bringen. Sie beantragten, die Streikklausel nicht zuzulassen, weil diese eine krasse Parteimahne für die Unternehmer im Falle eines Kampfes bedeuten würde. Der Stadtbaurat hatte in der städtischen Baukommission ausgeführt, daß man sich mit der Streikklausel abfinden müsse, weil fast alle Offerten diese enthielten. Darauf entgegneten unsere Genossen, daß man im schlimmsten Falle zur städtischen Regie greifen solle. Der Oberbürgermeister *F. u. d.* führte im Plenum aus, daß sich die Stadtverwaltung in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern vollkommen neutral verhalten müsse. Ueber die Zulassung von Streikklauseln solle später von Fall zu Fall entschieden werden. Mit diesem Grundsatze erklärten sich vorläufig auch unsere Genossen einverstanden.

### Ausland.

#### Streiks in Großbritannien im Jahre 1911.

London, 10. Dezember 1912. (Eig. Ber.) Der sechsten erdigenen Regierungsbericht über Streiks und Aussperrungen in Großbritannien im Jahre 1911, der letzten Sturm- und Drangperiode der britischen Arbeiterklasse, ermöglicht es einem, ein ziemlich klares Bild von einer Bewegung zu gewinnen, über die viel leichtfertiges Zeug geschrieben worden ist. Zwar umfaßt der Zeitraum des Berichts nicht den großen Bergarbeiterstreik, der wohl in dem Berichtsjahr vorbereitet wurde, aber erst im laufenden Jahre ausbrach. Man kann sich jedoch auch ohne diese dramatische Steigerung ein Urteil über die Bewegung bilden.

Zunächst fällt einem auf, daß der Umfang der Streikbewegung, an der Zahl der Streiktage gemessen, keineswegs unerreicht dasteht, wie vielfach geglaubt wird. Die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage betrug im Jahre 1911 10 310 591 Tage. Im Jahre 1893, der Zeit des großen Bergarbeiterausfalls in England, betrug die Zahl der Streiktage 80 467 765, im Jahre 1897 10 345 523, im Jahre 1898 15 289 478 und im Jahre 1908 10 834 189.

An den Kämpfen waren im ganzen 961 980 Arbeiter beteiligt, davon waren 130 576 nur indirekt beteiligt, d. h. sie wurden durch die Kämpfe arbeitslos. Die Arbeiter verteilen sich auf folgende Gruppen:

Bauindustrie	2 789
Bergbau und Steinbrüche	140 808
Metallarbeiter	93 783
Textilarbeiter	221 433
Bekleidungsindustrie	9 810
Transportgewerbe	448 618
Verchiedene Arbeitergruppen und Arbeiter öffentlicher Behörden	44 739

Wie ersichtlich ist, gehörte fast die Hälfte der in den Kämpfen verweilenden Arbeiter der Transportindustrie an. Die Streiks der Transportarbeiter nahmen mit der überraschenden Bewegung der Seereute im Juni des Jahres ihren Anfang und fanden ihre höchste Steigerung in dem allgemeinen Eisenbahnerstreik im Monat August. Von den Metallarbeitern waren es vornehmlich die Maschinen- und Schiffsbauer, die mit 79 235 Personen an Kämpfen beteiligt waren. Die hohe Zahl der Textilarbeiter erklärt sich aus der Aussperrung der Baumwollweber zu Ende des Jahres, von der 160 000 Mann betroffen wurden.

Das Jahr 1911 war die Zeit der allgemeinen „labour unrest“ (Arbeiterunruhe). Das drückt sich nicht allein in der Bewegung der in den vorhergehenden 20 Jahren so ruhigen Transportarbeiter aus, sondern auch in der großen Zahl der Streiks in den verschiedenen Berufen. Die Zahl der in Kämpfen verweilenden Arbeiter dieser Berufe war im Jahre 1911 weit größer als in irgendeinem Jahre seit 1893 (seit welcher Zeit Ziffern vorliegen) und etwa sechsmal so groß wie die Durchschnittszahl der Jahre 1893—1910. Diese zahlreichen kleineren Kämpfe und die Bewegung der Transportarbeiter trübten dem Jahre 1911 den Stempel auf.

Wenn man zu der Zahl der verlorenen Arbeitstage kommt, kann man die Fermentide der kapitalistischen Mächte über die schweren Wunden, die der Streik der Volkswirtschaft schlägt, in objektiver Weise würdigen. Die Transportarbeiter verloren in der Gesamtheit etwa zwei Tage im Jahre, die Bergarbeiter vier Tage, die Metallarbeiter beinahe einen Tag, die Textilarbeiter ungefähr einen Tag und die Bauarbeiter ein Zwanzigstel eines Tages. Verteilt man die 10 310 591 Streiktage auf die Gesamtheit der britischen Industriearbeiter und nimmt man, wie der Regierungsbericht, die Zahl der möglichen Arbeitstage im Jahre mit 3 100 000 000 an, so ergibt sich, daß auf je einen Industriearbeiter ein „verlorener Arbeitstag“ kommt. Das wäre etwa dasselbe, als wenn das Parlament — lagen wir aus Anlaß einer patriotischen Feier — einen Wanseierlag angeordnet hätte.

Als Ursachen der Kämpfe des Jahres 1911 werden namentlich zwei Streitobjekte angeführt: Lohnfragen und Gewerkschaftsfragen. An Lohnfragen waren 45 Proz. und an Gewerkschaftsfragen 30 Proz. der Arbeiter interessiert. Der hohe Prozentsatz dieser Streitfälle ist sehr beachtenswert. Wie etymologisch sein wird, kämpften die Eisenbahner um die Anerkennung ihrer Organisa-

tionen, und die Weber wurden wegen ihres Verhaltens dem Unorganisierten gegenüber ausgesperrt.

Weniger als 7 Proz. der Arbeiter erzielten einen vollständigen Erfolg, und etwas mehr als 9 Proz. mußten unrichtigter Sache die Arbeit wieder aufnehmen. 84 Proz. der Arbeiter beendeten den Kampf mit einem Vergleich. Auf dem Wege des Einigungsverfahrens wurden Streitigkeiten, an denen 348 833 Arbeiter beteiligt waren, beigelegt, während das schiedsrichterliche Verfahren nur in wenigen Fällen (7425 Arbeiter) zur Anwendung kam. Viele Streitigkeiten wurden auch im Jahre 1911 ohne Arbeits Einstellung auf dem Wege der Einigung oder der freiwilligen Schiedsgerichte geregelt. Die Zahl dieser Fälle ist in den letzten vier Jahren in ständigem Steigen begriffen.

Zweifelsohne haben die Kämpfe des Jahres 1911 dem britischen Proletariat viele Vorteile gebracht. Man befand sich in einer Periode steigender günstiger Konjunktur, in der die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeiter lieber bewilligten, als es auf eine lange Kampfprobe ankommen zu lassen. In diesem Jahre (1912) hat das Geschäft in Großbritannien einen noch nie dagewesenen Aufschwung genommen. Aus allen Teilen des Landes kommen Nachrichten von einer unerhörten Prosperität. Selbst die Tarifreformer, die sonst immer über den „Niederengang“ der englischen Industrie plärren, sehen sich genötigt, in den Jubelsummus der Hochhändler mit einzustimmen. Der glänzende Geschäftsgang wird auch von manchen Personen hierzulande als die Ursache der friedlichen Haltung der Regierung Großbritanniens in dieser politischen Krisenzeit angesehen. Wie lange wird jedoch dauern? Sünden *W. e. b.* prophezeite vor einigen Tagen den wirtschaftlichen Niederengang für das Jahr 1914. Und wird der Sturz dem Aufstieg ähneln?

## Die Balkankrise.

### Die Affäre Prochaska.

Wien, 12. Dezember. (W. Z. B.) Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, hat Konjul *E. d. l.* seine Erhebungen über die Affäre des Konjuls Prochaska in Brigid bereits abgeschlossen und befindet sich auf der Rückkehr. Er wird zunächst seine Reise in Belgrad unterbrochen, um den dortigen österreichisch-ungarischen Gesandten über den Tatbestand zu informieren. In den nächsten Tagen dürfte er nach Wien kommen, um seinen bereits telegraphisch übermittelten Bericht mündlich zu ergänzen. Es steht zweifellos fest, daß gegen Konjul Prochaska von serbischer Seite Völkerverleumdungen begangen wurden, wenn sie auch nicht die im Publikum verbreiteten Dimensionen angenommen haben. Nach der Rückkehr des Konjuls *E. d. l.* nach Wien dürfte über die Affäre Prochaska eine offizielle Publikation erscheinen. Man zweifelt nicht daran, daß die serbische Regierung in der Affäre Prochaska der Monarchie entsprechende Genugtuung leisten wird.

## Letzte Nachrichten.

### Die Saarbergleute beim Handelsminister.

Nach einer Meldung aus „Wolffs Telegraphischem Bureau“ wurden heute die von der Belegschaft der Saarbrücker Staatsgruben aus ihrer Mitte abgeordneten drei Vergleiche von dem Handelsminister in Berlin in 5½stündiger Verhandlung empfangen. Sie brachten zunächst die Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf die neuen Bestimmungen der Arbeitsordnung und auf die Lohnverhältnisse vor. In Sachen der Arbeitsordnung wurden die einzelnen beanstandeten Bestimmungen durchgesprochen und dabei hervorgehoben, daß die einzige erhebliche Minderung in der zur Erfüllung eines alten Wunsches der Belegschaft angeordneten Verkürzung der Schichtzeit um zwei Jahre bestehe, wodurch der Staatskasse Mehraufwendungen im Betrage von etwa 1½ Millionen Mark jährlich an Löhnen erwachsen. In allen übrigen Punkten handelte es sich um wesentlichen nur um Fassungsänderungen, die an der bisherigen Handhabung der Arbeitsordnung nichts änderten. Von einigen weiteren von der königlichen Bergwerksdirektion beabsichtigten Änderungen habe diese bereits auf Wunsch der Arbeiterausschüsse Abstand genommen. Unter diesen Umständen müsse die am 1. Dezember d. J. in Kraft getretene Arbeitsordnung aufrecht erhalten werden. Es solle jedoch die Bedeutung der Arbeitsordnungsänderungen, soweit sie bisher zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hätten, noch einmal durch eine ausführliche Veröffentlichung klargestellt werden. In der Lohnfrage verzichtete der Minister auf die eingehenden Ausführungen, welche der Vorsitzende der Bergwerksdirektion den Arbeiterabgeordneten in der Besprechung vom 6. Dezember d. J. gemacht hatte, und hob besonders hervor, daß die Löhne schon seit Jahresfrist in fortwährendem Steigen begriffen seien und zurzeit den Höchststand früherer Jahre bereits wesentlich überschritten hätten. Ueberdies habe die Staatsbergverwaltung die Absicht, bei gleichbleibender günstiger Konjunktur die Löhne auch weiter allmählich anheben zu lassen. Die Weiterhin von den Abgeordneten vorgebrachten Einzelbeschwerden nahm der Minister mit der Bemerkung entgegen, daß sie bei ihrer Vorbringung im geordneten Instanzenzuge eingehend geprüft werden sollen. Dabei ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner von der staatlichen Bergwerksverwaltung loyal gehandhabt werden sollen, daß er aber andererseits ein entsprechendes Aufstreben auch von der Arbeiterschaft erwarte. Zum Schluß empfahl der Minister dringend den Abgeordneten, bei ihren Kameraden dahin zu wirken, daß die augenblickliche ohne sachlichen Grund erregte Belegschaft sich beruhige und sich nicht zu unüberlegten Schritten hinhinreiße lasse.

### Anwachsen der russenfeindlichen Stimmung in China.

Wuhan, 12. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Shanghai sind Vertreter der Nationalistenpartei hier eingetroffen, um den Kontakt gegen Rußland zu organisieren. Die russenfeindliche Stimmung in der Mandchurie hat sich neuerdings verschärft. An allen Orten werden Geldkollekten zu Kriegszwecken veranstaltet und freiwillige Truppen gegen die Mongolei gebildet. Nach Meldungen aus chinesischer Quelle sind kriegerische Aktionen gegen Rußland im nächsten Frühjahr zu erwarten.

### Rußlands Drohung.

Peking, 12. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der russische Gesandte hat China wissen lassen, daß Rußland die Beziehungen abbrechen werde, falls China nicht die Verögerung der Beilegung der mongolischen Frage aufhebe. Dies wird als bedeutungsvoll angesehen mit Rücksicht auf die bevorstehende Ankunft der mongolischen Delegierten in Petersburg, die, wie erwartet wird, den Kaiser von Rußland um Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit der äußeren Mongolei ersuchen werden.

### Eine neue Massenansperrung in Sicht.

Abendblättern, 12. Dezember. (W. Z. B.) Bei der Weberei und Spinnerei *S. w. e. r. i. n. g. u. Co.* hieselbst hatten die Arbeiter eine 20prozentige Lohnhöhung gefordert und wegen deren Ablehnung die Arbeit niedergelegt. Der Münchener Arbeiterverband hat nun, wie die „Westfälische Zeitung“ meldet, beschloffen am 20. d. M. der gesamten Arbeiterschaft zu kündigen so daß am 4. Januar 1913 sämtliche Arbeiter zur Entlassung kommen. Von dieser Aussperrung würden etwa 20 000 Textilarbeiter betroffen werden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. 15. sächs. Kr. a. Konto 1000.—; Altona-Herold 1. Du. 281,70; 2. bad. Kr. 1. Du. 126,46; Gotha 4. Du. 1911/12 u. 1. Du. 1912/13 788,85; Kempen 1. Du. 73,28; 2. Reife-Schlachtensee 10.—; Freiburg 5. bad. Kr. 1. Du. 155,60; Gau Südbayern für 20 Kr. 1. Du. (München I u. II 3767.—; Nisch 156,12; Ingolstadt 51,78; Wolfersburg 8,58; Weilheim 149,36; Rosenheim 191,14; Traunstein 68,32; Landsbut 75,72; Straubing 81,82; Passau 25,20; Pfarrkirchen 13,46; Deggendorf 16,80; Kelheim 5,16; Donauwörth 12,54; Dillingen 12,14; Wertingen 42,14; Kaufbeuren 19,14; Immenstadt 139,10; Regensburg 129,28) Sa. 4903,90; 4. sächs.-holl. Kr. 1. Du. 85,98; 4. A. P. Hornjaviertel 3.—; Bez. Westpreußen für 18 Kr. 1. Du. (Elbing-Marienburg 102,30; Danzig-Stadt 102,85; Danzig-Stadt 322,90; Reustadt-Karlshaus 3,98; Berent-Stargard 1,78; Stuhm-Marienwerder 9,90; Rostener-Lobau 6,10; Graudenz-Strasburg 14,68; Thorn-Kulm 15,96; Schwetz 2,88; Königs-Tadel 1,42; Schlochau-Platow 7,14; Deutsch-Krone 11,96) Sa. 608,85; Fürstentum Silesien 1. oldemb. Kr. 1. Du. 279,78; Ottweiler-St. Wendel 1. Du. 88,95; Heidelberg 12. bad. Kr. 173,23; 5. Ueberisch d. Vorwärts 3. Du. 1912 70 519 65; Berlin E. 2. d. S. 50.—; Altona 8. sächs.-holl. Kr. a. Konto 1. Du. 2200.—; Lennep-Wettmann 1. Du. 718,40; Berlin f. Wirtenschiff 11,60. 6. Kiel 7. sächs.-holl. Kr. 1. Du. 334,12; Köln, Reg. B. 20.—; Solingen 962,05; Gese-Geldern 4. u. 1. Du. 40,90. 7. Saarbrücken 1. Du. 97,50; Staffel f. 2 Kr. 1. Du. (Kassel-Nelungen 825,48; Schwesche-Schmaltdalen 164,88) Sa. 990,36; Schopfheim 3. bad. Kr. 1. Du. 118,04; Wolfenbüttel 2. braunsch. Kr. 1. Du. 285,66; Holzminde, 3. braunsch. Kr. 1. Du. 177,90; 8. Dresden-A. 6. sächs. Kr. 1. Du. 1456.—; Münster-Coesfeld 1. Du. 81,85; Bez. Oberlangensbielau f. 6 Kr. 1. Du. (Waldenburg 436,20; Reichenbach-Neurode 341,46; Glas-Habelschwert 8,60; Landesgut 419,71; 20. Hirschberg-Sachsen 199,78; Striegau-Schweidnitz 418,99) Sa. 1871,20. 9. Friedberg-Büdingen 1. Du. 336.—; Gotha Rest v. 4. u. 1. Du. 8,55. 11. Tischfabrik Brämer Lichtberg 20.—; 1. braunsch. Kr. 1. Du. 1548,42; 6. hannov. Kr. Rest 1911/12 636,16; Köln f. Wirtenschiff 194,90; Hamm-Socit 1. Du. 302,94. 12. Oldenburg-Stadt 264,50; Oldenburg-Pfön 97,86. 13. Bez. Breslau f. 10 Kr. 1. Du. (Guben-St. 11,82; Rittsch-Trebnitz 49,16; Delb-Wartenberg 22,02; Bries-Kamslau 87.—; Ohlaw-Strehlen 87,30; Wreslau-Land 505,82; Reustadt D./S. 27,29; Falkenberg-Grottau 2,16; Glogau 50,70; Liegnitz-Glogau 459,86) Sa. 1302,96; Falkenberg D./S. A. 2. 3.—; Köslin-Kolberg 1. Du. 73,80. 15. Hattorf 1. Du. 121,78; A. B. Noabit f. Nov. 1912 3,05. 16. Berlin Dr. S. B. 25.—; Jagenau-Weihenburg 1. Du. 15,16; Bez. Juidau f. 8 Kr. 1. Du. (Juidau 981,64; Reichenbach 688,80; Klauen 1165,86) Sa. 2816,30; Bez. Pfalz f. 6 Kr. 4. Du. (Epeher-Ludwigshafen 981,46; Landau-Reustadt 248,16; Germersheim 59,30; Birmatzen 189,48; Homburg 68,94; Kaiserslautern 178,80) Sa. 1715,94; 19. Rhau-Zellenburg 1. Du. 25,20; Berlin Dr. L. A. 100.—; Vedum-Lüdinghausen 1. Du. 119,20; 13. sächs. Kreis a. Konto 1912/13 12 000.—; 21. Sonneberg-Saalfeld 1. Du. 834,80; 22. Bez. Nordwest f. 5 Kr. 1. Du. (Gardau 1711,53; Bremerhaven 1105,77; Vegesack 631,97; Hemelingen 415,92; Bremen 9000.— a. Konto) Sa. 8865,19; Silesien 1. Du. 1144,40; Silesien f. Wirtensch. 1. Du. —; 16. sächs. Kr. a. Konto 3000.—; 20. sächs. Kr. 1. Du. 315,10; 25. Gau Pfalz f. 6 Kr. 1. Du. (Epeher-Ludwigshafen 980,64; Landau-Reustadt 279,50; Germersheim 58,80; Birmatzen 238,36; Homburg 68,94; Kaiserslautern 194,10) Sa. 1829,84; Bez. Dresden f. 3 Kr. 1. Du. (Röbau 428,05; Ranzau 300.— a. Konto; Dresden-A. 2090.— a. Konto) Sa. 2728,05. 26. Bern v. 2. 100.—; B. Wirtsgliedern d. D. Buchdruckerwerb. d. Zinna Kleinenheils-Schöneburg 10.—; Namitz-Goslyn 1. Du. 10.—. 27. Bez. Posen f. 8 Kr. 1. Du. (Bronberg 26,10; Colmar-Rietze 88,79; Wirtsgliedern 16,35; Posen 22,63; Reiertz-Domst 0,56; Adelnau-Schilberg 5,40; Samter-Obornik 6,72; Hohenfalko 0,65) Sa. 117,20. Bez. Oberhein 1. Du. (Bergheim-Gülsrichen 12,20; Fürstentum Völkensfeld 80.—; Erier 12.—; Kachen Land 106,90; Koblenz St. Goar 50,12; Bonn-Rheinbach 88,26; Remscheid 30,78; Köln Stadt und Land 1987,38; Kachen Stadt 106,74; Verein obere Rhein-

probing 21,90) Sa. 2492,84; Bez. Magdeburg f. 5 Kr. 1. Du. (Stendal-Dietrich 204,13; Jerichow I u. II 835,12; Wolmirstedt-Neuhaldensleben 870,55; Wanzleben 571,80; Quedlinburg-Afchersleben 801,72) Sa. 2783,32; Bez. Brandenburg f. 12 Kr. 1. Du. (Weißprignitz 145,45; Ostprignitz 12,04; Oberbarnim 158,80; Westhavelland 829,32; Zauch-Belzig 514,30; Friedeberg-Arnswalde 83,94; Landsberg-Soldin 271,98; Frankfurt-Lebus 320,37; Ost- und West-Sternberg 15,80; Guben-Lübben 876,93; Sorau-Först 416,78; Jülich-Kroffen 127,57) Sa. 3222,68. 30. Meiste, Schlachtensee 20.—; Meuse f. 2., 1. Du. 800.—; Annaberg, 21. sächs. Kr. 1. Du. 569,24; Berlin A. B. 50.—; S. S. 50.—; Gau Nordbarnim f. 21 Kr. 1. Du. (Amberg 37,38; Reumarkt I. D. 13,02; Reustadt B.-R. 74,94; Hof 418,76; Wahrenth 458,32; Forchheim-Kulmbach 156,26; Reunburg 2,70; Kronach 151,62; Bamberg 179,40; Nürnberg 398,72; Erlangen-Fürth 981,22; Ansbach-Schwabach 335,44; Eichstätt 37,16; Dinkelsbühl 49,88; Rothenburg o. L. 44,08; Rüggen 50,48; Reustadt a. S. 88,22; Schweinfurt 213,30; Würzburg 412,08; Aichhaffenburg 164,86; Lohr 30,30) Sa. 7706,74; Bez. Erfurt f. 4 Kr. 1. Du. (Nordhauken 1. u. 2. Du. 1911/12 426,89; Heiligenstadt 4,60; Mühlhausen 302.—; Erfurt 842,67) Sa. 1575,96. Hessen f. 3 Kr. 1. Du. (Wiesbaden 77,52; Bingen-Alzey 36.—; Mainz 330.—) Sa. 443,52; Woffe v. Venedig d. Graupe 3.—; Ansbach 3.—; Hennig, Argentinien 5.—; Groß-Berlin a. Konto 1. 8 Kr. 15 000.—, darunter: Ueberisch 5. Kr., Abt. II, 15.—, Fräulein Schlegelstr. 1,05; Uebermann Köning 0,50; Wierlasse d. Arb. d. Argusmotorenfabr. 52.—, A. G. Noabit 6.—, Aug. d. Woffe 10.—, Fahr d. Woffe 10.—, Goppner 2.—, Dameumantel-Geld. Simon 5.—, A. G. 0,75, A. B. Ritter 1.—, Ueberisch der Dampfpartie d. 1.—7. Abt. 9,20, d. Werthele aus d. Schierklasse v. d. Verbandsgehilfen d. Buchdr. Troiwisch u. Sohn 5.—, Abt. 31, 4. Kr., Ueberisch v. Vergnügen 35,30, Geburtstagsfeier d. Klauen Brüder 2,10, Wasserfeste „nicht Ede“ durch Reinhardt 5.—, Als Entschädigung f. d. Brief d. Zeitung v. d. hl. Brüdern Sanatorium Ia Beauty d. Demming 50.—, Dorf, Jigarengeheiß, Moritzstr. 20.—, Gutenberg 34,90, Zellerfammlungen vom 17. November: Neue Welt 237,16, Keller 141,61, Friedrichshain 301,37, Königsstadt 307,46, Germania 126,50, Noabiter Gesellschaftshaus 199,80.

Berlin, den 11. Dezember 1912.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7018, A. Gerich, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postkassamann Berlin ein Postkassakonto und erlauben daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postkassakonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postkassakonto Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Abgeordnetenhaus.

106. Sitzung. Donnerstag, den 12. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind fast besetzt. Am Ministertische: v. Dallwitz, Lenze, Wahnschaffe.

3. Lesung des Schlepplimonopol.

Abg. Leinert (Soz.) erklärt nochmals, daß die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Begrenzung der Schlepplimonopol auf die Selbstkostenänderung, auf Beförderung der Lebensmittel zu den billigsten Lagen und auf die Entschädigung der durch die Monopolisierung geschädigten Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie ein Sieg des Privatkapitals und des Agrarismus über den Staat und die an sich gesunde Idee des Monopols bedeute. Wir bebauern diese Beschlüsse umso mehr, als sie auch das Interesse der arbeitenden Bevölkerung schwer verletzen. Deshalb sind wir auch trotz unserer grundsätzlichen Stellung zum Monopol nicht mehr in der Lage, in der Gesamtabstimmung für das Gesetz zu stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Lippmann (Sp.) polemisiert gegen die Monopolfreundlichkeit des Abg. Leinert und protestiert im Interesse des Verkehrs gegen

das Monopol. Abg. Leinert begegnet sich mit den Konservativen. (Beifall bei der Volkspartei.) Abg. v. Campe (natl.) spricht für das Gesetz. Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Leinert (Soz.) bemerkt persönlich gegenüber dem Abg. Lippmann, daß dieser sehr wohl wissen müsse, daß die Sozialdemokraten von den Konservativen durch eine Weltanschauung getrennt sind. Wenn wir zufällig einmal mit den Konservativen übereinstimmen, scheiden wir uns in der Sache ebenso wie früher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf Antrag des Abg. v. Armin-Rüfedorf (L.) wird das Gesetz en bloc angenommen. Der Ministerpräsident betritt den Saal. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Römig widmet dem heute morgens verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern einen Nachruf, den die Abgeordneten stehend anhören. Es folgt die Beratung des Antrages Stroffer (L.) auf Ankauf des militärökonomischen Nachbargrundstückes des Abgeordnetenhauses zur

Anlage eines Gartens für das Abgeordnetenhaus.

Es ist hierzu ein neuer Antrag der bürgerlichen Parteien eingegangen, der die Erwerbung des ganzen Grundstückskomplexes zwischen der Leipziger, Königgräber, Prinz-Albrecht- und Wilhelmstraße durch den Staat und einheitliche Bebauung dieser Grundstücke verlangt. Bekanntlich hat das Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 4. Dezember auf einen Antrag des Abg. Lippmann (Sp.), der damit einer Anregung des Abg. Dr. Friedberg (natl.) folgte, beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen und die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Kriegsministers bei dieser Verhandlung zu fordern.

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg: Das Abgeordnetenhaus hat am 4. Dezember beschlossen, von dem Recht des Artikels 80 der Verfassung Gebrauch zu machen und den Antrag Stroffer in Gegenwart der zuständigen Minister zu verhandeln. Die Regierung ist diesem Beschluß gefolgt, aber sie interpretiert den Artikel 80 dahin, daß es sich beim Antrag Stroffer um den Erwerb eines Grundstücks für den preussischen Staat und um seine Verwendung, sei es im ganzen, sei es in Teilen für Zwecke des Abgeordnetenhauses handelt. Unabhängig hierfür sind der Minister des Innern und der Finanzminister. Der Minister des Innern wird die Stellung darlegen, die die Staatsregierung zu dieser Angelegenheit einnimmt. (Beifällige Heiterkeit, insbesondere auf der Linken. Der Ministerpräsident verläßt den Saal.)

Minister des Innern v. Dallwitz stellt fest, daß die bei der vorigen Beratung zum Ausdruck gekommene Ansicht, als ließe es der Regierung an dem im Interesse gedeihlichen Zusammenarbeitens erforderlichen Entgegenkommen gegen das Haus fehlen, nur auf einem Mißverständnis beruhen könne. (Dort! hört!) Die Regierung erkennt den Wunsch des Hauses auf Erwerbung des im Antrage Stroffer bezeichneten Grundstücks für seine Zwecke für berechtigt an. (Beifall.) Es schweben darüber Verhandlungen, über deren Ergebnis ich Ihnen leider noch keine Auskunft geben kann. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) führt aus, daß die Frage nicht zur Aufrollung eines Verfassungskonfliktes geeignet sei, sie sei auch noch nicht geklärt, und daß ferner ein neuer Antrag vorliege, beantragt er, die Sache an die Budgetkommission zu überweisen und über diesen Antrag sofort abzustimmen, auch ohne Geschäftsordnungsdebatte. (Beifall rechts.)

Die Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Dr. Wahnschaffe (Sp.) wendet sich gegen die Zustimmung, jetzt nach den Reden zweier Minister die ganze Sache ohne weiteres der Kommission zu überweisen. Wir halten auch eine fruchtbarliche Erörterung der Frage für nötig, umso mehr, als der Kriegsminister nicht gekommen ist (Unruhe rechts, der Präsident mahnt den Redner, hierauf nicht einzugehen). Ich muß begründen, warum wir den Antrag v. Heydebrand ablehnen. Wir müssen die Möglichkeit haben, die Frage zu entscheiden, ob wir die Anwesenheit des Kriegsministers erzwingen können. Die Angelegenheit berührt das Interesse der preussischen Volksvertretung (Sehr richtig! links), das unter einer solchen Ver-

Ein Maler der Massen.

(Zur Egger-Lienz-Ausstellung bei Keller u. Reiner.)

Die Schlachtenmalerei hat keinen guten Ruf. Man denkt dabei an die Heldentaten des gestirbten Berner und an hurra-gepöbelte Hühner. Man denkt an die großbunten Bilderbogen, wie sie in den Ehrensälen der Kriegervereine, leider auch in der Nationalgalerie (da aber gut verdeckt) herumhängen. Diese offizielle Schlachtenmalerei wird von der Episode und der Uniformkunde beherzigt. Es ist zu sehen, wie der Herr von Ipenflitz eine Fahne erobert, wobei Vortrittskreise bis auf die Schnurboarspitzen garantiert wird. Oder man kann die Regimentsziffern von den Kollertappen lesen; und auch sonst ist jede Hosenknopf genau registriert. Es laßt auf diesen Schlachtenbildern ein so elender Naturalismus, daß dagegen das Panorama eine Wohlthat bedeutet. Jedenfalls: solcherei hat mit Kunst keine Gemeinschaft. Bestenfalls kann man von einer Illustrativen Unterfütterung des Kriegsberichtes reden; wobei die patriotisch gewürzte Anekdote die Pinselerei meist noch über geraten läßt.

Es wäre nun aber verfehlt, wollte man von Berner und Hühnerling aus schließen, daß es überhaupt keine Schlachtenmalerei von künstlerischer Qualität geben könnte, noch je gegeben hat. Wie immer in der Kunst, so entscheidet sich auch hier Sein oder Nichtsein nicht am Wort, vielmehr an der Befähigungskraft. Von dem Relief der Alexander Schlacht und dem Gigantenkampf am pergamentenen Altar bis zu den Reitergefechten des Rubens, den Szenen des Velasquez und des Delacroix Passacre zu Ghio sehen wir die stärksten Künstler darum ringen: den Tumult des Nordes, den Mut, den blühigen Grimm, die Todeskreie, Blut und Feuer zu einer gewaltigen dramatischen Spannung zusammen zu schweißen. Freilich, all diese Kunstwerke haben nichts mit Kriegswissenschaft noch mit Gymnastikbegeisterung zu tun; sie zeigen das Chaos, wozu es sich rhythmisch halt und entmählt, sie zeigen das Zusammenprallen von Farben, von Hell und Dunkel, von Linien und Flächen. Es ist ein Wuffizieren, ein Fanfaren und Wehen in diesen Werken; alle Formen scheinen gelöst und sind doch gemeinsam zu einer einzigen monumentalen Form gebunden. Es ist, als hätte die Kunst mit physiologischer Witterung und sinnlicher Gewalt das Gesetz der Massen vorweg genommen. Welch Verfall ist es dagegen, daß eine Zeit, die längst den Heros als das Ewige der Jährlöwen erkannte, ihre Malerei sich an Zufälligkeiten und patriotische Wege sich verlieren ließ. Doch dümmert auch hier eine neue Klais. Wir bekommen wieder, wenn auch langsam, Maler, die dem Ringen und Stößen der Massen einen lebenshaften Ausdruck abzugewinnen vermögen und so eine innerlich wahrhaftige und für immer überzeugende Kunst schaffen. Zu diesen Pionieren gehört vor allen Ferdinand Hodler; dessen große Leinwand vom „Auszug der Jemenster Studenten“ ist eines der ersten monumentalen Denkmale von der modernen Einsicht in das Wesen des Helden als Typus der Gemeinshaft. Vor ihm hat bereits Daumier die unpersönliche Tragik der durch Revolution und Gewitter gehenden Entwicklung der Menschheit geahnt und gefaltet. Von diesem Daumier über Goya (dessen „Erlösung“ Manets berühmtes Bild beeinflusste) läßt sich direkt der Weg rückwärts zu Rubens finden. Woraus sich ergibt, daß Hodler und sein Kreis im engsten Zusammenhang mit der monumentalen Geschichtsmalerei aller Zeiten stehen.

Zu diesem Kreis nun gehört der Tiroler Albin Egger-Lienz. Er will das zwar nicht zugeben und wehrt sich mit der Festigkeit eines Monomanen gegen diese ihn zeugende Verwandtschaft; es ist dennoch so. Daumier und Hodler, freilich auch Millet und weiterhin der Belgier Poormann und der süddeutsche Weohe haben bei den braunen Sturmgelassen, die Egger mit großem Temperament auf steilem Grund reißt, Pate gestanden. Nur: Eggers Schöpfungen bleiben, gegen Hodlers monumentale Wuff gehalten, ins Freskenhafte vergrößerte Illustrationen. Es mangelt ihnen der Reichtum der atmenden Linie und die Seligkeit des Simepsieles. Sie sind puritanisch, asketisch, aber auch mager und edig gegenüber den Schwüngen, die Hodlers Denkmale so leuchtend und sieghaft machen. Eggers Tiroler stampfen den Takt des Aufstandes; sie brechen mit Wucht gegen den Feind; sie wirken Pathos und Schlachtgelang. Sie bleiben aber dennoch im Heimatlichen und damit im Schema stecken; sie erheben sich nicht zu jener Größe des Typischen, die das ewige Leben gemalter Geschichte bedeutet. Sie sind zwar eine Liebertöndlung des dummen Naturalismus; bleiben aber doch mehr eine Verzerrung der Vielfältigkeit, als daß sie eine letzte Konzentration erreichten. Darum stehen sie auch auf der Fläche mehr dekorativ als rhythmisch. Sie verblüffen mehr, als daß sie überzeugen; sie überwältigen nicht und lassen einen Rest von Unbehagen und gar keinen so kleinen in und zurück. Was freilich nichts daran ändert, daß Egger-Lienz mit gutem Recht ein Maler der Masse und damit ein Helfer der modernen Geschichtsmalerei genannt werden kann.

Das russische Ballet zeigte sich am Mittwoch (im Neuen Operntheater) von einer neuen Seite. Der französische Reintoner Debussy hat zu einem Gedichte Mallarmes „Der Nachmittag eines Faunes“ eine schwerwiegend-idiatische Musik geschrieben. Rijnisch, der sprunghaftigste Virtuoso unter den Russen, hat zu dieser gar nicht tanzmäßigen Musik eine Pantomime erfunden, die gar nicht zu seiner und der Russen Art paßt. Die Russen haben ihren Tänzen Farbe und Leidenschaft, Schwung und Rhythmus verliehen — und nun kommen sie uns mumihaft, archaisch gezeichnet und artistisch gesucht vor: sie wollen Rasendarsstellungen aus der frühesten griechischen Kunst nachahmen. Sie suchen einen Stil zu beleben, der uns ganz fremd ist. Was eine primitive (freilich reizvolle) Kunst fähigmäßig und von der Seite gesehen gefaltet, überlegen sie ins plastische Relief und — in Bewegung. Ein ruhender Raum, gemessen ausbreitende Rhythmen mit edigen konventionellen Schwüngen. Sie nehmen den Raum und lassen ihn bei ihrer Flucht einen Schleier, der ihn in gemähigte Ekstase versetzt. Ein einziger Sprung ländigt den Tänzer an. Die Dekoration stimmt nicht zu dem Versuch, sie hätte die Reliefwirkung. Trotzdem war das Publikum, inobitisch präpariert, von dem gefälltesten Griechentum sehr entzückt. Die wahren Tanzfreunde aber entschädigten sich an den raffigsten, temperamentvollsten Poloweyer Tänzen und dem entzündenden Karnaval mit der noch Schwamm orchestrierten Musik.

Rebbich und Mumpiy. Bekanntlich sind in die deutsche Sprache, und nicht bloß in die Verbreiter- und Kundenprache, sondern auch in den täglichen Volkjargon viele hebräische Worte übergegangen, deren Ursprung man oft nicht mehr erkennt. Andererseits gelten aber auch manche als dem Hebräischen entnommen, die damit gar nichts

zu tun haben. Ein solches Wort ist der vielgebrauchte Ausdruck für mittelbige Verachtung: rebbich. Es ist nicht möglich, den Ursprung dieses Wortes aus dem Hebräischen nachzuweisen, und das ist auch nicht verwunderlich, denn es handelt sich um ein gutes deutsches Wort, das aus dem Mittelalter stammt. Es hießen nämlich damals die Tropfknechte, welche die Reihigen begleiteten: die Rebenigen oder die Rebbigen. Es waren gegenüber den Rittern also minderwertige, und das Wort, das lediglich ihre Stellung zum Pferd auf dem Marsche bezeichnete, bekam dadurch gleich dem Wert der Charakterisierung als Untergeordnete. So hat das Wort: rebbich, im Sprachgebrauch in nebbich umgewandelt, die Bedeutung erlangt, die es noch heute hat. Ein anderes Wort, das dem Berliner als von ihm erfunden aufgegriffen wird, ist das Wort: Mumpiy. Es dürfte kaum auf einen deutschen Stamm zurückzuführen sein. Vielmehr hat folgende Etymologie sehr viel für sich: im Pentateuch, wo von den Speisegesetzen die Rede ist, werden die Tiere zum Genuss ausgeschlossen, an denen ein Gebrechen, ein Fehler ist, auf hebräisch: mum bau. Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß jüdische Kaufleute, die zum Einkauf zur Wesse zogen und die ausgestellten Waren besichtigten, solche, an denen Fehler waren, ihren Glaubensgenossen gegenüber mit „mum bau“ bezeichneten. Die deutschen Hörer dieser Worte haben natürlich die Bedeutung des minderwertigen und Schledigen darin erkannt, und aus dem: mum bau entstand so das gute deutsche Wort: Mumpiy. (Wie man aus dieser Erklärung sieht, ist die Etymologie immer noch eine Wissenschaft, die unerschöpfliche Leute mit „Rebbich“ oder „Mumpiy“ abfertigen dürfen.)

Humor und Satire.

Unmöglich. Waffenstillstand? Friedensschluß? Stuhl! Weibnacht ist in vierzehn Tagen, und da sollte man sich die Köpfe nicht zerfchlagen? Ach, wer glaubt daran! Wie, kein Kriegslärm soll mehr sein an dem Tag, wo alle Christen ringsumher aus vollen Christen Frieden sei auf Erden! Häre'n? So was ist seit Christi Wintel noch nicht dagewesen. Schwindel! Franz.

Notizen.

Das städtische Theater in Hamburg. Der Hamburger Senat lehnte das Gesuch der Bürgerchaft ab, ein Bühnenhaus für Oper und Schauspiel zu errichten. Er ist aber bereit, diese Bestrebungen durch Vergabe eines Bauplatzes und eines Zuschusses zu den Baukosten zu unterstützen. Die papierne Freiheit. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Dr. Wilson, hat während seines Erholungs-aufenthaltes auf den Vermontinseln ein Buch verfaßt, betitelt „Die neue Freiheit“. Das Werk ist selbstverständlich ein Meisterwerk, wie alle Bücher von Präsidenten (Roosevelt hat ja das Beispiel gegeben) und zweifellos sehr geeignet, die wieder einmal genasführten Amerikaner noch länger zu betäupeln.



Handlung leiden muß. Nach dem Male'schen Kommentar zur Geschäftsordnung ist in der Regel erst am Schlusse einer Besprechung über die Verweisung an eine Kommission zu entscheiden.

Abg. Hirsch-Verein (Soz.):

Auch ich muß namens meiner Freunde dem Antrag v. Heydebrand die Zustimmung versagen und bitte Sie, desgleichen zu tun zur Wahrung Ihres eigenen Ansehens. Wir haben vor einigen Tagen mit großer Mehrheit beschlossen, diese Verhandlung so lange aufzuschieben, bis der Ministerpräsident und der Kriegsminister hier erschienen sind. Mit der Annahme des Antrages v. Heydebrand würden Sie nach außen hin einen merkwürdigen Eindruck erwecken und den Anschein hervorrufen, als wäre es Ihnen nur um eine einmalige Demonstration zu tun gewesen. Der Kriegsminister ist nicht erschienen, der Ministerpräsident war nur einige Sekunden lang hier, hat aber an der Verhandlung nicht teilgenommen, sondern nur einige nichtsagende Sätze gesprochen und dann demonstrativ den Saal verlassen. Wenn Sie sich diese Verhandlung gefallen lassen wollen, tun Sie es, wir machen da nicht mit. (Woh! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kröcher (L.) entgegnet dem Abg. Dr. Pacht, daß nach dem Protokoll „Soudio“ der Geschäftsordnung in jedem Stadium der Debatte der Verhandlungsgegenstand an die Kommission zurücküberwiesen werden kann.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt, daß eine sachliche Erörterung in diesem Augenblick zwecklos sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, es kann in diesem Augenblick über die vorliegenden Anträge nicht mit Erfolg verhandelt werden, weil wir zunächst die weitere Verhandlung über den Kauf des Grundstücks in der Kommission abwarten müssen. (Abg. Hoffmann: Angst vor der eigenen Kourage! Große Heiterkeit.) Wenn Sie, Herr Hoffmann, sich in dieser Weise vor dem ganzen Lande blamieren wollen, daß Sie aus solchem Anlaß hier eine schwere Verfassungsfrage aufrollen, so tun Sie das. (Abg. Hoffmann: Das haben Sie getan!)

Abg. Dr. Pacht (Sp.) widerspricht der Verweisung an die Kommission, weil die Kommission doch auch wissen müßte, wie das Haus über die Angelegenheit denkt. Es wäre insofern, auf eine Besprechung zu verzichten, nachdem sie die Mehrheit verlangt hat.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Abg. Dr. Friedberg war der Vater des Gedankens der Zitierung der Minister. Umso merkwürdiger ist jetzt der Umfall. Wir können jetzt gar nicht anders, als den Antrag Heydebrand ablehnen. Allerdings ist es eine böse Zumutung an die Nationalliberalen, daß sie konsequent bleiben sollen. (Heiterkeit.) Man soll von dem Menschen nicht mehr verlangen, als er leisten kann. (Stürmische Heiterkeit.) Der Antrag Heydebrand muß schon deshalb abgelehnt werden, weil nach Presseberichten das betreffende Grundstück bereits verkauft und der Kaufpreis bezahlt ist. Vielleicht kann durch die Beratung im Plenum jetzt sofort die Sache noch rückgängig gemacht werden, nach einer Kommissionsberatung aber kaum mehr. Ich überlasse es dem Volke, nicht dem Hause, zu beurteilen, wer sich hier blamiert hat, wenn sich jemand blamiert hat, dann Herr Dr. Friedberg und seine Nationalliberalen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Anruhe bei der Mehrheit.)

Ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Abg. Hirsch-Verein (Soz.):

Die Ablehnung dieses Antrages gibt dem Zentrum Gelegenheit, sich zu äußern, was ja bisher nicht geschehen ist. Nicht wir haben die Verfassungsfrage aus diesem kleinen Anlaß aufgeworfen, sondern andere Parteien. Als wir aber bei einer Frage von der Bedeutung der Wahlrechtsfrage die Zitierung der Regierung verlangten, hat Dr. Friedberg, dem jetzt der Anlaß zu klein ist, nicht für unseren Antrag gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns gefreut, daß Sie mit dem Beschluß endlich einmal sich auf sich selbst besinnen haben. (Lachen rechts.) Wir halten an dieser Stellung fest, wir sind nicht in der Lage, so leicht umzufallen wie die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Würde der Antrag v. Heydebrand angenommen, so würden wir, obwohl wir Gegner des Antrages sind, dennoch eine gewisse Schadenfreude empfinden und uns mit Recht sagen können: eine solche Behandlung hat ein Haus wie dieses verdient! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pippmann (Sp.) stellt fest, daß am 4. Dezember Dr. Friedberg den Beschluß anregte, er wollte ihn nur nicht herbeiführen, weil er nicht genug guter Hoffnung war, daß das Haus einen solchen Antrag annehmen würde. Ja war besserer Hoffnung. (Große Heiterkeit.) Und stellte den Antrag. Heute verleiht Dr. Friedberg sein Werk, wie Epitaphen, die etwas verschulden und es dann nicht gewiesen sein wollen. Der Minister des Innern hat sich in sein Inneres zurückgezogen. (Heiterkeit.) Der Kriegsminister ist gar nicht da, und da sollen wir sagen: was wir beschlossen haben, ist erledigt? Wir wollen den Kriegsminister hören. Wenn Sie sich diese Behandlung gefallen lassen, dann verdienen Sie sie auch. (Beifall bei der Volkspartei und den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich stimme dem Abg. Hoffmann darin zu, daß man von einem Menschen nicht mehr verlangen soll, als er leisten kann. Also verlange ich von ihm keine Logik. (Heiterkeit.) Meine Anregung ist erfüllt, der Ministerpräsident ist hier gewesen. (Lachen der Sozialdemokraten — Zuruf: Wie beschelden!) Wir haben nur verlangt, daß die zuständigen Minister hier erscheinen. Durch die Kommissionsberatung werden erneute Verhandlungen erst ermöglicht und dann, kann Herr Hoffmann endlich im Plenum eine logische Rede halten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Herr Dr. Friedberg beklagt sich darüber, daß ich nicht genügend Logik besäße. (Sehr richtig! rechts.) Ihnen befinde ich ja manchmal vielzuviel Logik. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident machte nach einem Satz rechts umkehrt und verschwand. (Heiterkeit und Zuruf rechts: Linkum!) Das kann ich doch einem Minister nicht zumuten, daß er links umkehrt macht. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn übrigens Herr Friedberg die Ueberweisung an eine Kommission für logisch erklärt, so hätte er logischerweise bereits am 4. Dezember den damals gestellten Antrag v. Heydebrand annehmen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sollten Sie bloß das Vergnügen haben, den Ministerpräsidenten zu sehen, ohne Auskunft zu bekommen — na, auf das Vergnügen hätten Sie doch verzichten können! (Große Heiterkeit.) Vielleicht überlegt sich Herr Friedberg das und hält hier dann auch einmal eine logische Rede! (Lul! rechts.) Hier bekommt man ja keine anderen als Reliquien, dann muß man mal in eine einsteigen. (Heiterkeit.) Wenn Sie meinen, daß dem Hause durch das Erscheinen des Ministerpräsidenten genügender Respekt erwiesen sei, so können Sie für den Antrag v. Heydebrand stimmen. Vielleicht ist übrigens der Ministerpräsident noch draußen im Wandelgang! (Heiterkeit.) Von den Nationalliberalen aber kann man wohlrich sagen:

Sie schwanken hin, sie schwanken her, und finden keine Logik mehr.

(Große Heiterkeit.)

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet. Zwischen den Abgg. Pippmann (Sp.) und Dr. Friedberg (natl.) kommt es zu einer scharfen Auseinandersetzung, die mit der Bemerkung Pippmanns schließt, daß er heute Herrn Dr. Friedberg kennen gelernt habe und nicht wieder in den Irrtum verfallen werde, daß er sehr forsch sei. (Man sieht dann noch die Abg. Dr. Schröder-Cassel (natl.) und Pippmann (Sp.) in eine heftige Auseinandersetzung geraten.)

Ein Antrag der Volkspartei über den Antrag v. Heydebrand namentlich abzustimmen, wird nur noch von den Sozial-

demokraten unterstützt. Der Antrag Heydebrand selbst (Ueberweisung an die Budgetkommission) wird von der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen angenommen. (Heiterkeit; Haus und Tribünen leeren sich schnell.)

Hierauf wird der Entwurf einer Hinterlegungsordnung (betr. Hinterlegung von Geld, Wertpapieren, Urkunden usw. bei den Amtsgerichten) nach kurzer Debatte an die Justizkommission verwiesen.

Dann wird das Rawagesey in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt eine Interpellation des Abg. Freiherrn v. Zedlitz (H.):

Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zur Entlastung der zahlreichen mit Kommunalsteuern, insbesondere mit Volksschulsteuern überbürdeten Stadt- und Landgemeinden, namentlich mittlerer und kleinerer Städte, zu ergreifen?

Abg. Freiherr v. Zedlitz (H.) betont die Dringlichkeit einer solchen Entlastung. Es muß unter Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung ein möglichst gerechter Ausgleich in der Belastung der starken und schwachen Gemeinden gefunden werden.

Minister von Falkow: Die Regierung erkennt das Vorhandensein von Mißständen auf diesem Gebiete an. Zur Prüfung der Frage, mit welchen Mitteln ihnen begegnet werden kann, bedarf es eingehender Untersuchungen darüber, welche Gebiete der kommunalen Aufgaben in den verschiedenen Gemeinden hauptsächlich zur Steigerung der Belastungsunterschiede mitgewirkt haben und in welcher Weise ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Diese Untersuchungen sind bereits eingeleitet, und von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welche Maßnahmen zu ergreifen sein werden. Ich bin also heute noch nicht in der Lage, materiell die gestellte Frage zu beantworten.

Ein Antrag Cassel (Sp.), die Besprechung der Interpellation auf morgen zu vertagen, wird abgelehnt.

Abg. v. Jacobi (L.) hebt hervor, daß insbesondere die Belastung des städtischen Grundbesitzes sehr groß sei und empfiehlt, daß gewisse Volksschulsteuern auf den Staat übernommen werden.

Abg. Pfeiffer (Z.) betont, daß auch die großen Städte unter den Schulsteuern leiden.

Die weitere Besprechung wird vertagt auf Freitag 12 Uhr.

(Außer dem Antrag Zedlitz (H.) betr. den Realcredit und — auf Antrag des Abg. Hirsch (Soz.) — Antrag Friisch (natl.) betr. Arreststrafen für Unterbeamte.)

Schluß 4 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Zwischenhandel im Fleischnegewerbe.

Vom Deutschen Fleischerverband war ein Kongreß der Fleischermeister Deutschlands nach Berlin einberufen, um die Lage des Fleischnegewerbes zu besprechen. In längeren Reden indessen die Ober- bezw. Altmeister Schumacher-Mainz, Kobelt-Regensburg, Krüger- und Burg-Berlin die Maßnahmen der Reichsregierung, wozu noch den Stadtverwaltungen zwecks Verkauf billigen Fleisches Fracht- und Zollerleichterungen und mehrere andere Vergünstigungen gewährt werde. Dadurch werde der Wettbewerb zwischen dem städtischen und gemeindlichen Fleischerlauf mit ganz ungleichen Waffen geführt. Dem Publikum werde durch das scheinbar günstigere Angebot von Fleisch durch die Städte ein falscher Urteil über das Fleischnegewerbe aufgezungen. Der Zwischenhandel, dessen sich auch die Landwirte beim Viehverkauf bedienen, sei nicht zu umgehen. Auch die Kommunalverwaltungen müßten sich namentlich des ausländischen Zwischenhandels bedienen. Es gelangte schließlich einstimmig eine längere Erklärung zur Annahme, in der die Reichsregierung gebeten wird, die in dem dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Zollerleichterung nicht nur den Stadtverwaltungen, sondern auch dem selbstständigen Fleischnegewerbe zuzugestehen. Charakteristisch für den Geist der Verhandlungen war es, daß die Teilnehmer einen der Redner, den Obermeister Kobelt, durch großen Lärm unterbrachen, als er die Quertreiberien der Fleischer gegen die städtischen Maßnahmen als falsch und für die Fleischer selbst schädigend bezeichnete.

### Krise in der Diamantenindustrie.

Anfolge der Kriegereignisse herrscht in der Diamantenindustrie eine schwere Krise. In Antwerpen und Amsterdam feiern mehrere tausend Diamantenschleifer.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die „politischen“ Dienstmädchen.

Alle Breslauer Gerichte, vom Schöffengericht bis zum Oberlandesgericht, haben sich ein ganzes Jahr lang mit der für das preussische Staatswohl so außerordentlich wichtigen Frage beschäftigt, ob die Breslauer Zuhilfenahme des Hausangestelltenverbandes ein politischer Verein sei. Polizei und Schöffengericht bejahten die Frage, die Strafkammer entschied einmal mit nein und einmal mit ja. Als letzte Instanz bejahte auch das Oberlandesgericht die Frage, weil in den Flugblättern des Verbandes es als die wichtigste Aufgabe bezeichnet wird, mit vereinbarten Kräften gegen alle Ausnahmemaßnahmen, insbesondere aber gegen die Befehlsordnungen zu wirken.

### Ein französisches Mutterschulgesetz.

Vor 14 Jahren hatte der Senator Paul Strauß einen Gesetzentwurf eingebracht zum Schutze schwangerer Arbeiterinnen. Wie auf allen anderen sozialpolitischen Gebieten hat sich die republikanische Bourgeoisie auch auf diesem äußerst lässig gezeigt. Immer und immer wieder schob der Senat seine Entscheidung über dem Straußschen Entwurf hinaus. Ihn einfach abzulehnen, wagte er allerdings nicht, da keiner der Herren Senatoren etwa den Mut fand, das Projekt für überflüssig zu erklären. Vor einigen Tagen ist es nun endlich zur Annahme gelangt. Die Hauptbestimmung des neuen Gesetzes, das von der Kammer noch gutgeheißen werden muß (die das Recht hat, Verbesserungen daran vorzunehmen), besteht darin, daß Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten vier Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft eine finanzielle Unterstützung gewährt wird, und zwar vier Wochen vorher, wenn ihnen ärztlich bestätigt wird, daß es für ihr Leben und für das ihres Kindes gefährlich ist, wenn sie weiterarbeiten — vier Wochen nachher, wenn sie tatsächlich nicht zur Arbeit gehen, sondern die vorgeschriebenen Pflegeleistungen erfüllen. Im Höchstfall kann die Unterstützungsperiode vor und nach der Niederkunft auf je acht Wochen ausgedehnt werden.

### Wer leidet das „Freie Volk“?

Fraulein Luise Dornhauer, die Frau Regine Deutsch fälschlicherweise als „Quelle“ unserer Mitteilungen über die Spaltung im Frauenstimmrechtsverband angab, schießt sich nun doch zu einer Mitteilung an uns gezwungen, und zwar über merkwürdige Praktiken der Redaktion des „Freien Volk“. Sie bittet uns festzustellen, daß das „Freie Volk“ die Annahme eines eingeschriebenen Briefes, der eine prägnante Verächtlichkeit enthält, verweigert hat. Gehört das etwa zu den Grundregeln dieses Blattes, um Unbequemlichkeiten einfach zu entgehen? Hl. D. D. legt Fern darauf, ausdrücklich zu konstatieren, daß sie unseren Artikeln fernsteht, und daß sie der Mitgliederversammlung des Frauenstimmrechtsverbandes so lange beigewohnt, bis sie selbst die Versammlung schloß. Ihre Behauptung, daß Frau Deutsch den Dank für Bringspendenbruch ohne Widerspruch annahm, trotzdem Frau D. mehrfach Gelegenheit zur Zurückweisung hatte, bleibe daher zu Recht bestehen.

Die Behandlung der ganzen Angelegenheit ist so merkwürdig, daß wir uns die Frage erlauben; leidet der Verantwortlich zeichnende Redakteur das „Freie Volk“ oder Frau Regine Deutsch?

## Gerichts-Zeitung.

### Frida Hempel als Klägerin.

Die fassam bekannte und schon mehrfach vor Gericht behandelte Beleidigungssache der Kammerdienerin Fräulein Frida Hempel gegen das „Kleine Journal“ beschaffte gestern wieder einmal die 5. Strafkammer des Landgerichts I. Bekanntlich hatte der ehemalige Kammerdiener des Königs Leopold II. von Belgien im „Journal de Paris“ seine Memoiren veröffentlicht. Ein Abschnitt dieser Memoiren war von dem Schriftsteller von Rosboth frei überfetzt worden und erschien in einer Nummer des „Kleinen Journals“, auf welcher der Verleger Herr Arthur Lehmann als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte. Der Artikel trug die Ueberschrift: „Frida Hempel Leopoldsdorben“ und erzählte, wie die Sängerin vor einigen Jahren zu der hohen Auszeichnung des Leopoldsdorbens gekommen sei, der höchst selten an Künstlerinnen verliehen werde. Um diesen ihren künstlerischen Ehrgeiz zu befriedigen, habe sie sich an die Baronin Vaughan gewandt und durch deren Vermittlung sei ein großes künstlerisches Fest in Villa Banderborgh in Gegenwart des Königs Leopold veranstaltet worden. Nachdem sich der König entfernt, habe sich ein Bacchanal entwickelt, bei dem Champagnertröpfchen wie Schmelzfeuer knallten und die gewogelsten Tänze aufgeführt worden seien usw. usw.

Fräulein Hempel fühlte sich durch diesen Artikel beleidigt. Es wurde eine öffentliche Klage gegen Herrn Lehmann erhoben. Dieser bestritt, daß der Artikel, der doch lediglich eine Uebersetzung sei, eine Beleidigung enthalte und daß eine beleidigende Absicht nicht abgewandelt habe. Selbstverständlich seien die Sätze, in welchen von Bacchanal, gewogenen Tänzen usw. die Rede sei, absolut nicht auf Fräulein Hempel gemünzt gewesen. Der Artikel sei ihm erst am Tage nach seinem Erscheinen zu Gesicht gekommen, da er am Tage des Erscheinens krank gewesen und nur aus Irrtum eine Uebersetzung der Benennung eines verantwortlichen Redakteurs unterlassen worden sei.

Das Schöffengericht verurteilte seinerzeit Herrn Lehmann zu 100 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte legte Berufung ein. Da in der ersten Instanz der Schriftsteller von Rosboth als Verfasser genannt worden war, wurde nun die Anklage auch auf diesen ausgedehnt und beide Sachen verbunden. Dieser bestritt auch seinerzeit, daß der Artikel irgendwie als beleidigend für Fräulein Hempel angesehen werden könne; der Angeklagte Lehmann lehnte jede Verantwortung für den Artikel unter nochmaliger Betonung seiner Krankheit an dem kritischen Tage ab. Das als Zeugin und Nebenklägerin geladene Fräulein Hempel war nicht zur Stelle, da sie nachmittags nach Amerika zur Abolvierung ihres Gastspiels abreisen mußte.

Es wurde die kommissarische Vernehmung des Fräuleins Hempel verlesen. Fräulein Hempel hat darin erklärt, daß kein Wort davon wahr sei, daß sie sich der Vermittlung der Baronin Vaughan bedient habe, um sich den Leopoldsdorben zu erschleichen. Sie sei während ihres Aufenthalts in Ostende vom Kammerherrn Sney eingeladen worden, einmal in einem Konzert vor dem König Leopold zu singen, und der König habe ihr aus eigener Initiative die Auszeichnung verliehen. Nach dem Konzert sei sie wieder heimgekehrt und fühle sich durch die Behauptung, sie habe an einer Gesellschaft teilgenommen, in welcher ein Bacchanal und gewagteste Tänze produziert worden seien, schwer beleidigt. Sie sei dadurch in ihrem künstlerischen Ansehen und Fortkommen beeinträchtigt. Die amerikanische Presse habe schon von dem Artikel des „Kleinen Journals“ Notiz genommen, und da sie einen dreißigjährigen Vertrag mit der Metropolitan-Oper abgeschlossen habe, so sei ihr Ruf gefährdet. Die Postheute-Intendantur habe ihr schon ihre Bekunden über den Artikel ausgedrückt und ihr nahegelegt, gerichtlich Stellung dazu zu nehmen; sie habe aber schon vorher mit dem Rechtsanwalt Dr. Schlesinger über die Anstrengung einer Beleidigungsklage konferiert gehabt. — Die Rechtsanwälte Bahn und Dr. Ullenthal brachten eine ganze Reihe von Beweisurteilen zum Vortrage, die auf Ladung des Kammerdieners des Königs Leopold, Herrn Bataille, des Kammerherrn Sney, der Frau Baronin Vaughan, des Fräuleins Hempel und des Amtsgerichtsrats Kade, der den Vorfall im Schöffengericht gehabt hat. — Diesen Beweisurteilen erklärte Dr. Schlesinger, nicht widersprechen zu wollen, da die Klägerin absolut nichts zu verheimlichen habe. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Juchs erklärte, daß diese Beweisurteile von den Angeklagten nur zum Zwecke der Verschleppung gestellt seien — eine Behauptung, die von den Verteidigern und dem Angeklagten Lehmann entschieden zurückgewiesen wurde. Es kam darüber zu recht lebhaften Auseinandersetzungen.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, die Sache zu vertagen. Zum neuen Termin sollen geladen werden: Redakteur Wagner, Chefredakteur Volkath, Amtsgerichtsrat Kade; ferner sollen kommissarisch vernommen werden: der Kammerdiener Bataille, Frau Baronin Vaughan, die jetzt einen anderen Namen trägt, da sie wieder verheiratet ist, der Weiger Jakobs und der Kapellmeister Niederskop, die in dem Konzert vor dem König mitgewirkt, und der Sekretär Sney.

### Ein Fisch, der sich gegen Diebstahl wehrt.

Ein paar wiederholt wegen Diebstahls verurteilte Leute, Sommerfeldt und Ritsche, hatten sich wegen Diebstahls, der Stellner Apelt wegen Hehlerei gestern vor der 4. Strafkammer zu verantworten.

Sommerfeldt und Ritsche räumten in einer Oktobernacht dieses Jahres in der Aquarium- und Fischehandlung in der Alexanderstraße 28 mit großer Sachkenntnis auf. Mithin schiebte einer der Diebe laut auf. Wie er vor Gericht angab, war er an ein Bassin geraten, in welchem sich eine Abart der im Mitteländischen Meere vorkommenden Bitterrochen befand, die mit einem überaus komplizierten elektrischen Organ ausgerüstet sind. Mit Hilfe dieses Organs erzeugen sie, wenn sie angegriffen werden, einen ziemlich starken elektrischen Strom, durch welchen der Angreifer einen kräftigen elektrischen Schlag erhält. Der Einbrecher, der von dem Vorhandensein dieser natürlichen Waffe keine Ahnung hatte, griff mit den Händen in das Bassin hinein, um den ziemlich großen Fisch herauszuholen. In demselben Augenblick erhielt er einen derben elektrischen Schlag, so daß er den wechthafsten Fisch schleunigst wieder fallen ließ, in der Meinung, daß die ganze Geschichte nicht mehr mit rechten Dingen zugehe.

Die Einbrecher erbeuteten insgesamt Fische im Werte von zirka 2000 Mark. Die Transportkannen hatten sie zum Teil mit diesen Tüchern umwickelt, da sich Fische darunter befinden, die nur in einer bestimmten Wasserwärme lebensfähig bleiben. Die gesamte Beute wurde zu dem dritten Angeklagten Apelt gebracht, von dem sie wußten, daß er ein großer Liebhaber von Fischen sei. Apelt kaufte auch die Fische für 150 Mark. Mit Rücksicht auf die Verurteilung des Angeklagten Sommerfeldt erkannte das Gericht gegen ihn auf 2½ Jahre Zuchthaus, gegen Ritsche auf 1 Jahr Gefängnis und gegen Apelt wegen Hehlerei auf 1½ Jahre Gefängnis.

### Neid aus Eifersucht.

Ein gärtlicher Liebhaber, der seinen eifersüchtigen Regungen mit einem Weil Ausdruck gegeben hatte, mußte sich gestern in der Person des bisher unbestraften 31-jährigen Arbeiters Karl Güntherberg vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verantworten. Die Anklage gegen ihn lautete auf versuchten Mord.

Der Angeklagte, dem sonst allseitig das Zeugnis eines fleißigen und nüchternen Arbeiters ausgestellt wird, unterhielt seit längerer Zeit mit einer Frau ein Liebesverhältnis. Seit dem August war G., ohne Grund auf seinen Schwager eifersüchtig. Als die Frau am Abend des 27. August d. J. gegen 10 Uhr nach Hause kam und dem Angeklagten ruhig erzählte, daß sie bei seinem Schwager gewesen sei, pochte ihn die Wut. Es kam zu einem heftigen Streit, der aber bald beigelegt wurde. Trotzdem aber lehnte die Frau energisch ab, als der Angeklagte gleich darauf wieder gärtlich werden wollte. Dieser Kerger über die Ablehnung wirkte noch am nächsten Morgen nach. In eifersüchtiger Wut ergriff er plötzlich ein Beil und versetzte dem im Bett liegenden Frau mit dem stumpfen



Ende drei Siebe über den Kopf. Trotz der Wucht der Schläge trug die Verletzte nur eine leichte Gehirnerschütterung davon. Sofort nach der Tat wurde der Angeklagte von der Neue gepackt. Er bemühte sich um die eben noch tiefgehaute und versuchte auf alle mögliche Weise ihre Schmerzen zu lindern. Sodann ging er zur Polizei und stellte sich freiwillig. Hier, wie auch in seinen späteren Vernehmungen gab er an, er habe der Frau nur ein „kleines Andenken“ für ihre Untreue geben wollen. Die Absicht, sie zu töten, habe er niemals gehabt.

Die Geschworenen hielten eine Tötungsabsicht auch nicht für nachgewiesen und bejahten nur die Schuldfrage nach gefährlicher Körperverletzung. Das Urteil lautete, da es sich doch um eine recht rohe Tat handele, auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

#### Durchschereien.

Die gestern fortgesetzte Beweisaufnahme bezog sich darauf, ob der Angeklagte, Referendar Dr. Wienstrud, von dem von Sattler in Hamburg begangenen Depotverbrechen Kenntnis hatte. Nach längeren Plaidoyers verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Günther, folgendes als Ergebnis der Verhandlung:

Die Plaidoyers Sattlers waren nach Ansicht des Gerichts ernstlich gemeint, es ist auch als festgesetzt zu erachten, daß Sattler einen Gefangenenauflöser gefunden hatte, der bereit war, ihm behilflich zu sein. Der Gerichtshof hat aber nicht für erwiesen erachtet, daß Sattler dieser Beamte war. Veder ist deshalb freigesprochen worden. Sattler ist der aktiven Beteiligung für schuldig befunden und, da der Gerichtshof berücksichtigt hat, daß Sattler sich in einer Stimmung befunden, wo man leicht auf solche Gedanken kommt, schließlich auch aus der Flucht nichts geworden ist, ist Sattler zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bezüglich des Angeklagten Dr. Wienstrud ist Verurteilung beschlossen worden. Das Gericht hat nicht für ausreichend festgestellt erachtet, daß Dr. Wienstrud von dem in Hamburg begangenen Depotverbrechen Kenntnis gehabt hat. Deshalb ist weitere Aufklärung dieses Punktes notwendig.

## Aus aller Welt.

### Der Wahnsinn des Massenmordens.

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben:

Wie stets noch, haben die Kriegsbeher und Prozentpatrioten auch gelegentlich der Balkanwirren ihr verbrecherisches Treiben verbrämt mit der Phrase, daß Kriege eine sittliche Wiedergeburt der kriegsführenden Völker hervorbrufen. Wir wollen daher einmal versuchen, die Verluste an Menschenleben und menschlicher Gesundheit zu berechnen, die ein großer europäischer Krieg kosten würde. Und zwar werden wir dabei jede Uebertreibung zu vermeiden suchen.

Als grundlegenden Maßstab benutzen wir die Verluste, die die deutsche Armee 1870/71 hatte. Im letzten deutsch-französischen Kriege hat Deutschland alles in allem, also inklusive Besatzungs- und Ersatztruppen, 1 200 000 Mann aufgebracht. An Verlusten hatte sie zu verzeichnen: Getötet 1871 Offiziere, 26 397 Unteroffiziere und Mannschaften; verwundet 4184 Offiziere, 84 304 Unteroffiziere und Mannschaften. In Seuchen starben circa 100 000 Mann.

Sehen wir uns nun die Stärke der Armeen an, die der Dreibund, Frankreich und Rußland im Kriegsfall aufstellen würden. Auch hier wollen wir die Besatzungs- und Ersatztruppen einbeziehen. Es würde aufstehen:

Deutsches Reich	1 200 000 Mann*)
Oesterreich-Ungarn	2 800 000
Italien	2 000 000
Frankreich	4 000 000
Rußland	3 000 000
Summa:	16 600 000 Mann.

Die englische Landmacht lassen wir außer Betracht, da sie in einem großen europäischen Kriege keine große Rolle spielen würde.

Die insgesamt mobilisierten Landstreitkräfte des Dreibundes und der Tripelentente sind also 14 mal so groß als die 1870/71 von Deutschland im ganzen mobilisierte Wehrmacht. Nimmt man nun an, daß die Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands verhältnismäßig ebenso viel Verluste erleiden würden wie die Deutschen 1870/71, so ergeben sich folgende Zahlen: Getötet: 14 x 1871 = 26 194 Offiziere, 14 x 26 397 = 369 558 Unteroffiziere und Mannschaften. Verwundet: 14 x 4184 = 58 576 Offiziere, 14 x 84 304 = 1 180 256 Unteroffiziere und Mannschaften.

\*) Diese Schätzung ist, nebenbei erwähnt, zu niedrig. Bei seiner Wehrbesetzung kann das Deutsche Reich auch 10 Proz. seiner Bevölkerungszahl aufbringen, also 6 600 000 Mann.

Sichtlich der Verluste durch Seuchen wollen wir die seit 40 Jahren erfolgten Fortschritte der Medizin und Chemie beachten. Nimmt man an, daß Seuchen verhältnismäßig nur den dritten Teil der Opfer fordern würden, die sie 1870 auf deutscher Seite weggerafft haben, so bleibt noch immer folgendes Resultat: den Seuchen würden erliegen: 14 x 100 000 : 3 = (rund) 466 000 Mann.

Nun haben aber leider nicht nur die Chemie, die Medizin und andere Wissenschaften, sondern auch die Künste der Pulver- und Bleisäure seit 1870 kolossale Fortschritte gemacht. Auch wenn man voraussetzt, daß die Waffenwirkung jetzt nur um die Hälfte größer ist als 1870, so ändern sich die obigen Zahlen der Getöteten und Verwundeten wie folgt:

Getötet (rund): 40 000 Offiziere, 554 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Verwundet (rund): 88 000 Offiziere, 1 780 000 Unteroffiziere und Mannschaften.

Von den Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands würden also durch die Waffen und durch Seuchen rund 1 000 000 Männer dem Tode verfallen und rund 1 868 000 Männer würden verwundet.

Diese Zahlen sind gewiß fürchterlich; aber niemand kann uns der Uebertreibung zeihen. Es ist nur zu sehr zu fürchten, daß unsere Schätzung zu optimistisch ist.

Soldat wahrhaftige Opfer sollen die europäischen Kulturbölker bringen, weil etwa Serbien einen Hafen an der Adria erhält oder nicht, oder weil sich bei einer anderen Frage die Unfähigkeit der Diplomatie erweist. Hunderttausende von Familienvätern sollen erschossen, erstickt, erschlagen werden, erbärmlich und hilflos sterben und Wunden davontragen! Ueberliche man einem ausnehmend bösen Karren die Herrschaft über Europa, so könnte er auch nichts Tolleres ausdenken.

Nun noch eine kurze Bemerkung darüber, was die große europäische Massenmorderei allein für kriegerische Zwecke an Geld verschlänge. Die Landarmeen des Dreibundes, Frankreichs und Rußlands würden zusammen, wie erwähnt, mindestens 16 600 000 Mann zählen. Da in einem modernen Kriege auf den Kopf der aufzubehaltenen Wehrmacht im Tage 6 Mark Kosten treffen, so ergibt sich eine tägliche Ausgabe von 99 600 000 Mark. In einem Monat sind 2 988 000 000 Mark, also nahezu 3 Milliarden fuß, und bei einer nur viermonatlichen Kriegsdauer wären rund 12 Milliarden verloren. Dazu kämen noch die unübersehbaren wirtschaftlichen Verluste.

Glaubt wirklich jemand, daß eine derartige Katastrophe die jetzigen Staaten nicht ins Mark treffen würde?

### 5801 Meter hoch im Flugapparat.

Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen des französischen Fliegers Garros, den früher von ihm gehaltenen Höhen-Weltrekord wieder an sich zu reißen, ist dem kühnen Flieger am Mittwoch ein neuer Versuch gelungen. Garros flog bei außerordentlich gutem Wetter um 12.10 Uhr von dem Flugplatz in Ruffar Said im Tunis auf, in der Absicht, den Höhen-Weltrekord zu drücken. Sein Apparat erhob sich mit großer Leichtigkeit in die Luft und war bald den Augen der zugezogenen Sportleute entchwunden. Garros erreichte eine Höhe von 5801 Meter und hat damit den im September d. J. von Legagneux aufgestellten Höhenrekord von 5700 Meter weit überboten.

### Eine merkwürdige Ehescheidung.

Soeben hat das römische Zivilgericht die Ehe eines Gutsbesizers von Subiaco, die vor zwei Jahren geschlossen wurde, für nichtig erklärt mit der allerdings sehr einleuchtenden Begründung, daß die Ehefrau — ein Mann ist. Es handelt sich durchaus nicht um einen Fall von Hermaphroditismus, sondern um einen geschlechtlich normal gebildeten Mann, der durch einen unerklärlichen Irrtum als Neugeborener weiblichen Geschlechts in die Zivilstandsregister eingetragen und als Mädchen getauft und erzogen wurde. Ein ähnlicher Fall nicht doloser Geschlechtsverwechslung soll in den Annalen der Zivilgerichte noch nicht vorgekommen sein. Und in 18 Jahren hat kein Mensch bemerkt, daß das angebliche Mädchen ein Junge war!

### Ein Eisernes Kreuz zu verkaufen.

Die Erwähnung der Veteranenfürsorge bei den Reichstagsdebatten über das Petroleummonopol erfährt eine drastische Illustration durch ein kleines Inserat in einem Zentrumsblatte in Freiburg i. B. („Freib. Boten“), das wie folgt lautet:

„Eisernes Kreuz 2. Klasse verkauft arme Veteranen-Witwe; auch für Sammler geeignet. Schriftl. Angebote an die Geschäftsstelle des „Freib. Boten“ unter E. K. Nr. 272.“

Die ganze Schädlichkeit des Reiches gegen die Kriegsveteranen kommt in dieser vielstimmigen Anzeige zum Ausdruck. Die Witwe muß die metallene Ehre ihres verstorbenen Mannes in Geld umwandeln, um vielleicht nicht zu verhungern. Zugleich steckt darin auch eine Lehre für die Säbelhauer und Kriegshelmer, die Tausende von armen Veteranen-Witwen durch ihre unheimliche Politik schaffen würden.

### Kleine Notizen.

Von einem Schutzmann erschossen. In Hamburg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Vergararbeitern und einem Polizeibeamten, wobei der letztere ins Ohr geschossen wurde. Der Beamte zog seinen Revolver und feuerte auf die Angreifer und traf den Bergmann Pauber in die Herzgegend. Der Mann starb nach kurzer Zeit.

Rassenverhaftung wegen Unterschleife. Wegen umfangreicher Diebstähle in Getreide, Leinsaat, Rostke etc., die zum Teil seit Jahren verübt wurden, sind in Königsberg i. Pr. in den letzten Tagen hiebzehn Faktoren, Händler und Kaufleute wegen Diebstahls oder gewerbmäßiger Hehlerei in Haft genommen worden. Die Untersuchung dürfte voraussichtlich noch zu weiteren Verhaftungen führen.

Erdbeben im Weingebiet. Am Mittwoch wurde in den Orten Milo, Jafferaoetna, Santa Venerina und an anderen Stellen in der Umgebung des Weina eine starke Erderschütterung verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 11. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Balkankrieg und die muslimännische Frage in Frankreich. Von R. Pawlowitsch. — Ueber Monopole. Von Otto Hue. — Vroletarische Ernährungsverhältnisse. Von Gustav Göttsch. (Schluß.) — Bürgerlicher Buchhandel, Parteibuchhandel und Bildungsarbeit. Eine Ergänzung von Bernhard Späthler (München). — Literarische Rundschau: Otto Bauer, Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik. Von K. K. v. H. Porter, The Progress of the Nation. Von Sp. — Zeitschriftenchau. Von a. s.

Heftchen der „Neuen Zeit“ Nr. 58: Ein Stück Kulturarbeit. Von Heinrich Schulz. Das Geschick und die Kunst. Von J. L. Winkler. Drei Gestaltungen des Prometheus. Von G. W. Ludwig. (Schluß.) — Bücherchau: John Spargo, Karl Marx, Robert Gröblich, Verdrängtes Volk und andere Erzählungen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben in reicher Ausstattung erschienen. Die Nummer bringt ein gutes Bild des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Genossen Hermann Jörcker.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn über Treppen — Badstraße —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Vorkauf und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht möglich. Anfragen, denen keine Abwesenheitsantwort beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ähnliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 00. Falls die ortspolizeilichen Vorschriften dahin lauten, müssen Sie dem Verlangen nachkommen. Sie können Beschwerde beim Landrat einlegen. — G. 2. 27. Ja. — W. 21. 1. Die Angaben reichen zur Beantwortung nicht aus. 2. Sofern es sich um einen größeren Betrag handelt, ja. — G. 2. 100. Ja. — G. 2. 7. 1. u. 2. Es bleibe nur Beschwerde beim Konviktorium übrig. — C. 2. 50. U. E. nein. 2. Ja. 3. Magistrat Wiesbaden. — W. 3. 40. Zur Zahlung der 6 M. halten wir Sie für verpflichtet, da Händler einen Anspruch auf die Bodenrente nicht haben. — W. 100. Die Beschlagnahme ist zulässig. — B. C. 17. Nein. — H. R. 334. Hinterlegung ist nur zulässig, wenn mehrere Personen Anspruch auf die Miete erheben. Ist nur ein Wohnungsgläubiger vorhanden und hat dieser nicht nur ein Zahlungsverbot, sondern einen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss aufstellen lassen, so müssen Sie an den Gläubiger zahlen. — R. W. 200. Trotz Ihrer Krankheit waren Sie zahlungspflichtig. Falls die Firma klagt, so ist Ihre Beantwortung zu erwarten. — Weist. Vereist in der Nummer vom 5. Dezember beantwortet. — Erbrecht 6000. Weitere Ansprüche sehen Ihnen auch nach dem Tode Ihres Onkels nicht zu. — H. 2. Rowaves. Unjeres Erachtens ja. — P. R. 21. Geld- oder Gehaltsantrag. Das Strafmaß liegt im Ermessen des Richters. 2. und 3. Sie können, was am zweckmäßigsten erscheint, in dem Strafverfahren die Zulassung als Rebellkläger und die Zustimmung einer Buße in Höhe Ihres Schadens beantragen. 4. Das erscheint zulässig. — W. Sch. 570. 1. und 2. Nein. 3. 4. und 5. Werden Sie sich an die Polizeibehörde. — 400 G. 6. Sie können selber den Antrag stellen unter Ueberreichung des Erbhebes. — Berg 43. Ihre Auffassung, daß Untergemeinschaft bestanden hat, würde nur zutreffen, wenn durch Ehevertrag Gütergemeinschaft vereinbart ist. Da das nicht der Fall zu sein scheint, beantworten wir die Fragen aus dem Gesichtspunkte der bestehenden Gütertrennung: 1. und 2. Nein. 3. Sofern kein Testament besteht, Kinder 1/2, Ehefrau 1/2. Falls die Stadt Kenntnis von dem vorhandenen Vermögen erhält, wahrscheinlich ja. — P. R. 1. Sie müssen den Gemeinbetrieb anmeiden, auch polizeiliche Genehmigung einholen.

**Günstiges**  
**Weihnachts-Angebot**  
in  
**Garderobe** für Herren  
für Damen  
für Kinder  
**auf Kredit**  
Anzahlung nach Uebereinkunft  
mit bequemer Abzahlung.  
Ferner empfehle:  
Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken,  
Teppiche, Betten, Kronen, Pelzgaraturen.  
**Möbel** Komplette Wohnungs-Einrichtungen  
Einzelne Möbelstücke, Polsterwaren  
Farbige Küchen, Kleinföbel etc etc  
bei kleinster An- und Abzahlung.  
**S. DORN** Weinmeisterstr. 9  
Ecke Alte Schönhauser Strasse  
Sonntags von 8-10 u. 12-3 Uhr, Wochentags bis 9 Uhr geöffnet.

**Aufruf an die Arbeiter Berlins!**  
Die anhaltende Teuerung zwingt einen Jeden, sich vor **Uebervorteilung zu schützen!**  
Kaufen Sie nur beim Fachmann  
Elegante fertige  
**Herren-Garderobe**  
Teilzahlung von  
**1 Mark**  
wöchentlich an.  
Vornehmste Maßanfertigung und Garantie.  
Besichtigung meines großen Lagers in fertiger Garderobe in deutschen u. englischen Stoffen ohne Kaufzwang gern gestattet. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.  
**Julius Fabian**, I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II  
Schneidermeister, II. Gesch.: Turmstraße 18 I  
Kein Laden.



**Schlossbräu**  
Flaschenbiere  
**Qualität!**

**Arbeiter-Geundheits-Bibliothek**  
32 verschiedene Hefte à 20 Pf.  
Offertete in nur frischer, schöner Ware!  
Nur ein Preis!  
Nette, junge

Sonderangebot für Gastwirte und Wiederverkäufer!  
**Gute billige Zigarren!**  
darunter die bel. Franz-Josef-Zig., 65 M. per Kiste, so lange Vorrat reicht. Probebestel.  
Lombardspicher Emil Meyer & Co.  
Neue Grünstr. 27  
(Untergrundbahnhof, Spittelmarkt).

**Gänse** pro 75.  
8-16 Pfund schwer. 193/12  
Nur allererste Qualität!  
Gänserümpfe, 1/2 Gänse,  
felle Zuppenhühner, Junge Brathühner.  
Wegner, Berlin SO.,  
nur Mariannenstr. 34.

**Hallo! Spare in der Zeit**  
beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Hüten, Anzügen, Paletots etc. Bekannte und beliebte Marken, welche teils in feinsten Wertstoffen (auch auf Seide) gearbeitet sind. Jeder Herr findet passende Garderobe. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:  
Herren-Paletots 8.- 12.- 16.- 20.- M. | Rod-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- M. |  
Herren-Hüten 10.- 14.- 18.- 22.- M. | Gehrod-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- M. |  
Jackett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. | Herrenhosen 3.- 5.- 8.- M. |  
Verteilung von eleganten Anz. u. Gesellschaftsdarungen.  
**J. Wand** Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, II. Gesch.: v. S. bis Chausseestr. 89, Lionenstr.  
Sonntag von 8-10 und 12-3 Uhr geöffnet.

Beste Bezugsquelle  
**Auf Teilzahlung in kleinen Raten**  
Herren- und Damen-Uhren, Regulateure, Freischwinger, Ketten, Ringe, Armbänder, und alle Goldwaren, Gramophone, Zithern, Spielkonsolen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumständer etc. etc.  
**Jahre & König** Warschauer Str. 68. I. Etg.  
Böllowstr. 46, Laden, Invalidenstr. 7, Laden



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Stralauer Viertel, Bez. 334 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vater  
**Gustav Nagel**  
Nominatener Str. 38  
gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die kranke Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater  
**Robert Dieseler**  
am Mittwoch, den 11. Dezember, nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetruert an  
**Martha Dieseler**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Am 11. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Schwarmist  
**Robert Dieseler**  
Brannenstr. 145, Bezirk 508.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die kranke Mitteilung, daß unser früheres langjähriges Mitglied, der Restaurateur  
**Robert Dieseler**  
nach langem Leiden verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Die Genossen der III. Abteilung des I. Berliner Reichstagswahlkreises.

**Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Robert Dieseler**  
Brannenstr. 145 (Bezirk 2), verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken.**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 10. d. M. verstarb unser Genosse, der Restaurateur  
**Emil Ney**  
Grenzauer Allee 36, Bezirk 515.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee, Falkenberger Chaussee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdienter  
**Artur Rädnitz**  
am 7. d. M. im Alter von 23 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter  
**Fritz Busch**  
am 7. d. M. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.**  
Am 6. Dezember starb unser Mitglied, der Bauarbeiter  
**Friedrich Schilke**  
(Bezirk Südost.)  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes in der Hermannstraße (Neufeld) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Albert Gundelach**  
Lindower Str. 23, am 9. Dezbr. an Herzleiden gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kasarath-Kirchhofes in Reinickendorfer-West, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Pücker.**  
Unseren sowie den Mitgliedern des Bezugsvereins der Pücker biermit zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Eduard Schier**  
im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Krankenhauses aus nach dem Bartholomäus-Kirchhof, Weihensee, Falkenberger Chaussee, statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
Die Ortverwaltung.

**Zentralverband der Steinarbeiter. Zahlstelle Berlin.**  
Am 10. Dezember starb unser Kollege, der Granitsteinmetz  
**Gustav Schult**  
im Alter von 36 Jahren nach einjähriger Erwerbsunfähigkeit an der Herzkrankheit.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung ist am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr auf dem Rummelsburger Friedhof, Oststraße. (Elektrische Bahn Nr. 76.)  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Am 10. Dezember verstarb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Steinmetz  
**Gustav Schult**  
im 37. Lebensjahre.  
Dies zeigt betrübt an  
Emma Schult nebst Kind.

Am Mittwoch entschlief nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau  
**Martha Heinrich**  
geb. Jakisch  
im Alter von 32 Jahren.  
Um stille Beileid bitte  
Paul Heinrich, Dramenstr. 19.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 1 1/2 Uhr auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Adolf Kopp**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen des 4. Wahlkreises, Bezirk 539, den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes - Zweigverein Berlin - den Stammtischkollegen „Zum goldenen Lamm“, dem Sparverein „Bildhauer“ und insbesondere dem Genossen Dr. Schütte für die tröstlichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Auguste Kopp nebst Kindern.

**Alle „Vorwärts“-Leser**  
erhalten trotz der billigen Fabrikpreise 5 Prozent Weihnachtsgeschenke!  
Gute Regenstirme - Echt lederne Handtaschen  
sind überall gern gesehene Weihnachtsgeschenke  
Stets das Neueste! - Kein Laden!  
Fabriküberlage A. Köhle, Alexandrinenstraße 121, I. Etage.  
Vor Weihnachten auch Sonntags geöffnet.

**Gesellschaftsspiele, Schach, Dame, Domino usw.,**  
moderne engl. Schachfiguren, Marsch- und Hausfiguren,  
elegante Spazierstöcke, feine Wiener Meerscham- und  
Bernstein-Spigen für Zigarren und Zigaretten.  
**Scheunert & Wirth, Blumenstraße 3 (neue Nummer)**  
an der Kallner-Theater-Straße.

Allen Verwandten und Bekannten die kranke Nachricht, daß mein herzenguter Mann, unser treuherziger Vater, Bruder, Schwager und Onkel  
**Gustav Lange**  
im 48. Lebensjahre nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, verstorben ist.  
Um stille Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen  
Ww. Anna Lange geb. Kiel nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Philippus-Kirchhofes, Müller-See-Str. 161/162, aus statt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer  
**Karl Langhoff**  
Gottschalkstr. 34, im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Apostel-Paulus-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stodarbeiter  
**Gustav Lange**  
Anklamer Str. 50, im Alter von 47 Jahren gestorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Karl Hartmann**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der freien Vereinigung Berliner Tischler, dem 3. Wahlkreis und der Firma Gebr. Arndt unseren herzlichsten Dank.  
Luise Hartmann geb. Teich nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**August Rudolph**  
sage ich allen Bekannten sowie dem Zentralverband der Zimmerer (Berlin, Bezirk I) meinen besten Dank.  
Witwe Emilie Rudolph.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Max Otto**  
sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma Otto v. Hollen unseren aufrichtigsten Dank.  
Witwe Minna Otto nebst Kindern.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin. Touren**  
zum Sonntag, den 15. Dezember.  
2. Abt.: 9 Uhr: Grob-Richterfelde (Chausseestr. 104). Start: Schönleinstr. 8.  
3. Abt.: 1 Uhr: Viktoriaerder (Alter Freund). Start: Rauffner Platz 12.  
4. Abt.: Besuch der Arbeiter-Bohlfahrts-Ausstellung. Treffpunkt: 1 Uhr (Hauptportal).  
5. Abt.: 2 Uhr: Hirschgarten (Völkch). Start: Elysum.  
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Grob-Richterfelde (Häckerstr. 22).  
7. Abt.: 1 1/2 Uhr: Weidmannskopf (Schweigerhaus). Start: Schulstr. 29.  
8. Abt.: 2 Uhr: Wittenau. Start: Dechowstraße 21.  
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Baumshuldenweg. Start: Schillingstraße 22. 13/13  
Jugendliche Bundesgenossen. Begehung d. Arbeiter-Bohlfahrts-Ausstellung. Treffpunkt 12 1/2 Uhr in Charlottenburg am Rnie (ohne Rad).

**Öffentliche politische Versammlungen.**  
**Sechster Wahlkreis!**  
Sonntag, den 15. Dezember, abends 6 1/2 Uhr:  
**Öffentl. politische Versammlung**  
für Männer und Frauen  
im Prater-Theater, Kastanien-Allee 7-9.  
Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen **H. Ströbel.**  
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.  
Der Einberufer: **Paul Dobrohlaw, Schlemmerstr. 39.**

**Stoffe**  
für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc. Velour du Nord, Persianer, Imit. Seal-Püsch, Seiden-Seal Mtr. 5.50, 6.50, 9.50, 15.- M. Püschfutter, Fellimit für eleg. Damen-Paletots Mtr. 4.50 M. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

**Achtung!**  
**Reisemuster**  
Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen  
gebe an Privats zu Fabrikpreisen ab.  
Herrenkleider-Fabrik  
**J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl**  
(neben der Alexander-Kaserne)  
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntag von 12-6 Uhr.

**Leineweber**  
Berlin C  
Kosstraße 34 Köllnischer Fischmarkt 4-6 Fischerstraße 1

Für jede Körperform passende  
**Herren-Anzüge • Ulster • Paletots**  
von 21.- bis 75.- M.



**Weihnachts-Geschenke**  
Morgenjoppen, Schlafrocke von 8.50 bis 45.- M.  
Beinkleider, Fantasie-Westen von 4.- bis 18.- M.  
Lodenjoppen, Pelerinen von 8.50 bis 28.- M.

**Knaben- u. Junglings-Kleidung**  
nur in eigenen Werkstätten hergestellt, ist besonders preiswert und unübertroffen in Sitz und solider Verarbeitung.

Bis Weihnachten an den Wochentagen bis 9 Uhr abends und am Sonntag, den 15. u. 22. Dezbr., von 8-10 u. 12-8 Uhr geöffnet.



Aus dem Bericht der elsäß-lothringischen Gewerbeinspektion.

Die Gewerbeinspektionen der drei els.-loth. Bezirke Oberelsäß, Unterelsäß und Lothringen gaben soden ihren Bericht für das Jahr 1911 heraus. Die Berichte sind für jeden Bezirk einzeln geführt, so daß man, um ein Uebersichtsbild vom ganzen Reichsland zu bekommen, die drei Berichte zusammenstellen muß.

Gewerbeinspektionsberichte enthalten gar viel Interessantes und Lesenswertes. Gehören doch die Berichte der Aufsichtsbeamten, die für die Agitation mancherlei Material bieten, zu denjenigen Agitationsstoffen, die als objektives Material auch von den Gegnern anerkannt werden und an denen selbst die rückschändigsten Unternehmer nicht achlos vorüber gehen können.

So berichtet gleich eingangs seines Jahresabschlusses der Beamte für Oberelsäß über die wirtschaftliche Lage in seinem Bezirk, daß seitens der Unternehmer Suppenportionen, Milch- und Kaffee- sowie Fleischbrühportionen an die Arbeiter abgegeben würden; Seefische, Würstchen und Weisbrot zur Abgabe gelangten. Daß diese Wohlthatenmaßnahmen auf die im Berichtsjahre grassierende Teuerung zurückzuführen sind, betont der Beamte zwar nicht, jedoch bedarf es dieses Extra-hinweises auch nicht, denn sein Kollege vom Unterelsäß schreibt, daß in dem anhaltenden Steigen der Lebensmittelpreise ein Stillstand im Berichtsjahre nicht eingetreten sei; und daß ferner nennenswerte Lohnerhöhungen nur vereinzelt und vorwiegend nur infolge des Abschlusses von Tarifverträgen zu verzeichnen sind.

Das alte Ammenmärchen von dem Wohlwollen und der Fürsorge der Kapitalisten ihren Arbeitern gegenüber gerichtet der Gewerbeinspektor von Lothringen in seinem Bericht über die Erwerbsverhältnisse gründlich. So schreibt er: Die Hebung der Wirtschaftslage hat sich im Berichtsjahre stetig fortgesetzt. Mit sehr geringen Ausnahmen, war die Industrie durchweg gut und voll besetzt, insbesondere in den Erwerbszweigen, die im Bezirk hauptsächlich vertreten sind: in der Montanindustrie und in der Industrie der Steine und Erde. Daß aber nun auch bei gut und voll besetzter Industrie die Unternehmer die Löhne erhöht hätten, kann der Beamte nicht meiden. Ein Beweis, daß es keinem Unternehmer einfällt, um seinen Arbeitern bei guter Geschäftslage einen Teil des Profits, den die Arbeiter ja schaffen, zuzumachen zu lassen. Nur durch die Macht der Organisation und dann auch oft erst nach erlittenen Kämpfen bequemt sich der Unternehmer zu einigen Zugeständnissen.

Die Zahl der Betriebe mit mehr wie 10 Arbeitern betrug im Oberelsäß 3350, im Unterelsäß 3581 und in Lothringen 2070, zusammen 9001. Gegenüber dem Vorjahre sind in Elsäß-Lothringen 788 Betriebe hinzugekommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Oberelsäß 91 297, im Unterelsäß 66 150 und in Lothringen 57 246, zusammen 214 792 Arbeiter; gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 11 380. Während sich die Zahl der Betriebe um 9,33 Proz. hat sich die Zahl der Arbeiter um 5,75 Proz. vermehrt. Die Zunahme der Arbeiter kommt auf das Baugewerbe und die Eisenindustrie, diejenige der Betriebe vorwiegend auf Meiereien, Herstellung von Konserven und Anlagen zur Anfertigung von Zigarren, also auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Die Zahl der jungen Leute (männlich und weiblich) inklusive in Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanlagen Beschäftigten betrug 20 382 oder 9,4 Proz. der Gesamtbeschäftigten, gegenüber 17 728 oder 8,7 Prozent des Vorjahres. Diese Zahlen bezeugen voll und ganz die Angaben und Behauptungen der freien Gewerkschaften, und zwar, daß das Heer der jugendlichen Arbeiter, die billigeren Arbeitskräfte, immer mehr zunimmt, und daß ferner die Zahl der Arbeiter mit der Zahl der Betriebe nicht gleichen Schritt hält. Ein Beweis, daß das Heer der Arbeitslosen immer größer wird, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu verkürzen und der größten Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte Einhalt zu gebieten.

Revisionen wurden im Unterelsäß 1923 vorgenommen, davon erfolgten 52 in der Nacht und 84 an Sonntagen. Einmal revidiert wurden 118 Betriebe, zweimal 252 und dreimal 87 Betriebe. Im Oberelsäß fanden 2391 Revisionen statt, wovon 106 in der Nacht und 114 an Sonn- und Festtagen. Einmal revidiert wurden 1173, zweimal 340 und dreimal 160 Betriebe. In Lothringen wurden 1609 Revisionen vorgenommen, davon 26 in der Nacht und 75 an Sonn- und Festtagen. Einmal revidiert wurden 1045, zweimal 177 und dreimal 93 Betriebe. Die Gesamtzahl der erfolgten Revisionen beträgt demnach 6013, gegenüber 5944 im Vorjahre, und die Zahl der revidierten Betriebe beträgt 4445 oder 49,3 Proz. der gesamten Betriebe.

An Unfällen sind dem Beamten vom Oberelsäß 1762 bekannt geworden, wovon 10 Personen tödlich verletzt wurden. Gegen das Vorjahr hat sich die Zahl der Unfälle um 137 und die der Todesfälle um 3 vermehrt. Die Zahl der Unfälle, die dem Beamten vom Unterelsäß bekannt wurden, ist ungefähr die gleiche wie im Vorjahr. Von 1557 (gegen 1569) Unfällen in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben verließen 23 tödlich. In Lothringen wurden 4155 (4023 im Vorjahre) Unfälle gemeldet, von denen 241 (206) schwere und 49 (46) Todesunfälle waren. Bei einer Gesamtarbeiterzahl von 57 246 in Lothringen entfallen auf je 1000 Arbeiter 72,58 Unfälle überhaupt, 4,21 schwere Unfälle und 0,85 Todesfälle. Die größte Unfallzahl weist, wie auch im Vorjahre, die Gütten- und Walzwerkindustrie auf. Auf die in diesem Industriezweige gezählten 15 640 Arbeiter entfallen 3101 Unfälle, darunter 130 schwere und 21 Unfälle mit tödlichem Aus-

gang. Während also im Gesamtbezirk auf 57 246 Arbeiter 49 tödliche Unfälle kommen, kommen auf 15 640 Arbeiter der Walzwerk- und Güttenindustrie allein 24 Todesunfälle. Auf 1000 Arbeiter der Grobeisenindustrie entfallen 166 Unfälle überhaupt, 6,44 schwere und 1,28 Todesunfälle.

Ueber Streiks- und Lohnbewegungen berichten die Beamten nichts Wesentliches, wie überhaupt beinahe nirgends der Tätigkeit der Gewerkschaften besonders Erwähnung geschieht. Hervorgehoben zu werden verdient noch eine Maßnahme, die die Gemeinde Dornach getroffen hat, um der Not der Arbeitslosen wenigstens etwas zu steuern. Diese Gemeinde, ein Arbeiterort der Industriestadt Rülshausen, gewährt auf die Dauer der nächsten vier Jahre einen Zuschuß zu den Arbeitslosenunterstützungen, die von den dortigen Arbeiterorganisationen bezahlt werden. Danach erhalten alleinstehende Arbeiter einen Zuschuß aus Gemeindemitteln von 0,80 M., und solche, welche eine Familie zu unterhalten haben, von 1 M. pro Tag. Der Zuschuß wird nur den Arbeitern ausbezahlt, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit bereits ein Jahr in Dornach ansässig sind.

Nach eingehend berichtet der Beamte von Lothringen über die Regelung der Arbeitszeit in den Anlagen der Grobeisenindustrie. Er erwähnt, daß im allgemeinen die 12stündige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die vorherrschende ist. Nur auf den Werken der Firma de Wendel und einem Hochofenbetrieb kommen geringere Arbeitszeiten von 10 und 11 Stunden Dauer vor, während andererseits ein Hochofenwerk 12 1/2 stündige Arbeitszeiten für seine Werkstättenarbeiter eingeführt hat. Es arbeiteten im Berichtsjahre von den 19 008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern der Grobeisenindustrie

in 10stündiger Arbeitszeit . . . 268 Arbeiter (1,4 Proz.)
" 11 " " " 2 087 " (15,7 "
" 12 " " " 15 647 " (82,3 "
" 12 1/2 " " " 106 " (0,54 "
Ueber den Umfang der Ueberarbeit berichtet eine Statistik, nach der von 19 008 regelmäßig Beschäftigten 5436, das sind 28,6 Proz., über die regelmäßigen Arbeitszeiten hinaus beschäftigt wurden. Die Zahl der geleisteten Ueberstunden (einschließlich der Pausen), die von den Arbeitern insgesamt geleistet worden sind, betrug 1 180 251,75 M., das ist eine Vermehrung der geleisteten Ueberstunden gegenüber dem Vorjahre von 275 754 Stunden oder eine Steigerung der Dauer der Ueberarbeit für Tag- und Nachtarbeiter von 0,625 Stunden auf 0,73 Stunden. Von den 19 008 in regelmäßigen Arbeitszeiten Beschäftigten sind bis zu 1 Stunde 123 716mal, dann mehr als 1 bis 2 Stunden 6731mal, ferner mehr als 2 bis 3 Stunden 22 617mal, mehr als 3 bis 4 Stunden 14 020mal, mehr als 4 bis 5 Stunden 5948mal, mehr als 5 bis 6 Stunden 11 140mal, mehr als 6 bis 7 Stunden 19 488mal und mehr als 7 Stunden 42 174mal Ueberstunden gearbeitet worden.

Ueber den Einfluß der Gewerkschaften schreiben, wie bereits erwähnt, alle drei Beamten rein gar nichts. Nur der Beamte von Lothringen hebt hervor, daß bei den Arbeiterauschüssen eine weitere Entwicklung nicht beobachtet werden konnte, daß auch weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer den Ausschüssen, trotz der Erweiterung der Befugnisse durch die Kobelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Sehr richtig schreibt hierzu der Beamte, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen und deren Vertrauensmänner etwaige Mißstände in den Betrieben oder Forderungen zur Kenntnis bringen.

Dem Beamten schwebten wahrscheinlich die Worte des Direktors des Strahburger Elektrizitätswerkes vor, der anlässlich des Streiks der Schlosser und Wagner von der Strahnbahnwerkstätte betonte, er habe in seinem Betriebe mit der Organisation nur gute Erfahrungen gemacht. Derselbe Herr hat früher einmal den Ausdruck getan, daß derjenige Arbeiter ein erbärmlicher Zeigling sei, welcher sich unter den heutigen Verhältnissen seiner gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließt. Daß er dabei nicht etwa eine christliche oder gelbe Organisation gemeint hat, geht daraus hervor, daß in der Verhandlung betreffend des Streiks bei der Strahburger Strahnbahn, der im Bericht kurz gestreift wird, als berechtigt an den Ausschüssen teilzunehmen, der Transportarbeiter- und der Metallarbeiterverband bestimmt wurden.

Ein erbärmlicher Zeigling derjenige Arbeiter, der sich seinen organisierten Kollegen nicht anschließt, damit auch die Beamten der Gewerbeinspektion von Jahr zu Jahr immer mehr über bessere Zustände berichten können. Bessere Zustände, nach denen jeder Arbeiter nach seines Lohnes Wert bezahlt wird, damit er und die Seinen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Das muß aber, dies ist aus allen Berichten der Gewerbeinspektoren zu ersehen, dem Unternehmertum Zoll um Zoll abgetroffen werden.

Soziales.

Die Bezahlung des ärztlichen Attestes.

Vor der Ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verlangte der Beklagte, Bijouteriewarenhändler Baum, von der Klägerin, die bei ihm Verkäuferin war, ein Attest über ihre Erkrankung, obgleich er die Gehaltszahlung während der Krankheitszeit vertraglich ausgeschlossen hatte. Als die Verkäuferin seinem Wunsch entsprochen und ein Attest über ihre Krankheit beibrachte, verweigerte sie ihm, sowohl Gehalt als auch das Attest zu bezahlen. Der Beklagte führte in bezug auf das Attest aus, Klägerin habe durch ihre Krankheit Anlaß zum Attest gegeben, folglich müsse sie auch die Kosten tragen. Aber selbst wenn er als Prinzipal verpflichtet wäre, das Attest zu bezahlen, könnte der Betrag immer noch nicht der Klägerin zugesprochen werden. Denn diese habe ja noch gar nicht den Beweis erbracht, daß sie ihrerseits die Honorarforderung des Arztes beglichen habe. — Das Kaufmannsgericht entschied, daß der Beklagte an die Klägerin die Kosten für das Attest zu zahlen habe. Er, nicht die Verkäuferin, habe zur Ausstellung eines Attestes Anlaß gegeben. Ob Klägerin ihrerseits das Attest schon bezahlt habe, tue nichts zur Sache. Selbst wenn sie es schuldig bleibe, befriede das den Beklagten nicht von seiner Zahlungspflicht.

Lösung eines Lehrvertrages.

Gegen den Kommerzienrat Max Baisch (Inhaber der Firma Wilhelm Greve) klagte vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts der Lehrling L. auf Lösung des Lehrverhältnisses und Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 880 M. Außerdem wurde ein Zeugnis über die Art und Dauer der bisherigen Beschäftigung sowie Herausgabe der Papiere gefordert. Mit dem Kläger war ein schriftlicher Lehrvertrag vereinbart worden, monach dieser vom 1. Mai 1910 ab vier Jahre lang als Kupferstecher ohne irgend welche Vergütung ausgebildet werden sollte. Im Vertrag war ausdrücklich gesagt worden, daß entweder der Lehrling selbst die Ausbildung des Lehrlings übernimmt oder einen geeigneten Vertreter bestellt, der den Anforderungen einer Beschäftigung zur Ausbildung von Lehrlingen entspricht. Wie der Vater des Klägers in der gestrigen Verhandlung vor dem Gewerbegericht angab, seien die Bedingungen des Vertrages nicht eingehalten worden. Sein Sohn sei sehr oft zu Arbeiten herangezogen worden, die nicht

zu seinen, sondern zu den Obliegenheiten eines Hausdieners gehörten. Die Ausbildung leide ganz enorm unter der ungenügenden Unterweisung in den einzelnen Arbeitsfächern. In der ersten Zeit sei sein Sohn von einem Kupferstecher gut unterrichtet worden. Nachdem dieser Herr jedoch den Betrieb verlassen habe, wäre niemand mehr im Betrieb, der dem Lehrling Anweisungen erteile. Er habe sich wiederholt mit dem Chef (Kommerzienrat Baisch) über die unliebliche Angelegenheit unterhalten wollen. Dieser sei aber sehr erregt gewesen und die Ansprache sei deshalb resultatlos verlaufen. Da ein Vertrag gegen den Vertrag vorliege, beantrage er die Lösung desselben. Um seinem Sohn eine gute Ausbildung zuweilen werden zu lassen, wüßte er bei Fortsetzung der Lehre in einem anderen Betriebe 400 M. für zwei Jahre zahlen, die der Lehrling noch lernen müßte. Weiter fordere er für die zwei Jahre 480 M. Kostgeld. — Der Vertreter des Beklagten betonte, daß Wohlille geschaffen wäre, wenn der Kläger sich über zu viel Nebenarbeiten beschwert hätte. Er müßte aber zugeben, daß gegenwärtig kein geeigneter Vertreter zur Ausbildung des Lehrlings im Geschäft sei.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, der Lösung des Lehrvertrages sofort zuzustimmen. Er habe gegen den schriftlich vereinbarten Vertrag verstoßen. Ueber den Schadenersatzanspruch konnte noch kein Beschluß gefaßt werden, da es an den nötigen Unterlagen für seine Höhe fehle.

Aus der Tätigkeit des Rechtschutzbüros der Bühnengenossenschaft.

Das Rechtschutzbüro der Bühnengenossenschaft hatte sich im Verlauf des vorigen Jahres mit 47 Entlassungen, 37 Kündigungen, darunter 8 Kündigungen im Prodemonat, 4 Stellstellungen, 18 Klagen wegen schlechter Beschäftigung und 27 Klagen, die auf den außerkontraktlichen Urlaub Bezug hatten, mit 23 Gastspielverpflichtungen, 101 Gageforderungen, 49 Honorarforderungen, 47 Strafzählungen, 165 Vertragsauflösungen und 26 Vertragslösungen zu beschäftigen. Daneben griff es in 120 Fällen von Rollenstreit ein; 17 Beleidigungen wurden ihm unterbreitet, 36 Schadenersatzansprüche, 2 Klagen auf Konventionalstrafe, 3 Dienstverweigerungen und 3 Kontraktbrüche. Daneben läuft natürlich eine Anzahl von Klagen, die sich hier nicht rubrizieren lassen; es wurden 78 Prozesse geführt, von denen 36 auf Intervention des Rechtschutzbüros wieder erledigt wurden. Das Bureau hatte 4068 Eingänge, 3004 Ausgänge und 873 Besuche zu erledigen.

Ohne die Tätigkeit des Rechtschutzbüros wäre der größte Teil der Bühnengehörigen schußlos. Schon die Existenz des Büros wirkt, auch ohne daß es zu Klagen kommt, zugunsten vieler Schauspielers.

Die neue privattypikalitische Volksversicherung.

Soeben wird das Programm der Deutschen Volksversicherung A. G. bekannt. Es handelt sich hier um die kürzlich von 30 deutschen privattypikalitischen Lebensversicherungsunternehmen in Berlin beschlossene Gründung einer Volksversicherungs-A. G., die den ausschließlichen Zweck hat, gegen die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche „Volksfürsorge“ anzukämpfen. Eine Betrachtung dieser jüngsten „arbeiterfreundlichen“ Einrichtung lohnt sich! Das Programm der Deutschen Volksversicherung A. G. behauptet erstens, daß zur Gründung der Unternehmung keinerlei Erwerbszwecke die Ursache wären, sondern nur die ideale Liebe der privattypikalitischen Versicherungsgesellschaften zum armen Volke sei die Ursache. Die Deutsche Volksversicherung A. G. will nach diesen Behauptungen ein gemeinnütziges Unternehmen sein. Das Aktienkapital soll für alle Zeiten mit nur 4 Proz. verzinst werden. Das heißt wirklich recht lieb und freundlich aus, ist aber nichts weiter als souler Jauber. Denn die „Antifürsorge“ A. G. mit einer Million Mark Kapital arbeitet, kommt auf jede der 30 Gründerinnen 33 000 M. Einlage, die womöglich auch nur zur Hälfte eingezahlt werden brauchen. Ob nun die „Victoria“ für ihre 16 500 M. Kapitalanlage 4 Proz. Zinsen oder 40 Proz. bekommt — das wären 6600 M. —, ist doch wirklich sehr harmlos. Viel wichtiger ist den Leuten doch, daß sie hoffen, mit ihrer Volksversicherung A. G. der gefährlichsten Arbeiterkonkurrenz das Wasser abgraben zu können! Ledwegen will die Aktiengesellschaft auch ihre Arbeiterversicherungen zu einem Prämienfuß anbieten, „der es insbesondere auch der minderbemittelten Bevölkerung ermöglicht, einen hinlänglichen Versicherungsschutz zu erwerben“. Michel, merkt du was? Brächtig ist auch der Gedanke, daß bei der „Antifürsorge“ die einmal gezahlten Beiträge der Versicherten nie mehr verloren gehen sollen! Bis jetzt war das eines der besten Geschäftse der sogenannten Volksversicherung, Millionen von Mark an gezahlten Beiträgen zu verschlucken, allein deswegen, weil minderbemittelte Versicherte ihren Verpflichtungen sehr oft nicht frist nachkommen können. Warum jetzt plötzlich so menschenfreundlich? Nach demschauer ist der Gedanke des Programms, die Versicherten zur Teilnahme an der Verwaltung „in weitgehendem Umfange zu berechtigen“. Das wird eine lustige „Mitverwaltung“!

Die Herstellung einer Verbindung zwischen den bei Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden und sonstigen wirtschaftlichen, gemeinnütigen und öffentlichen Organisationen bestehenden Versicherungseinrichtungen, wie Sterbe-, Witwen- und Aussteuerlassen und der Deutschen Volksversicherung, bezieht das Programm als eine weitere bedeutsame Aufgabe, die sich durch die Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung in einer „alle beteiligten Kreise zufriedenstellenden Weise“ lösen lassen werde. Also los, ihr Gelben, Blauen und Schwarzen!

Der Plan ist fein ausgeklügelt. Aber abwarten, ihr Herren, über den Erfolg dieser geplanten Breiterei der Arbeiter entscheiden die Arbeiter selbst, und sie wissen, was ihrer von der patriotisch-kapitalistischen „Antifürsorge“ zugebracht ist! Also Vorsicht, ihr Arbeiter!

Die Arbeitsverhältnisse der Eisenbahntechniker.

In der nächsten Zeit beabsichtigt die preussisch-berlische Eisenbahndirektion, etwa 600 technische Hilfskräfte auf Privatdienstvertrag einzustellen. Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ weist in ihrer letzten Nummer auf die Nachteile hin, die mit der Annahme dieser Stellen verbunden sind. Der Mehrbedarf an Arbeitskräften ist fast nur durch die Verteilung der Stellen im weidwestlichen Industriegebiet veranlaßt. Die Dauer der Stellungen ist also beschränkt, und ihre Inhaber werden sich bald wieder um neue Posten umtan müssen. Die Fühlung mit der Privatpraxis aber ist ihnen dann, trotz der kurzen Zeit, bei der völlig anderen Arbeitsweise in den staatlichen Bureau und den raschen Veränderungen im Privatbetriebe zum großen Teil verloren gegangen. Bei der Suche nach einer neuen Stellung wirken u. a. die im Eisenbahndienste üblichen Amtsbezeichnungen („technische Bureaugehilfen“ oder „technische Ausbehalter“ für jüngere, „Bureauassistenten“ für ältere und erfahrene Kräfte) hemmend und schädigend, weil der private Arbeitgeber aus diesen Titeln leicht auf einen untergeordneten Charakter der bisherigen Tätigkeit des Beworbers schließen kann.

Die Gehaltsverhältnisse sind keineswegs günstig. Anfangsgehalt für jüngere Techniker 120—140 M., für ältere durchschnittlich 180 M. Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen, die in den letzten Jahren sowohl die Beamten als die Arbeiter erhalten haben, sind den privat angestellten Technikern stets verweigert worden. Wird den Beamten eine Teuerungszulage bewilligt, dann rechnen die technischen Hilfskräfte zu den Arbeitern; erhalten die Arbeiter Zulage, dann sind sie auf einmal wieder Beamte. Urlaub erhalten die Bureaugehilfen bis zu 8, die Bureauassistenten bis zu 14 Tagen; dieses Höchstmaß wird aber erst nach fünf Jahren erreicht. Kurze, ein- bis zwittertägige Urlaube, die während des Jahres aus zwingenden Gründen genommen wurden, werden auf den Erholungsurlaub angerechnet.

Der Eisenbahnstatus kann also als Arbeitgeber, selbst wenn man von seinen mit Geseh und Recht unvereinbaren Eingriffen in das Spaltionsrecht ganz absteht, herzlich empfohlen werden.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:  
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Montag, den 16. Dezember 1912:

## Bezirks-Verfassungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

- in folgenden Lokalen:
- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
  - Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
  - Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
  - Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorf, Eichbornstr. 18, abends 6 Uhr.
  - Moabit: Moabiter Gesellschaftshaus, Vieckstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.
  - Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31, abends 8 1/2 Uhr.
  - Osten: Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
  - Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
  - Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2, abends 8 1/2 Uhr.
  - Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
  - Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Kottbuser Damm 76, abends 8 1/2 Uhr.
  - Südenbezirke: „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
  - Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 151/152, abends 8 1/2 Uhr.
  - Charlottenburg: Volkshaus, Rosenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
  - Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstraße 1a, abends 8 1/2 Uhr.
  - Friedrichshagen u. Köpenick: im Lokal Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
  - Spandau: Dertz' Restaurant, Surstr. 23, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Dezember 1912.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Versammlung der in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen findet nicht am Montag, den 16. Dezember, sondern am **Wittwoch, den 18. Dezember 1912,**

statt. Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Konfordia-Festsälen, Andreasstraße 64:

## Gemeinsame Vertrauensmänner-Verammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Erneuerung des Tarif-Vertrages.

## Einsetzer.

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr:

## Bezirks-Verfassungen.

Bezirk 5 und westliche Vororte bei Wiemers, Bülowstraße 57.  
 Bezirk Neukölln bei Schenk, Rosenstraße.

## Weihnachtsvergnügen

Freitag, den 27. Dezember 1912 (3. Weihnachtsfeiertag) im großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide 108-114.

Mitwirkende: Frau Anni Sander (Vortragskünstlerin), Fräulein Maria Foreseu (Operettenfängerin), Fräulein Eleonore Rangabé und Erich Gernsdorff (Duette und Lieder), Heinrich Schröder, Heinz Sander. Künstlerische Leitung: Hofopernfänger Eugen Wolff. Musik: Berl. Sinfonie-Orchester (Dirigent Maximilian Fischer).  
 Eröffnung 5 Uhr. Eintrittskarte 50 Pf. Anfang 5 1/2 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: Ball bei zwei Orchestern bis 6 Uhr.  
 Rauchen bis zur Beendigung der Vorstellung nicht gestattet.  
 Das Komitee.

## Steinarbeiter!

Sonntag, den 15. Dezember ex., vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

## Mitglieder-Versammlung

der Sektion I (Bau- u. Grabsteinbranche).

Tagesordnung: 1. Die Berufskrankheit der Steinarbeiter. Referent: Kollege Otto Ganische. 2. Stellungnahme zum Tarifvertrag. Alle zum Gehalt des Steinarbeiteres gehörigen Kollegen sind zum Besuch der Versammlung verpflichtet.  
 Die Ortsverwaltung.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! Sie sparen Geld! **Möbel** direkt in der Möbelfabrik  
**H. Walter** inkl. **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35  
 Kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
 Permanente Musterzimmer-Ausstellung.

**Josef**  
 Warum grad an der „Juno“ Cigarette hängt er, der Raucher, fest wie eine Klette?  
 Warum die „Juno“ nur von früh bis spät? Die Antwort liegt im Worte: Qualität.  
 10 Stück 20 Pfg. **Juno Cigarette**

## Theater.

Freitag, den 13. Dezember, Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Kgl. Opernhaus. Carmen.  
 Kgl. Schauspielhaus. Ein Boffen-gang.  
 Deutsches König Heinrich IV. 2. Teil.  
 Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.  
 Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
 Urania. Der Großlockner, Gastein und die Salzburger Alpen.  
 Kommerzielle. Maria Magdalena.  
 Feins. Gabriel Schillings Nacht.  
 Königgräzener Straße. Hedda Gabler.  
 Deutsches Opernhaus. Zigaros Hochzeit.  
 Schiller O. Der Tallisman.  
 Schiller Charlottenburg. Des Plarers Tochter von Streladorf.  
 Berliner. Filmzauber.  
 Kleines. Professor Bernhardt.  
 Meißens. Prinzenerziehung.  
 Komödientheater. Die Generalde.  
 Deutsches Schauspielhaus. Der gutgehende Frad.  
 Thalia. Antiochens.  
 Trianon. Die Erste — die Beste.  
 Kurfürsten-Oper. Der Strohrei.  
 Montis Operetten. Der Frauen-fresser.  
 Theater am Nollendorfsplatz. Orpheus in der Unterwelt.  
 Luken. Raffles.  
 Neues Operntheater (Kroß). Russisches Ballett.  
 Rose. Die Sünden der oberen Zehntausend.  
 Metropol. Chauffeur — ins Metropol.  
 Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper.  
 Groß-Berlin. So bummeln wir. Spezialitäten.  
 Casino. Am grünen Strand der Spree.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Apollo. Spezialitäten.  
 Königstadt-Casino. Spezialitäten.  
 Passage. Spezialitäten.  
 Reichshallen. Bei Batern.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Zirkuspalast. Graf V. d. B.  
 Follies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelhenna. Die Tochter der Brant.  
 Walhalla. Goldener Reichtum.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Neues Volks-theater. Die Doppel-gangertomödie.  
 Anfang 10 Uhr.  
 Admiralspalast. Eisballet: Joanne.  
 Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

## Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: **Der Tallisman.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Im weißen Röhl.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Zopf und Schwert.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Im weißen Röhl.**

## Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: **Des Plarers Tochter von Streladorf.**  
 Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: **Wallensteins Tod.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Heimg'funden.**

## Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

## Theater in der Königgräzener Straße

8 Uhr: **Hedda Gabler.**

## Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: **Der gutgehende Frad.**

## Theater am Nollendorfsplatz 5.

8 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt.**  
 Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr **Zwischenaktchen.**

## Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
 Abends 8 Uhr: **Der Frauenfresser.**

## Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Gastspiel Constanze v. Linden: Prinzenerziehung.**  
 Morg. u. folg. Tage: **Prinzenerziehung.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Alles für die Firma.**

## ROSE-THEATER

George Frankfurter Str. 152.  
 Abends 8 Uhr: **Die Sünden der oberen Zehntausend.**  
 Aussl.-Drama in 4 Akten von Raleigh, Hamilton und Laß.  
 Sonnabend 4 Uhr: **Im Zauberlande Rübbezahls.** 8 Uhr: **Gewonnene Herzen.**

## Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Die Erste — Die Beste!**

## Luisen-Theater.

Heute u. folgende Tage, 8 Uhr: **Raffles.**  
 Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: **Kinderspiel.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Märchen v. Weihnachtsglück.**  
 Abends 8 Uhr: **Raffles.**

## Metropol-Theater.

**Chauffeur — ins Metropol!**  
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von F. Freund.  
 Musik v. Rud. Wolfen. Tänze arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor A. Schulz.  
 Abends 8 Uhr: **Rauschen gestattet.**

## Apollo Theater

Ab 8 Uhr.  
**8 für Berlin neue Debüts. Stürmischer Lacherfolg!**  
 9 Uhr: **Berlins neueste Sensation!**

## Dario Pains.

Das Wunder hypnotischer Kartenkunst

## WINTERGARTEN

## Sahary-Djeli

La „Mysterieuse“.

## Gastspiel Max Linder

der weltberühmte Film-Schauspieler in seinem Sketch:  
**Aus Liebe zum Bühnenaugenoperateur**  
 Max, der Liebhaber: Max Linder sowie die sensationellen Dezember-Attraktionen.

## „Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

## Heute: Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthausorchester, Dir. F. v. Blom, Komponist. Musik: I. Garde-Dracener-Regts., Dirig. Oberm. Baars.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

## Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

## Urania

Wissenschaftliches Theater.  
**Taubenstraße 48/49.**  
 Abends 8 Uhr:  
 Der Großlockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

## TGB THEATER GROSS-BERLIN

am Zoo.  
 Täglich 8 Uhr:  
**So bummeln wir!**  
 m. Massary, Pallenberg, Bachmann.  
 Vorher: **Varieté-Aufführung.**  
 Rauchen gestattet.  
 Vorverkauf 10-6 Uhr Theaterkasse, Warenh. Tietz, Invalidendank.

## Herrnsfeld Theater

Beispielloser Lacherfolg!  
**Die Alpenbrüder.**  
 Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.  
 Hierzu:  
**Das Scheidungs-Souper.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf 11-3 (Theaterkasse).

## Theater Königstadt-Casino.

Cafe Dolymarkt u. Alexanderstraße. 12. Minute v. Bahnh. Jannowbrücke  
 Täglich außer dem großen Spezialitäten-Teil:  
**Fesche Mädels.**  
 Gesangs-Surdeke in 1 Akt.

## Zirkus Albert Schumann.

Heute Freitag, 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Sport-Vorstellung.**  
 Um 9 1/2 Uhr:  
**Der unsichtbare Mensch.**  
 Vier Bilder aus Indien.  
 Vorher: **Das Riesen-Waltstadt-Programm.**  
 Sonntag, den 15. Dezember:  
**2 Große Novitäten-2 Vorstellungen**  
 Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr  
 In beiden Vorstellungen ohne Kürzung: **Der unsichtbare Mensch.**

## Passage-Theater.

Unter den Linden 22-23  
**Lichtspiele.**  
 Diese Woche: **Menschen unter Menschen.**  
 Groß. Drama nach Viktor Hugo u. d. hum. Progr.  
 Anfang 4 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

## KiKo

Passage-Panoptikum  
**50 WILDE WEIBER MÄNNER KINDER**  
 vom Stamme der Igorroten.  
 Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten **IGORROTEN-Dorfe.**  
 Ohne **Lebend! Extra-Entree.**

## Admiralspalast

Heute:  
**2 große Pantomimen** auf dem Eise.  
 8 1/2 Uhr: **Montreal.** Die Stadt auf Schlittschuhen.  
 10 Uhr: **Yvonne.** Eisballett in 3 Bildern.  
 Charlotte — Push-Ballspiel.  
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbes Kassapreis.  
**Restaurant 1. Ranges!**  
 Wein- und Bier-Abteilung.

## Zirkus Busch.

Heute Freitag, 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
 Die große **Prunk-Pantomime „Sevilla“**  
 in 6 glänzenden Akten.  
 Besonders hervorzuheben: Das berühmte **Wirtshaus bei Ossuna**. — Die berühmte **Stiergefechts-Arena in Sevilla**. — Die märchenh. neuen **Wasserspiele**.  
 Vorher das große **Gala-Programm**.  
 Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Unter Gorillas,** ungekürzt.

## Casino-Theater

Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Die neue Lokalposse „Am grünen Strand der Spree“.**  
 Sonntag, nachmittags 4 Uhr:  
**Unter dem Weihnachtsbaum.**

## Boigt-Theater.

Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
 Freitag, den 13. Dezember:  
**Der Müller und sein Hund.**  
 Volkedrama in 5 Akten, von Hauptmann.  
 Staffeleröffnung, 7 Uhr. Amt. 8 1/2 Uhr.  
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr:  
 Kinderdarstellung: **Fran Holke.**

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.  
 Heute 8 Uhr:  
**„Bei Vater“.**  
 Weihnachtst. u. Revue.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**0 Tanneboom.**

## Folies Caprice

Täglich 8, 11 Uhr:  
**Die Novitäten:**  
 In Sachen Katzenstein.  
 Die Doppelhenna.  
 Die Tochter der Brant.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



# Bücher für den Weihnachtstisch

## Vorwärts - Klassiker

**Heines Werke**  
**Reuters Werke**  
**Schillers Werke**

Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring.

Preis für jedes Werk nur 4 M.

Sämtliche anderen Klassiker sind durch uns jederzeit zu beziehen.

## Vorwärts - Bibliothek

**Erweckt** Roman aus dem Proletarierleben von H. Ger. Preis gut gebunden 1,25 M.  
**Der Ausweg** Erzählung von Ernst Preczang. Preis gut gebunden 1 M.  
**Das Land der Zukunft** Reisebeschreibung für die reifere Arbeiterjugend v. Leo Kolisch. Mit einer Einleitung v. Paul Göhre. Pr. gut geb. 1 M.  
**Verschrobenes Volk** und andere Erzählungen v. Rob. Grötzsch. Preis gut geb. 1 M.  
**Der Prinzipienreiter** Erzählung aus den Märztagen des Jahres 1848. Von Wilhelm Bloß. Preis gut gebunden 1 M.

Kurt Grottel: Unser Wald. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. 2,50, geb. 3 M.  
Kurt Grottel: Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. 60 Pf., geb. 1 M.  
Klara Müller-Jahnke: Gedichte. . . . . geb. 1,50 M.  
Aug. Winnig: Preussischer Kommiss. Soldatengeschichten. 1,50, geb. 2 M.  
Franz Mehring: Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. . . . . geb. 2,50 M.  
Karl Fr. Rückert: Mit dem Cornister. Ungeschmälzte Erinnerung eines Soldaten aus dem Feldzug 1870. . . . . geb. 1,50 M.  
Adolf Glasbrenner: Unterm Brennglas. Berliner politische Satire, Revolutionsgeschichte und menschliche Komödie. . . . . geb. 1 M.  
Max Maurenbrecher: Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. . . . . geb. 7,50 M.  
Anton Feindrich: Schwinnsland. . . . . 6, geb. 7,50 M.  
Ernst Preczang: Im Strom der Zeit. . . . . 1,50, geb. 2 M.  
Wilh. Bloß: Die deutsche Revolution von 1848/49. Geb. 1 M.

Wilh. Bloß: Die französische Revolution von 1789. Geb. 1 M.  
Louis Heritier: Die französische Revolution von 1848. Geb. 1 M.  
Zimmermann: Der deutsche Bauernkrieg. . . . . geb. 1 M.  
Gustaf Janson: Lügen. Geschichten vom Rüge. Geb. 1,50 M.  
Joh. Falkberget: Minenschiffe und Fackelbrand. Erzählungen eines norwegischen Grubenarbeiters. . . . . geb. 3 M.  
Joh. Falkberget: In der äussersten Finsternis. Geb. 1 M.  
August Bebel: Aus meinem Leben. . . . . Band I geb. 2 M. Band II geb. 3 M.  
August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. . . . . 3 M.  
Dr. F. G. Simon: Gesundheitspflege des Weibes. 2,50 M.  
Karl Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren. . . . . 2 M.  
Karl Kautsky: Der Ursprung des Christentums. 5,75 M.  
Lissagaray: Die Geschichte der Kommune von 1871. Geb. 3 M.

Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie. . . . . 1,50 M.  
Leo Deutsch: 16 Jahre in Sibirien. . . . . Geb. 3,50 M.  
Leo Deutsch: Viermal entflohen. . . . . 2 M.  
Franz Mehring: Die Fessing-Legende. . . . . 3 M.  
Paul Louis: Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. 3 M.  
Joseph Salvioli: Der Kapitalismus im Altertum. 3 M.  
K. Gommel: Wie Berg und Tal entstehen. Mit vielen Illustrationen und einer Karte: Die tätigen Mächte der Erde. Geb. 1 M.  
J. Deutsch: Aus alten Tagen. Echte Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Geb. 1 M.  
Hannah Lewin-Dorsch: Die Technik in der Urzeit. I. Das Feuer. Der Wohnungsbau. . . . . Geb. 1 M.  
H. Cunow: Die Technik in der Urzeit. II. Nahrungsmittelbeschaffung und Ernährung. . . . . Geb. 1 M.  
H. Cunow: Die Technik in der Urzeit. III. Entstehung der Waffen. - Körper Schmuck. - Die Technik der Befeldung. Geb. 1 M.

## Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Die hier empfohlenen Schriften sind auch durch die Zeitungsausgabestellen des „Vorwärts“ zu beziehen.



## Grosser Weihnachts-Verkauf



**Geschenke für Damen**  
Mode-Schnürschuhe, Derby, Lockkappe . . . . . 5,90  
Kalbleder, unerreicht . . . . . 6,90  
Condor-Pumps, Kalbleder für Salon und Strasse . . . . . 5,90  
Weiss Leder . . . . . 3,75  
Kalbleder-Spange, für die Tansstunde . . . . . 5,00

Unvergleichlich billige Preise

Grösste Auswahl

Neueste Modelle

**Geschenke für Damen**  
Schnürstiefel, mit und ohne Lockkappe. 7,50 unerreichte Preislage . . . . .  
Mode-Schnürstiefel, echt Chevreau und Boxcalf, mit und ohne Lockkappe, unsere unübertroffenen Preislagen 10,50, 8,50



## Condor-Schuhe in eleganten Präsentkartons für den Weihnachtstisch!

**Geschenke für Herren:**  
Schnür- und Zugstiefel  
Verlässliche Qualitäten . . . . . 7,50  
Mode-Schnürstiefel  
Boxcalf und Ross-Chevreau. Unerreichte Preislage . . . . . 8,50  
Unser Original-Goodyear-Welt-Fabrikat  
Chevreau, Boxcalf, Chromlack. Feinste Ausführung. Populäre Preislage . . . . . 12,50

**Kamelhaarschuhe — beliebteste Geschenke!**  
Schnallenstiefel 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
Filz- und Ledersohlen 135 160 190 245 285  
Neuheit! Kamelhaarschuhe und -stiefel nach Professor Dr. Jäger. Keine kalten Füsse mehr!  
Kamelhaarstoff-Schuhe Für Damen Für Herren  
Filz- u. Ledersohle. Unerreicht billig 95 Pf. 125  
Für empfindliche Füsse: 2 Schnallenstiefel mollig u. warm  
Echt Chromleder mit Absatz. Für Haus und Strasse Für Herren 8,50 Für Damen 6,90

**Geschenke für Knaben und Mädchen:**  
Schnür- und Knopfstiefel  
Wichleder 25-26 24,5 27-30 29,5 31-35 34,5  
Konkurrenz 25-26 24,5 27-30 29,5 31-35 34,5  
Feines Chromleder, Derbyschnitt, Lockkappe, modern-breite Formen  
25-26 27-28 29-30 31-35 34-35 36-38  
425 475 525 575 625 725  
Echt Boxleder, durchgenähte Randsohle  
430 460 490 530 570 670

**Conrad Tack & Cie. A.-G.**  
Schuhwarenfabrik Burg bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen im Deutschen Reich, davon in Berlin und Umgegend:  
C. Spittelmarkt 15  
C. Rosenhofer Strasse 14  
W. Potsdamer Strasse 50  
W. Schillstrasse 16  
NW. Turmstrasse 41  
NW. Wilsoner Strasse 22  
NW. Deusselstrasse 28  
N. Friedrichstrasse 127  
N. Müllerstrasse 3  
N. Reinickendorfer Strasse 23  
N. Brunnenstrasse nur 37  
N. Danziger Strasse 1  
O. Androssstrasse 50  
O. Frankfurter Allee 128  
SO. Oranienstrasse 2a  
SO. Oranienstrasse 32  
SO. Wrangelstrasse 49  
SW. Friedrichstrasse 240-241  
Charlottenburg:  
Wilmersdorfer Str. 122-123  
Neuhölln: Bergstrasse 20-31  
Potsdam: Dröndener Str. 54







Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Anfang Januar erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Dienstag, den 31. Dezember, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen: Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 10, Rofstraße 31. Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S. 50, Urbanstraße 67. Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36 Grünauer Straße 26, IV. Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Weperdorf, O. 34, Paterstraße 50. Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 31, III. Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 0. Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhollstraße 24. Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rohr, Reußlin, Weisstraße 33, IV. Für Potsdam-Dönhavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21. Für Ober-Barnim an den Genossen Carl Schindhelm, Eberswalde, Breite Straße 50. Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 31. Dezember einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperre handelt (Berggängen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51.

Vierter Kreis. Am Sonntag, 15. d. Mts., findet die Urwahl zur Delegation zum preussischen Parteitag statt. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr vormittags und endet mittags 12 Uhr. Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis September seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahllokale werden noch einmal am Sonnabend durch Inserat bekannt gegeben. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Am ersten, zweiten und dritten Weihnachtstage findet in Kellers Festhale, Kopenstr. 20, je eine Theatervorstellung statt. Am ersten und dritten Feiertag wird gegeben „Woh dem, der läßt“ und am zweiten Feiertag „Die Fiebermännchen“. Billets à 50 Pf. sind im Bureau des Wahlvereins, Straßauer Platz 1/2, sowie bei den Bezirksführern und in den Bezirkslokale zu haben. Der Vorstand.

Kudow. Am Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Lokal von Holle. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreiskonferenz. 2. Geschäftliches. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. Gäste haben Zutritt, da neue Mitglieder aufgenommen werden.

Bannewitz. Am Sonnabend, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im „Fürstentum“ Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Hagen-Steig über die Reichsversicherungsordnung.

Dabendorfer bei Jassen. Am Sonnabend, den 14. d. M., abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wiese. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Niederschme. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gustav Koch (Jägerstr.): Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Max Groger-Reußlin. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Gennigsdorf. Am Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gonsior, Fabrikstraße: Wahlvereinsversammlung. Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung. U. a. ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen, so daß das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingt notwendig ist. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsorgen.

Im Salon der ersten Etage sitzen sich der Herr und die Frau des Hauses in bequemen Lederstühlen gegenüber und zermartern sich ihr armes Gehirn. Das wiederholt sich einige Tage bei jeder Gelegenheit. Schon morgens beim Frühstück fangen die Weiden an zu grübeln. Mittags während des Essens und vor dem Nickerchen wird die Frage abermals erörtert, und abends liegen sie wieder in den großen Lehnstühlen und sinnieren und sinnieren und sinnieren. . . .

Die große Frage, die so drohend vor ihnen steht, lautet: „Was schenken wir unserm Rudi?“ Die Lösung ist furchtbar schwer. Er schlägt das vor, sie jenes. Man möchte sich entschließen, verzweifelt aber wieder, man disputiert und kommt zu keinem Resultat.

Tante Lucie wird um Rat gefragt und Vetter Richard soll helfen. Frau Geheimrat und Frau Konfistorialrat werden gebeten. Die Rat schläge fluten wie ein buntes Kaleidoskop vorüber und zaubern einen ganzen Weihnachtsmarkt mit der die Wudenstadt durchflutenden Menge und ein großes Warenhaus mit seinen Bergen von Geschenken und Spielsachen vor das geistige Auge der unentschlissenen Eltern.

„Schenkt eine Eisenbahn!“ „Die hat er längst.“ „Dann kauft eine Festung mit Soldaten, Pferden und einer Artilleriepark.“ „Auch die hat er längst.“

„Oder Ihr laßt eine Riesenpuppe kommen, die sprechen, singen und laufen kann.“

„Selbst die ist schon da!“

„Aber Kinder, kauft ihm doch ein Auto!“

„Das war sein letztes Geburtstagsgeschenk.“

„Halt, ich hab's! Ihr müßt ihm ein Pannhagepaar kaufen mit Schlitzen und Wagen.“

„Das ist auch schon da.“

„Run, dann schenkt ihm eine Feuerwehr mit Spritzen und Schläuchen.“

„Die sieht er gar nicht mehr an!“

„Aber jetzt habe ich das Richtige. Ein Aquarium, einen Affen und einen Papagei.“

„Alles da! Der Papagei pfeift sogar: „Ja das haben die Mädchen so gerne.““

„Au weh! Run, so schenkt ihm eine Rodelbahn.“

„Auch diese ist vorhanden.“

„So gebt ihm schöne Bücher, die gefallen immer . . .“

„Ein ganzer Schrank voll steht im Kinderzimmer.“

„Ja, dann weiß ich wirklich nicht! . . . Ich auch nicht. . . .“

„Wenn er schon alles hat.“

„Das ist es ja eben!“

„Er hört ja nicht. Ich habe ihm schon so oft gesagt, daß er die Geschenke nicht in Massen einkaufen soll.“ warf sie ein.

„Nein, umgekehrt wird es richtig, sie hat ihn verwöhnt. Jeden Tag bringt sie etwas mit und noch dazu recht teure Sachen.“ antwortete er.

Und der Tag des Festes der Liebe kommt näher und näher, und die armen reichen Leute möchten sich das Haar rasieren über ihre schweren Sorgen. . . .

Bier Treppen hoch, in der Mansardenwohnung eines Hinterhauses sitzen um die gleiche Zeit auch Mann und Frau — wenn auch nur auf Holzstühlen — einander gegenüber und unterhalten sich über das gleiche auch für sie schwere Thema: Was schenken wir unseren Kindern?

Auch diese beiden Menschen waren von schwerer Sorge erfüllt.

Und als er etwas von einem Baukasten, einem Bilderbuch, Puppen und Schillers Gedichten laut werden ließ, machte sie Einwendungen:

„Um Gotteswillen, Franz, nur kein Spielzeug, sie brauchen so notwendig etwas anzuziehen. Der Grobe kann sich schon gar nicht mehr lassen. Der muß einen Anzug haben, da kann es herkommen wo es will. Anna braucht Strümpfe und Elsa ein Paar Filzschuhe. Emil friert in dem dünnen Gewäch, der muß Unterzeug haben, und Max habe ich einen Sweater verschrieben, selbst wenn es auch nur ein baumwollener sein sollte. Und dann weißt Du, daß Fritz auf deutschem Erdboden läuft. Der Strohschnitz bringt ihm durch die Schuhe. Seine Strümpfe werden vom Abend bis Morgen nicht trocken. Also Fritz braucht Stiefel. Wenn wir dann noch ein Bäumchen haben und einige Sonigtuchen und Pfeffermüsse darunter legen, so genügt das. Nur kein Spielzeug, Franz. In zwei Tagen wäre es kaput. Du hast das an dem Pferdeshall gesehen, den Max voriges Jahr bekam. Am ersten Feiertagabend schon war er nicht mehr ganz. Der billige Kram hält nicht und Teures können wir uns nicht leisten. Und ich wollte doch auch endlich einmal etwas anderes auf den Kopf setzen, die Müllern hat doch auch . . .“

„Eine Herzpelmilch aus Kaninchensell.“ fiel der Mann ein.

„Frau, Frau, höre auf mit Deinen Vorschlägen. Mir schwindelt. Wo soll das Geld für alles das unbedingt Nötige herkommen, bei diesen Zeiten? In der Beschränkung zeigt sich der Meister, muß unter Wahlpruch sein. Es reicht eben nicht, mein liebes Weib.“

„Du wolltest aber doch sogar Spielwaren kaufen? Und was ich angeführt habe, Liebster, das muß sein, und ein Karpen gehört auch dazu.“ entgegnete sie.

„Auch das noch, wenn es möglich ist.“ ergänzte der Mann und ergriff fast zaghaft die Hand seiner Frau.

Und obwohl sich die weihnachtsfröhliche Stimmung in bange Sorge verwandelt hat, macht man sich keine Vorwürfe wie im Salon der Erstklassigen. Die Belebte sitzen eng aneinandergeschmiegt und in beiden steigt das Gefühl der Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Unentbehrlichkeit empor. Eine Gewähr dafür, daß sie ihren Kindern nach besten Kräften eine Freude bereiten werden. Sie, die sonst so viel entbehren müssen, werden über das kleinste Geschenk glücklich sein, auch wenn es sich um einen Gegenstand handelt, den zu besitzen die anderen als selbstverständlich betrachten. . . .

Der 12. 12. Sturm auf das Postamt XII! Um 11 Uhr vormittags begann ein in Berlin noch nicht beobachteter Sturm auf das Postamt 12 an der Zimmer- und Charlottenstraße. In kurzer Zeit hatten sich dort Tausende von Menschen beiderlei Geschlechtes angesammelt, um Postkarten und Briefe zwischen 11 und 12 abzugeben, und somit den originellen Stempel mit den berühmten fünf Froschen zu erhalten, der für Sammler ein begehrteswertes werden wird. Im Augenblick waren die Briefkästen überfüllt und das Postamt vollständig gesperrt. Schließlich mußte der Briefkasten an der Ecke der Straße, weil keine Beamten hinzu konnten, entfernt werden, und Beamte mußten dem Publikum die Briefschaften aus der Hand nehmen. Der Andrang wurde in dessen gegen 12 Uhr so enorm, daß die Polizei einschreiten mußte. Die Straße vor dem Postamt war vollständig gesperrt durch Automobile, Droschken und Privatfahrwerke, so daß eine große Verkehrsstörung entstand und die Straßenbahn nicht regelmäßig verkehren konnte. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Verkehr einigermaßen regeln. Mit Kopfschütteln mußte man beobachten, wie manche Leute gleich Duhende von Ortschaften herbeischleppten, und das Postamt 12 war natürlich auf einen solchen Ansturm nicht vorbereitet.

Die Eingemeindung Treptows nach Berlin wurde in der Dienstagsitzung des Bürgervereins Treptow wieder von neuem verlangt. Die Versammlung nahm zunächst zu den in einigen Zeitungen veröffentlichten Berichten Stellung, wonach sich den in Treptow nicht ungenügend gezeichneten Eingemeindungslinien der Reichshauptstadt erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt haben sollten, die in dem gegenseitigen Verhalten der beiden Gemeinden Berlin und Treptow zu sehen sind. In Treptow werde darüber gesagt, daß Berlin zu wenig Entgegenkommen zeige und die Entwicklung des Dorortes hindere, weil es seine ausgedehnten Ländereien nicht baulich erschleife. Berlin hingegen erbeude darüber, daß Treptow zu hohe Forderungen stelle, wie die Weiterführung der Siemensbahn nach Baumhulenberg, den Bau einer Untergrundbahn, die sich vom Florplatz von der Reußliner Schnellbahn abzweige, durch das Treptower Gemeindegebiet, die

Einrichtung von zwei Feuerwachen und die Festsetzung der Höchstzahl von Schülern in Gemeindefullkassen. In der Erörterung wurde zum Ausdruck gebracht, daß von einer Eingemeindung nach Reußlin keine Rede mehr sein könne, und daß es an der Zeit sei, daß sich Berlin und Treptow endlich zusammenschließen. Die angeführten Hinderungsgründe können nicht als unüberwindbar angesehen werden. Berlin wünsche die Eingemeindung von Treptow, was schon daraus hervorgehe, daß es beim Verkauf des Spernhäufes als Äquivalent gefordert haben solle, Treptow eingemeindet zu dürfen. Berlin brauche ferner für seine infolge der Umgestaltung abzunehmende Bevölkerung einen Wohnplatz, und gerade der von der Natur überaus begünstigte Vorort Treptow biete den geeignetsten Boden. Nach weiteren Ausführungen beschloß darauf die Versammlung einstimmig, den Gemeindefullkassen die Bitte zu unterbreiten, die Eingemeindung nach Berlin nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Auch unserer Meinung nach ist die Eingemeindung Treptows nach Berlin die einzige Möglichkeit, um aus einer beiden Gemeinden unangenehmen Situation herauszukommen.

Die Tugend einer Fünfzehnjährigen.

über die wir im November berichteten, soll jetzt — so wird gemeldet — „definitiv erledigt“ sein.

Die erst fünfzehnjährige Handlungsgehilfin Martha Kiehl, die bei ihren Eltern in der Turiner Straße wohnte, machte am 17. November ihrem Leben dadurch ein Ende, daß sie aus dem Fenster der im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung sich auf die Straße hinabstürzte. Sie führte die Verzweiflungstat am frühen Morgen aus, nachdem sie von einem Fest heimgekehrt war, das die Schreiberische Kunsttänzerin und Waschanstalt in Schmargendorf für ihr Personal gegeben hatte. Martha hinterließ für die Eltern einen Brief, der ganz bestimmte Angaben darüber machte, daß während des Festes ein daran teilnehmender Dr. Streubel, der damals erst seit einigen Wochen verheiratete Schwiegerjohn des Geschäftsinhabers, ihr gegenüber zu sehr weitgehenden Intimitäten geschritten sei, und daß die unerwartet dazukommende Frau Doktor wie toll auf sie eingegangen habe. „Ich habe“, klagte Martha in dem Brief, „nicht den Mut, das anzusehen. Drum lebe wohl auf ewig. Ade, ade, ade!“

Auf Grund dieser Angaben reichte der Vater der Verstorbenen noch an demselben Tage eine Strafanzeige gegen Dr. Streubel ein, unter Beifügung des von ihr hinterlassenen Briefes. Jetzt finden wir in einigen Zeitungen die Nachricht, es sei ermittelt worden, daß in dem Brief „nichts von Verführung“ stehe, und durch die Obduktion sei einwandfrei festgestellt worden, daß für die erhobenen Beschuldigungen sich „keinelei Anhaltspunkte“ ergeben haben. Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet ausführlicher. Der Beschuldigte Dr. St. habe selber dringend eine Untersuchung gefordert, die jetzt abgeschlossen ist. „Es ist“, schreibt das Blatt, „festgestellt worden, daß in dem von der Toten hinterlassenen Brief Dr. St. mit keinem Wort genannt wird, er also von der Verstorbenen nicht beschuldigt worden ist. Dazu kommt, daß er, wie uns mitgeteilt wird, die Verstorbenen erst auf dem Fest selbst flüchtig kennen lernte; sie war während seiner Abwesenheit eingetreten und wurde ihm vorgestellt. Die Obduktion, die Geheimrat Strohmann leitete, ergab für die Beschuldigung ein durchaus negatives Resultat. Es wurde nicht die geringste Spur gefunden, die darauf hindeutete, daß Dr. St. das Mädchen überhaupt angeführt hat. Der Staatsanwalt übermittelte Dr. St. gestern dieses Resultat und teilte ihm mit, daß damit die Sache definitiv erledigt sei.“

Wir bedauern, daß wir durch diese Darstellung genötigt werden, noch einmal auf die traurige Angelegenheit zurückzukommen und aus dem uns im hiesigen Wortlaut bekannt gewordenen Brief noch mehr zu veröffentlichen, als wir davon bereits in einer früheren Notiz veröffentlicht haben. Wichtig ist, daß Martha ihre Stellung im Haushalt während Dr. St.'s Abwesenheit, in der Zeit seiner Hochzeitsreise, angetreten hatte. Sie kann ihm aber wohl nicht erst auf dem Feste bekannt geworden sein, da sie ja nach seiner Rückkehr einige Tage bei ihm im Kontor gearbeitet hatte. Doch das nur nebenbei! In dem hinterlassenen Briefe gebraucht Martha nicht das Wort „Verführung“ und sie nennt auch nicht den Namen „Streubel“. Sie spricht aber von dem „Herrn Doktor“, mit dem sie zweimal getanzt habe, und schildert dann, wie der „Herr Doktor“ außerhalb des Saales mit ihr zusammengetroffen sei. Die betreffenden Sätze lauten:

„Er faßte mich an der Hand und zog mich fort. In einer Ecke saß er mich zweimal auf den Mund. Darauf sagte er: „Martha, lässe mich.“ Ich sagte: „Herr Doktor, Sie sind verheiratet.“ Ich wiederholte es mehrere Male. Er aber sagte: „Lasse mich, oder ich schlage hier lang hin, gib mir wenigstens einen Ton von Dir.“ Ich war schwach und sagte „ja“ und ließ es geschehen.“

Man sieht, was von der Angabe des „Lokal-Anzeiger“, daß Dr. St. ja gar nicht beschuldigt worden sei, zu halten ist. Eine andere Frage ist natürlich, welchen Wert die Staatsanwaltschaft den hinterlassenen Beschuldigungen beilegen kann. Aus den Zeitungsmitteilungen muß geschlossen werden, daß sie ihnen keinen Wert beilegt. Sondernar ist, daß die Blätter hierüber bereits berichten konnten zu einer Zeit, wo dem Vater der Verstorbenen noch kein Bescheid von der Staatsanwaltschaft zugegangen war. Wir vermuten, daß er auch in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen niederschreiben, noch immer auf Bescheid wartet.

Unterirdische Riestäfen in Schöneberg.

Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich die Straßenreinigungsdeputation mit der Frage der Abkaffung der auf den Bürgersteigen aufgestellten großen unbeholfenen Riestäfen, welche ein Verkehrshindernis bilden, das Straßenbild verunzieren und von Lebenbesitzern und Hauseigentümern unangenehm empfunden werden. Gegen die Anlage unterirdischer Riestäfen ergaben sich jedoch wesentliche Bedenken. Es wurde befürchtet, daß die Antifer, welche jetzt im Bedarfsfalle Kies aus den ohne weiteres zugänglichen Holzkästen entnehmen, die verfahrenen Riestäfen nicht zu öffnen vermöchten. Man befürchtete weiter, daß der Kies durch Eindringen von Wasser bei eintretendem Frost so stark zusammenfriren würde, daß er im Bedarfsfalle nicht unverzüglich verwendbar sei, vielmehr erst mit der Hade in mühsamer Arbeit aufgeschafft werden müßte. Trotz dieser Bedenken hat sich die Straßenreinigungsdeputation entschlossen, einen unterirdischen Verwurfskasten zu erbauen. Derselbe befindet sich vor dem Hause Hauptstraße 17, strag gegenüber dem Rathaus. In geschlossenem Zustande ist er äußerlich nur durch eine im Bürgersteig befindliche gekrümmte Eisenplatte erkennlich. In der Platte befindet sich eine kleine Öffnung, welche die Einföhrung eines beliebigem Schließels und vermittelst dieses die Aufhebung des Deckels gestattet. Der Deckel ist, um die Aufhebung zu erleichtern, so schwach konstruiert, wie es die Verkehrtbarkeit zuließe. Derselbe besteht aus zwei nach rechts und links ausklappbaren Teilen. Im aufgeschlagenen Zustande sind die beiden Hälften auf der einen Seite durch ein Gitterwerk verbunden, auf der anderen Seite durch zwei Ketten abgeschlossen. Die Ketten der Kette sind weichtlich geringer, wie ursprünglich angenommen wurde.

Die Neueneinrichtung wird dem Schutze der Bürgerchaft empfohlen.

Die Deden in den Droschken. Herr v. Jagow ist um das drockensahrende Publikum stark besorgt. Er hat deshalb folgende Bekanntmachung erlassen: Wiederholt sind Klagen des Publikums über das Fehlen von Deden zum Einschließen der Fahrgäste in den Droschken zu meiner Kenntnis gelangt. Ich ersuche die Fahrgänger, im eigenen Interesse solche Deden allgemein zu beschaffen, da fast zu jeder Jahreszeit ein Bedürfnis dafür vorhanden ist.



Für ein Opfer des Balkankrieges gibt sich ein Schlafstellen-  
schwindler aus, der schon mehrere Zimmermieten in kleineren  
„Dorlehen“ geprellt hat. Bei diesen erscheint ein ungefähr 25 bis  
30 Jahre alter Mann und erzählt, daß er über Paris, London,  
Bukarest und Budapest aus der Türkei komme und die Absicht habe,  
hier weiter zu studieren. Er sei vor dem Kriege geflohen und eben  
erst angekommen. Seine Koffer lägen noch auf dem Postamt. An-  
geblüh wie er nur türkisches oder rumänisches Geld bei sich hat,  
bittet er die Wirtinnen, ihm ein kleines Darlehen bis zu 20 Mark  
vorzustrecken, damit er sein Gepäck einlösen und seinen Vater um  
Geld telegraphieren könne. Nach Erhalt des Geldes verschwindet er  
dann flüchtig aus dem Zimmer. Der Gauner, auf den die  
Kriminalpolizei eifrig fahndet, ist mittelgroß und schlank, hat dunkel-  
blondes, kurzgeschneittenes Haar, einen kleinen, blonden Schnurrbart,  
ein längliches, blaßes Gesicht von brauner Farbe und einen flotten,  
aufrechten Gang und macht den Eindruck eines Ausländers.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet. Ein bedauerlicher  
Unfall hat sich auf dem Bahnhof Stralau-Rummelsburg zu-  
getragen. Der 70jährige Invalide Franz Müller aus Lichtenberg  
wollte abends zu Verwandten nach Slogau fahren. Während er am  
äußersten Ende des Bahnsteigs wartete, wurde er plötzlich von einem  
Umwohlerin besessen und stürzte auf die Schienen. In diesem Augen-  
blick nahte ein Fernzug von Fürstentum heran und ehe noch der  
Verunglückte von hinzueilenden Bahnbeamten von dem Bahnkörper  
hinweggezogen werden konnte, ging der Zug über den Bedauerns-  
werten hinweg. Der Greis wurde auf der Stelle getötet; die zer-  
stückelte Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft.

Todesstrafe eines Geisteskranken. In einem Anfälle von Ver-  
folgungswahn hat der frühere Postillon Wilhelm Stellbaum aus  
der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg auf schreckliche Weise seinem  
Leben ein Ende gemacht. Er war schon seit mehreren Jahren schwach  
nervenscheidend und hatte aus diesem Grunde auch seine Stellung bei  
der Post aufgegeben. Vor vier Wochen war er auf  
Ersehen seiner Angehörigen aus der Kerkeranstalt, in  
der er sich befand, nach Hause entlassen worden. Das  
Leiden verschlimmerte sich trotz sorgfältiger Pflege und  
Behandlung zusehends; der Kranke glaubte sich fortgesetzt von  
Feinden verfolgt. Während vorgestern nachmittag Frau St. für  
ganz kurze Zeit die Wohnung verlassen hatte, wurde der Postillon  
von einem bestigen Anfälle seines alten Leidens heimgesucht. Unter  
der Einwirkung der Wahnidee, verfolgt zu werden, öffnete er das  
Küchenfenster und stürzte sich aus der Höhe des zweiten Stockwerkes  
auf den gepflasterten Hof hinab, wo er blutüberströmt und be-  
sinnungslos liegen blieb. Er hatte einen schweren Schädelbruch und  
innere Verletzungen erlitten, denen er kurz nach seiner Einlieferung  
in das Krankenhaus Westend erlag.

Als Reisender in Glühstrümpfen trat ein Schwindler auf, den  
jetzt die Kriminalpolizei unschädlich machte. Der zwei-  
unddreißig Jahre alte Kaufmann Ernst Segler aus der Lütz-  
straße zu Berlin, fand nach Verbüßung seiner letzten Strafe Be-  
schäftigung in einer Glühstrümpffabrik. Nachdem er bald wieder  
arbeitslos geworden war, machte er die letzte Stellung weiter aus,  
indem er anderen Fabrikanten vorschwindelte, er sei immer noch für  
die Fabrik tätig und habe jetzt einen eiligen Auftrag bekommen, den  
aber seine Firma nicht sofort ausführen könne, weil sie nicht ge-  
nügend Vorrat habe. Unter diesen Vorspiegelungen entnahm er von  
den anderen Fabrikanten auf Rechnung seines „Chefs“ fünf bis acht  
Duzend, zuweilen auch etwas weniger oder mehr und verkaufte sie  
für seine eigene Tasche. Wenn dann die Fabrikanten der ungelüb-  
lichen Vorkasse die Rechnung schickten, kam der Schwindler an den  
Tag. Dem Schwindler, der auch von der hiesigen Staatsanwaltschaft  
schon gesucht wurde, konnten bereits 14 Betrügereien dieser Art  
nachgewiesen werden.

Vom Stadtbahnzuge erfasst wurde gestern abend auf dem  
Stadtbahnhofe Warfhauser Straße ein Arbeiter Hülgenberg. Er  
kam so unglücklich unter die Räder der Lokomotive zu liegen,  
daß er nur noch tot hervorgezogen werden konnte. Der Betrieb  
wurde längere Zeit gestört.

Größter im Omnibusdepot. Ein großer Brand kam gestern  
(Donnerstag) nachmittag im Omnibusdepot XII der Allgemeinen  
Berliner Omnibus-Gesellschaft in der Schwebelstraße 14/15  
zum Ausbruch. Auf dem geräumigen Hofe des Grundstücks ist vor  
etwa sieben Jahren ein langgestrecktes zweistöckiges Stallsgebäude  
erbaut worden, in dem für gewöhnlich 440 Pferde untergestellt  
werden. Ueber den Stallungen im Erdgeschoß und ersten Stock  
liegt ein großer Futterboden, der mit Stroh- und Heu-  
vorräten voll angefüllt war. In diesem Futterboden ent-  
stand das Feuer gegen 4 1/2 Uhr und dehnte sich mit rascher  
Schnelligkeit aus. In wenigen Minuten brannte auch schon ein Teil des  
Dachstuhles, so daß die Situation äußerst kritisch war. Die Feuer-  
wehr wurde von mehreren Seiten aus alarmiert und traf unter  
Führung des Branddirektors Reichel mit 6 Löschzügen auf der Brand-  
stelle ein. Im ersten Linie galt es, die Pferde — 380 Stück — in Sicher-  
heit zu bringen. Den Bemühungen der Feuerwehrmannschaften und des  
Personals des Omnibusdepots gelang es auch, alle Pferde noch recht-  
zeitig ins Freie zu holen. Inzwischen waren drei Dampfstrahlen in  
Tätigkeit getreten und acht Schlauchleitungen ausgelegt worden. Außer-  
dem wurde auf dem Hof des Grundstücks noch der Fontanamaß der  
Feuerwehr errichtet und bald wurde der Brand von allen Seiten  
unter Wasser genommen. Nach einstündiger Löschstätigkeit konnte die  
Gefahr als beseitigt gelten. Eine Lammene Stroh- und Heu ist ver-  
nichtet worden und da auch der Dachstuhl zu einem erheblichen Teil  
zerstört wurde, so ist der entstandene Schaden sehr erheblich. Mit  
der vollständigen Ablösung und den Aufräumungsarbeiten wird die  
Wehr noch die ganze Nacht zu tun haben. Ueber die Ursache des  
Brandes konnten bestimmte Feststellungen noch nicht gemacht werden.  
Der Brandplatz war in weitem Umkreise polizeilich abgesperrt.

Aus der Selbstmordchronik. Vor den Augen seiner Frau er-  
schossen hat sich vorgestern abend der 40 Jahre alte Schneider Max  
Haberlorn aus der Weidenburger Straße 43. Haberlorns häusliche  
Verhältnisse waren seit längerer Zeit stark getrübt. — Durch einen  
Sprung aus dem vierten Stock verlor sich gestern früh die 34 Jahre  
alte Ehefrau Anna des Feiseurs Blüthner aus der Schönhauser  
Allee 97 das Leben zu nehmen; sie fiel in den Garten hinab, der  
das Hinterland des Grundstücks einnimmt. Die Lebensmüde zog  
sich Beide beider Veine und eines Armes und innere Verletzungen  
zu, die aber zum Glück nicht schwer sind. Von der Rettungswache  
in der Gaudystraße wurde sie nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus  
gebracht. Die Ärzte hoffen, sie am Leben erhalten zu können.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Vermißt wird seit dem 4./11.  
d. J. der geistlichschwache Rentenempfänger Kellner Hermann Stieve,  
6./3. 61 New-Stolzingslo, Kreis Rummelsburg geb., bisher hier, Große  
Frankfurter Straße 87 bei der Ehefrau wohnhaft gewesen. Beschreibung:  
1,60 groß, schlank, Gestalt, dunkelblondes schwaches Haar, blaßes,  
längliches Gesicht, graublaue Augen, lidenhafte Zähne. An der  
Unterlippe eine 1 1/2 Zentimeter lange Narbe, die rechte Schulter ist  
etwas höher. Bekleidet mit schwarzem Jacketanzug, dunkler gestreifter  
Weste, schwarzen Schnürstiefeln, schwarzer Strampante mit grünen Pün-  
kten, Wäsche mit H. S. gezeichnet. Es ist anzunehmen, daß er planlos  
umherirrt oder in einer Kellnerkneipe Aufnahme gefunden hat. Nach-  
richt erbittet die Kriminalpolizei Zimmer 349, III zu den Akten  
4093, IV. 51. 12, auch nimmt jedes Polizeibüro Mitteilungen ent-  
gegen.

Verloren wurde eine Handtasche mit wertvollem Inhalt am  
10. Dezember, abends gegen 6 Uhr, und zwar vom Konsumvereins-  
laden, Fehrbelliner Straße, über Arkonaplatz nach Eberswalder Straße.  
Der Finder wird gebeten, die Tasche bei R. Hannig, Eberswalder  
Straße 33, vorn 4 Treppen, abzugeben.

Zeugen gesucht. Personen, die am Sonnabend, den 30. No-  
vember, abends gegen 12 Uhr in der Kopenstraße Zeuge der

polizeilichen Siftierung eines Mannes waren, werden um Angabe  
ihrer Adressen an Trautmann, Langestraße 102, gebeten.

Gefunden wurde gestern abend vor unserem Geschäftsgebäude  
Lindenstraße 69 eine schwarze Handtasche. Abzuholen im Kontor  
der Buchdruckerei, Lindenstraße 69, 2. Hof III.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Das Verhältnis der Gemeindeglieder Lichtenbergs in ihrer  
Stellungnahme zu der bisherigen Stadtverordnetenmajorität  
wird durch die nachstehenden Zahlen charakterisiert: In der  
III. Wählerklasse beteiligten sich 53,58 Prozent der eingeschriebenen  
Wähler an der Wahl für die Sozialdemokratie stimmten 48,40  
Prozent der eingeschriebenen Wähler und 60,34 Prozent der  
abgegebenen Stimmen. Für die Grundbesitzerpartei 1,77 Prozent  
der eingeschriebenen Wähler und 3,30 Prozent der abgegebenen  
Stimmen. Für den Mittelstand 3,70 Prozent bzw. 6,08 Prozent.

In der II. Wählerklasse betrug die Beteiligung 57,19 Prozent.  
Von den eingeschriebenen Wählern stimmten für die Sozialdemo-  
kratie 21,01 Prozent. Für die Vorkaufgruppe 18,31 Prozent, für  
die Mittelständler 17,87 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen  
entfielen auf die Sozialdemokratie 36,75 Prozent, Vorkaufgruppe  
32,0 Prozent und Mittelstand 31,25 Prozent.

### Neukölln.

Der Wert der Körperpflege durch regelmäßige Leibesübungen  
wird in der breiten Masse des Volkes immer mehr anerkannt. Die  
Arbeiterturnvereine haben bisher in dieser Richtung schon sehr rich-  
tiges geleistet. Einen Einblick in diese bezügliche Tätigkeit ver-  
schafft die Freie Turnerschaft Neukölln-Vrij den  
Freunden der Turnfrage am Sonnabend, den 14. Dezember, durch  
ein Zusammenkommen aller Altersstufen des Vereins.  
Die Veranstaltung ist öffentlich und findet um 8 1/2 Uhr abends im  
Saal von Petri, Anseebachstr. 113, statt. Man trägt sich mit dem  
Plan, eine besondere Männerabteilung für ältere Mitglieder zu  
bilden, um die noch vielfach vorhandene Animosität derjenigen Turn-  
freunde, welche nicht mehr vollständig über den stürmischen Taten-  
drang der Jugend verfügen, gegen die praktische Beteiligung an  
turnerischen Übungen gegenstandslos zu machen. Das ist ein  
Beginnen, dem man nur das Wort reden kann.

Zu der am 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Hoppe, Her-  
mannstraße, stattfindenden Märchenvorstellung „Die Zwergenpost“  
sind noch Billets für Erwachsene a 30 Pf., Kinder a 15 Pf. zu haben  
bei Hoppe, Restaurant, Hermannstr. 49, Restaurant Richter, Weite-  
straße 5, Gemmecker, Restaurant, Kaiser-Friedrich-Str. 23/233, Petri,  
Restaurant, Anseebachstr. 113, Partispedition, Redarstr. 3 und Sieg-  
friedstr. 23/29.

Nach der Vorstellung gemüthliches Beisammensein mit Tanz.  
Eintritt 10 Pf. Der Vorstand des Elternvereins.

### Adlershof.

Infolge der Jugendchriftenausstellung muß der Spielmittag  
für die Kinder am Freitag ausfallen.

### Weißensee.

Zwei Lichtbildervorträge veranstaltet der Bildungsverein am  
Sonntag, den 15. Dezember, in der Gemein-  
de-turnhalle. Der erste beginnt nachmittags pünktlich um  
4 Uhr und ist für Kinder bestimmt. In drei Abteilungen werden  
bunte Bilder aus der norddeutschen Tiefebene, deutsche Märchen und  
Sagen und ein humoristischer Teil an ihrem Auge vorüberziehen.  
Der zweite Vortrag, der für Erwachsene bestimmt ist, beginnt  
um 7 1/2 Uhr abends und bringt 188 fordenprächtige Bilder aus  
dem Lande der Winternachtsonne. Vortragender ist  
Herr Richard Laube aus Leipzig. Eintrittskarten zu 5 Pf. für den  
ersten und 20 Pf. für den Abendvortrag sind noch bei den Gruppen-  
führern und an der Kasse zu haben.

### Pankow.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit  
dem Antrag der hiesigen Ortskrankenkasse zu befassen, diese zur all-  
gemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsord-  
nung umzugestalten. Der zweite Punkt der Tagesordnung behan-  
delte die Beschaffung über Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Umgestaltung zu einer allgemeinen die bestehenden  
Verträge mit den Ärzten, Lieferanten usw. bleiben, ebenfalls die  
benutzten Arbeitskräfte. Er empfahl schließlich, dem Antrag ent-  
sprechend zu verfahren, um keine Beunruhigung in die Reihe der  
Versicherten zu bringen. Bei Errichtung einer Landkranken-  
kassen-Gemeindebezirk Berlin-Pankow. Zu beiden Fragen hatte das  
Referat Herr Professor Dr. Müller. In sachlicher Weise stellte er  
die Verhältnisse der Ortskrankenkasse dar, daß diese „recht gut arbei-  
tet“, daß bei Um